

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pfennig in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pfennig. Sonntags-Blatt 10 Pfennig. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragenes in der Post-Regulierungs-Vereinbarung für 1892 unter Nr. 6469.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Juni 6, Nr. 4100.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 13. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

An die Berliner Parteigenossen!

Wie wir aus dem Berichte in Nummer 8, 2. Beilage des „Vorwärts“ über eine Versammlung in Joel's Lokal erfahren, brachten dort mehrere Parteigenossen Beschwerden über die Leitung des „Vorwärts“ vor.

Ohne auf den Inhalt dieser Beschwerden hier weiter einzugehen, wollen wir hervorheben, daß seit der Konstituierung des Parteivorstandes bis zum heutigen Tage von keiner Seite — auch nicht von den Beschwerde führenden Rednern der erwähnten Versammlung — eine Klage oder Beschwerde über den „Vorwärts“ resp. das „Berliner Volksblatt“ an uns gelangte.

In unserer in Halle beschlossenen Partei-Organisation ist nach § 15 die Kontrolle der Partei-Organen ausdrücklich der Parteileitung übertragen. Daraus ergibt sich von selbst, daß Beschwerden der Parteigenossen über das offizielle Partei-Organ zunächst bei der Parteileitung (Vorstand und Kontrolleure) anzubringen sind. Sind die Beschwerdeführer durch die von jenen getroffenen Entscheidung nicht zufriedengestellt, so bleibt ihnen die Berufung an den Parteitag offen.

Das ist der Instanzenweg, den jeder Parteigenosse, der auf Disziplin hält und dem die Ehre der Partei am Herzen liegt, inne zu halten verpflichtet ist.

Es entspricht nicht den Gepflogenheiten der Partei, wenn seitens einzelner Parteigenossen unter Beiseiteziehung des durch die Partei-Organisation vorgeschriebenen Instanzenanges Anklagen und Beschwerden in öffentlichen Versammlungen erhoben und erörtert werden. Ein solches Verfahren ist doppelt zu verurteilen, wenn, wie in dem vorliegenden Falle, die Versammlung zu ganz anderen Zwecken einberufen wurde und man nicht einmal für nötig hielt, die Angegriffenen von den beabsichtigten Anklagen zu unterrichten.

Wir sprechen die Erwartung aus, und sind überzeugt, daß alle einsichtigen Genossen mit uns derselben Ansicht sind, daß ähnliche Vorgänge sich nicht wiederholen dürfen, und daß, wer glaubt Beschwerden und Anklagen gegen die Organe der Partei vorbringen zu müssen, sich nach den Bestimmungen der Partei-Organisation richtet.

Berlin, den 11. Januar 1891.

Der Parteivorstand.

Der Arbeiterschutz in Oesterreich.

In wenigen Tagen wird der Bericht der Arbeiterschutz-Kommission des deutschen Reichstags vorliegen und zu interessanten Reflexionen Anlaß geben. Wir werden Gelegenheit haben, uns an die bis zum Ueberdruß gehörten Worte zu erinnern, daß das deutsche Reich an

der Spitze der Sozialreform marschiere; wir werden gedenken der Erlasse des deutschen Kaisers vom 4. Februar 1890 und werden erklären können, daß wir die einzige Partei im deutschen Reiche sind, welche durch die minimalen Ergebnisse der lange Zeit fleißig arbeitenden Arbeiterschutz-Kommission nicht enttäuscht sind.

Wir werden konstatieren, daß ebenso wenig die Vorgesprachen des Kaisers im neuen Arbeiterschutz-Gesetze erfüllt werden, als das Wort der Offiziösen, daß wir an der Spitze der Sozialreform marschieren. Als wir vor zwei Wochen an der Hand des Buches vom Geheimrath Königs die Bedeutung der schweizerischen Fabrik-Gesetzgebung darlegten, wollten wir vergleichendes Material zur Beurteilung des Wertes unserer jetzigen und künftigen Arbeiterschutz-Gesetzgebung beschaffen. Der gleiche Zweck leitet uns heute, wenn wir einen Ueberblick über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung Oesterreichs geben.

Bevor wir aber auf diese näher eingehen, seien einige einleitende Worte verstatet.

Oesterreichs ökonomische Bedeutung steht weit hinter der Deutschlands und der Schweiz zurück. Das Klein-gewerbe ist dort noch lange nicht so sehr durch die Groß-industrie geschwächt, wie in Deutschland, der Akkumulations-prozess ist noch nicht so vorgeschritten, die Leistungsfähigkeit der Großindustrie ist nach jeder Richtung geringer wie in Deutschland. Während bei uns die Zahl der in der Landwirtschaft Thätigen den in Gewerbe und Handel Thätigen gleichkommt, überwiegt in Oesterreich noch die landwirtschaftliche Bevölkerung und trotzdem konnte man schon vor fünf Jahren in Oesterreich ein Arbeiterschutz-Gesetz in Kraft treten lassen, das, wenn es auch keineswegs das bietet, was wir von einem richtigen Arbeiterschutz-Gesetz fordern müssen, doch weit mehr den Arbeitern entgegenkommt, als der Entwurf der deutschen Reichs-regierung und die Vorschläge der Arbeiterschutz-Kommission.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung Oesterreichs gehört zu den ältesten. Schon aus der Zeit Kaiser Joseph II. sind uns Kinderschutz-Gesetze überliefert und in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts gab es in Nieder-Oesterreich schon ein Fabriken-Inspektorat, das freilich nicht lange in Wirksamkeit geblieben ist. Diese Gesetze galten nicht für das ganze Reich, sondern nur für die einzelnen Provinzen. Die erste für die ganze Monarchie erlassene „Gewerbe-Ordnung“, welche ähnlich wie in Deutschland auch die Arbeiterschutz-Gesetze enthielt, datirt vom Jahre 1859. Die Arbeiterschutz-Bestimmungen in derselben waren ganz unbedeutend und ihre Durchführung nicht sicher gestellt, da man unterlassen hatte, Organe zur Ueberwachung ihrer Durchführung zu stellen. Das Gesetz von 1859 galt

ein Vierteljahrhundert, es wurde überholt durch die deutsche Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1869 und die Arbeiterschutz-Novelle vom Jahre 1878. Wir erwähnen dies hauptsächlich deshalb, weil Anfangs der 70er Jahre in dem Unternehmer-Organ, der „Concordia“ und in den Versammlungen des „Vereins für Sozialpolitik“ seitens sächsischer Unternehmer auf die österreichische Arbeiterschutz-Gesetzgebung hingewiesen wurde, als die Ursache der mangelhaften Durchführung der deutschen Arbeiterschutz-Bestimmungen in Sachsen. Damals verlangte man, daß Oesterreich sich der deutschen Arbeiterschutz-Gesetzgebung ankomodire; heute aber, wo doch die Frage der internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung in einem ganz anderen Stadium steht, als im Jahre 1872, schweigen sich die sächsischen Fabrikanten vollständig darüber aus, daß wir unsere Gesetzgebung der der Nachbarländer an-bequemen.

Wir grenzen heute nur an Länder mit Arbeiterschutz-Gesetzen, dabei ist unsere Industrie entwickelter, als die unserer Nachbarn. Oesterreich und die Schweiz haben uns in der Regelung des Arbeiterschutzes überholt, in Frankreich ist eben ein weitgehendes Arbeiterschutz-Gesetz in Berathung, das wir nächstens besprechen werden, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark und Rußland werden uns bald erreicht haben, wenn unsere Arbeiterschutz-Politik sich weiter abwechselnd im Krebs- und Schnecken-gange entwickelt.

Gehen wir nun an die Betrachtung der österreichischen Arbeiterschutz-Gesetzgebung selbst. Die parlamentarische Geschichte ihrer Entstehung, so hochinteressant sie als Wiederholung ähnlicher Vorgänge in England ist, müssen wir übergehen, uns kann heute nur der Inhalt derselben interessieren.

Charakteristisch an der Arbeiterschutz-Gesetzgebung Oesterreichs, die sieben Jahre nach der schweizerischen in Wirksamkeit trat, ist der Schutz der erwachsenen Arbeiter, die Scheidung zwischen Handwerksgehilfen, Fabrikarbeitern und Bergarbeitern.

Die Arbeiter der Hausindustrie entbehren in Oesterreich noch völlig jeden Schutzes.

Der Arbeiterschutz im Handwerke ist der geringste, obgleich wir doch immer mehr zur Ueberzeugung kommen müssen, daß die Arbeiter in handwerksmäßigen Betrieben und in der Hausindustrie mindestens so sehr des Schutzes bedürftig sind, wie die der Großindustrie. Trotzdem hat man, und dies vornehmlich aus politischen Gründen, unterlassen, für diese Arbeiterkategorien entsprechende Arbeiterschutz-Maßregeln zu dekretieren. Während den Kindern unter 14 Jahren das Arbeiten in Fabriken von der Staatsgewalt untersagt wird, dürfen die

Feuilleton.

Wachdruck verboten.

110

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Das wurden lustige Weihnachten. Allerlei gute Speisen gab es in Ueberfluth, und Mama war in solcher Laune, daß Fanny hinaus durfte und mit den Knaben Schneeballen werfen, so viel sie wollte. Besonders froh und munter war Mama an jenem Abend, den Onkel Solum bei ihnen zubrachte. Und das war ganz natürlich; denn Onkel Solum war ungemein lieb. Fanny saß fast den ganzen Abend auf seinem Knie und plauderte. Er erzählte von den lustigen Dingen, die er in Kristiania besah; unter anderem hatte er eine ganze Menge kleiner Mädchen, und dann hatte er einen Knaben, welcher Zeus hieß; das war ein merkwürdiger Junge, und genau im gleichen Alter mit Fanny. Diesen Jungen sollte sie haben, wenn sie einmal groß ward. „Du magst ihn doch!“

„Ja freilich, wenn er lieb ist, so mag ich ihn schon!“

„Aber Du hast ja schon einen Bräutigam?“

„Ja, aber ich auch lieb, und denke Dir nur, Mama, dann habe ich zwei Bräutigame!“

„Ha-ha-ha, o Du Krauskopf, Du!“

Es war einen Tag später; Fanny war bei den Knaben draußen gewesen und hatte Schneeballen geworfen und kam heulend nach Hause; sie war ganz mit Schnee überhäuft und hatte einen Schneeball so fest und mitten in's Gesicht gekriegt, daß sie aus der Nase blutete. Da

sand sie auch den Onkel Solum daheim. Fanny wurde von Mama ungewöhnlich freundlich empfangen, und vom Onkel ebenso; sie erhielt Kaffee und Kuchen, wurde gewaschen, wechselte die Kleider und war bald wieder in Ordnung. Als Onkel Solum gegangen war, sprach Mama:

„Neh, hoffe ich, bekommen wir Lea und Tom bald wieder heim; wird das nicht hübsch, Fanny?“

„Ja“, sagte Fanny. Gleich darauf fügte sie bei:

„Onkel Solum ist lieb, Mama.“

„Meinst Du?“

„Ja.“

„Ach ja“, sagte Mama mit zufriedenerm Lächeln; „er ist einer von Papa's alten Freunden, verstehst Du; darum hilft er uns auch darin. Ja, er ist lieb, wie Du sagst!“

Je doch nach einiger Zeit bekam Mama ihre schlechte Laune wieder. Sie weinte und hatte Kopfschmerzen und war langweilig.

„Du bekommst Deine Geschwister doch nicht nach Hause“, sagte sie zu Fanny.

„Warum nicht, Mama?“

„O, schuld daran ist natürlich er — er — na, dieser Dein Herr Papa!“ — Und da weinte sie wieder. „O, o! Du mein Gott, daß man nichts erreichen kann!“

Je doch nach und nach wurde es besser und Fanny war im Ganzen genommen mit Mama völlig zufrieden. Von Wasserkrüge zu Mittag oder von Erdäpfeln mit Salz war niemals mehr die Rede; jedenfalls gab es nebenbei Butterbrot; Brot mit Syrup war übrigens auch nicht schlecht. Ab und zu lebte man ganz nach Herrschaftsart von Braten, Bier und Säftigkeiten; sollten wir hungern, wenn wir etwas haben und wenn wir nichts haben, so

hieß dies zu viel hungern“, meinte Mama. Angenehm war es auch, daß Buchbinder Lundström nicht mehr so oft kam; Mama war strenger gegen ihn, als sie sonst gewesen. Und wenn er kam, war er auch gewöhnlich voll Demuth; doch konnte er auch, wenn er betrunken war, lästig fallen. Er bildete sich wirklich ein, er könne Mama zur Frau haben. Er lockte sie mit dem Versprechen, nach Kristiania zu ziehen; dort würde sie sich „einen gemüthlichen Winkel“ einrichten und es gut haben, „Französischbrot mit Butter und Käse essen und bayerisch Bier trinken.“ Jedoch Mama scheerte sich darum natürlich nicht. Manchmal that sie, als glaube sie, er habe Weib und Kind in Schweden, „wollen Sie noch welche, Lundström? Sind Sie denn ein Mormone?“ Lundström legte die Hand auf's Herz und schwor auf Ehre; dann begann er aber zu fluchen und zu rufen und erbot sich schließlich, nach Schweden zu reisen und mit reinen „Papieren“ wiederzukehren. „Nehmen Sie mich dann, Frau Holmsen?“

Aber Mama wollte ihn unter keinerlei Umständen nehmen.

Sie beschäftigte sich mit Fanny's Erziehung, half ihr bei den kleinen Katechismusaufgaben, erzählte ihr von Jesus, beantwortete ihre mannigfachen Fragen und suchte sie an sich zu knüpfen. Fanny hatte Anfälle kindlicher Zärtlichkeit; die alte Kari konnte, wenn sie gegen Abend lärmend hereinkam, Mutter und Tochter in traulichsten Einverständnis vorfinden.

„Wenn ich groß bin, Mama, laufe ich Dir einen Schankelstuhl, Mama, so einen, wie ihn die Großmama Lehmann hat; und da sollst Du drinsitzen und den ganzen Tag Dich schaukeln und Kaffee trinken und Weizenbrot essen.“

Kinder in handwerksmäßigen Betrieben schon vom 12. Jahre an thätig sein.

Doch ist für die Kinder zwischen dem 12. und 14. Jahre eine Maximal-Arbeitszeit von acht Stunden festgesetzt. Beim Bergbau dürfen Kinder unter 14 Jahren nicht beschäftigt werden.

Für jugendliche Arbeiter, d. h. für Personen zwischen dem 14. und 16. Jahre und für Frauen ist das Verbot der Nachtarbeit ausgesprochen. Personen männlichen Geschlechts, welche das 16. und Frauenpersonen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, dürfen beim Bergbau nur in einer Weise beschäftigt werden, welche ihrer körperlichen Entwicklung nicht nachtheilig ist.

Frauen und Mädchen jeden Alters dürfen nur über Tag verwendet werden. Für Wäschnerinnen ist eine Schonzeit von sechs Wochen eingeführt, die aber auf Grund ärztlicher Konstatierung der Arbeitsfähigkeit auf vier Wochen verkürzt werden kann.

Ein Normal-Arbeitstag existiert nur für die Arbeiter in der Großindustrie und im Bergbau. In der Großindustrie darf die effektive Arbeitszeit elf Stunden, im Bergbau bei einer Schichtdauer von zwölf Stunden zehn Stunden nicht überschreiten.

Die Arbeitspausen müssen mindestens anderthalb Stunden betragen und sollen entsprechend in die Arbeitszeit vertheilt werden.

Am Sonntage hat alle gewerbliche Arbeit zu ruhen.

Unfallsverhütung und Sorge für die Gesundheit der Arbeiter ist den Gewerbe-Unternehmern durch das Gesetz zur Pflicht gemacht.

Die Bezahlung der Arbeiter in Waaren (Tausch) ist verboten.

Zur Beaufsichtigung der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Großindustrie, Binnen-Schiffahrt und Handwerk, nicht aber im Bergbau, ist ein Korps von Gewerbe-Inspektoren (16) und eine Anzahl Assistenten eingesetzt, welche bisher in der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze für die Großindustrie sehr Verdienstliches geleistet haben; im Handwerk konnten sie nicht Gleiches leisten, denn für die vielen Hunderttausende kleingewerblicher Betriebe in Oesterreich reicht die Zahl der Inspektoren nicht aus.

Ein Mangel der österreichischen Gesetzgebung sind die zahlreichen Ausnahme-Bestimmungen, welche Gestattung von Nachtarbeit, Arbeitszeit-Verlängerungen und Ähnliches den Behörden gestatten. Mag man auch dies beklagen, so muß doch anerkannt werden, daß die österreichischen Behörden von diesen Rechten von Jahr zu Jahr weniger Gebrauch gemacht haben; die Regierung hat von den Ausnahmebestimmungen vornehmlich nur Gebrauch gemacht, um die Industrie leichter an das Gesetz zu gewöhnen. Steht auch die Durchführung der österreichischen Gesetzgebung nicht auf dem Niveau, der schweizerischen und englischen, so steht sie doch auf einem höheren, wie die deutsche.

Das Ergebnis eines Vergleiches der österreichischen Gesetzgebung mit der deutschen ist für uns nicht minder beschämend, wie der Vergleich mit der schweizerischen. Oesterreich, in politischer und wirtschaftlicher Entwicklung weit hinter Deutschland zurückgeblieben, zersprengt vom Nationalitätenstreit, am meisten von allen europäischen Staaten leidend unter der ökonomischen Krise der siebziger Jahre, noch schwerer die Lasten des Militarismus tragend als Deutschland, hat doch Zeit gefunden, um in einer so wichtigen Kulturfrage, wie es der Arbeiterschutz ist, zu überholen. Dies ist tief beschämend. Aber noch beschämender ist, daß es unseren herrschenden Klassen an Ehrgefühl, Muth und Initiative gebricht, diesen Schandflecken auszuweichen und Oesterreich nachzukommen, es zu überholen.

Giebt es etwas Niederdrückenderes für Deutschland, als sich von Ländern wie die Schweiz und Oesterreich in Fragen der Kultur überholen zu lassen?

„Dante, lieber Krauskopf!“ sagte Mama und küßte sie. „Und dann sollst Du nicht mehr nähen, sondern nur sitzen und Dich schaukeln und es gemüthlich haben.“

„Dank, mein Hähnchen; Du bist eben stets lieb gegen Mama. Willst Du Mama nicht küßen?“

Fanny nahm ihre Mutter um den Hals und gab ihr einen schallenden Kuß; das wurde der alten Kari doch zu stark. „Pfu!“ sagte sie, „mich graust.“

Gegen den Freithing zu begann Jungfer Thorsen ins Haus zu kommen; sie hatte sich ein Delikatessengeschäft eingerichtet und behielt Zeit übrig. Jungfer Thorsen war einstens auf Fredheim Frau Holmsens Stubenmädchen gewesen; sie brachte also die alten Fredheimer Geschichten wieder aufs Tapet. Jungfer Thorsen benahm sich darin als eine wahre Autorität; war sie doch persönlich Holmsens Nachstellungen ausgefetzt gewesen.

„Ja, dieser Lump!“ wiederholte sie immerfort; in ihrem harten Dialekt, ist es nicht merkwürdig, daß solche Menschen auch existiren dürfen! — Ihre A Quartett wie neue Stiefel, dünkte es Fanny.

Das Gespräch endete zumeist mit den Kindern. Und Mama sagte so häufig, wenn sie nur jene hätte retten können, so würde sie ihr verpöschtes Leben nicht beklagen. „Und nun hätte ich die Kinder nach Hause nehmen können,“ erzählte sie. „Mein Bruder Nils, der Lehrer an der Handelsschule in Kristiania, bot mir seine Hilfe an; er kennt die Jungfer Raberg ein wenig; aber wollen Sie mir glauben, daß diese Bestie sich frech weigert, die Kinder auszuliefern! Sie will ihnen Mütterstelle vertreten, sagt sie... und so lange der Vater damit zufrieden sei, hätte ich nichts zu reden. Gerade als ob ich eine Fremde wäre! — Natürlich steht er hinter ihr. O, wenn Gott ihm nur nicht einmal all' das Böse heimzählt, das er mir angethan!“

Nach und nach schien es aber, als geriethen die Kinder mehr in Vergessenheit. Lea begann Briefe nach Hause zu schreiben und nach diesen Briefen war alles in Ordnung draußen auf Elmerud.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Herr Miguel hat seine erste Etaxrede gehalten. Sie muß enttäuschen; keine großen Gedanken finden sich in ihr. Selbst Herr von Malgahn hätte keine gewöhnlichere Etaxrede halten können.

Die preussische Etaxvorlage, die heute vertheilt wurde, enthält neue Forderungen für die Regelung der Gewerbe-Inspektion. Wir bezweifeln vorerst, daß diese Neuregelung eine besonders glückliche ist. Die Verbindung der Dampfkegel-Revision mit dem Inspektorate erscheint uns ein wenig glücklicher Gedanke. Dadurch werden Kerkze, Nationalökonomern re. vom Verne der Gewerbe-Inspektoren ausgeschlossen; derselbe wird ein reines Kollegium von Technikern, was wir für sehr schädlich halten und dem die Erfahrungen Oesterreichs und insbesondere der Schweiz widersprechen. Die Ursache der Verbindung zweier eigentlich verschiedener Thätigkeiten liegt in einer übel angebrachten Sparsamkeit. Es wäre doch besser, einmal sich zu entschließen, ein Paar Kanonen weniger auf den Manöverfeldern schießen zu lassen, statt bei der Gewerbe-Inspektion, der Seele der Fabrik-Geschaeftung, zu sparen. Auf die Einzelheiten der geplanten Neuregelung kommen wir noch zurück.

Das amtliche Wahleresultat der am 8. d. Mts. stattgehabten Reichstags-Wahl im 5. Wahlkreis des Regierungsbezirks Bochum (Stadt- und Landkreis Bochum, Kreis Gelsenkirchen und Hattingen) wird eben bekannt gemacht. Es sind im Ganzen 52 945 St. abgegeben worden. Davon erhielten Fabrikbesitzer Herrmann Müllensiefen in Grengelbanz (natl.) 27 304 St., Bürgermeister Battmann in Gelsenkirchen (Zentrum) 25 641 St. Der erstere ist somit gewählt.

Ueber die Wahl haben wir schon unser Urtheil ausgesprochen, dem wir nichts hinzuzufügen haben.

Ueber die alte und die neue Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands äußert sich die „Köln. Ztg.“ in einem langen Leitartikel. Derselbe hebt an mit dem äußerst schmeichelhaften Zugeständniß: die Organisation, welche die Sozialdemokratie sich auf ihrem jüngsten Parteitag in Halle a. S. gegeben habe, sei ein „Meisterwerk der Kunst, zu organisiren“.

Die Ausführungen beziehen sich auf Verhältnisse, welche alle unsere Lesern bekannt sind, so insbesondere auf die Organisationen unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. Diesbezüglich heißt es:

„Überall behielt die geheime Organisation ihr örtliches Gepräge. Eine festgefügte gleichmäßige Organisation für das Deutsche Reich hat es nie gegeben. Die in den folgenden Jahren hervortretenden und zum Theil durchgeführten Bestrebungen, größere Bezirke oder gar ganze Provinzen einheitlich zu organisiren, haben sich nicht bewährt und wurden auch noch auf einer während des Oesterfestes (1885) am Rhein stattgehabten Zusammenkunft von Delegirten aus Westfalen und der Rheinprovinz ausdrücklich als verfehlt erklärt.“

Dieses Eingeständniß ist, wie das „Echo“ schreibt, dem wir diese Ausführungen entnehmen, etwas werth. In welchem Lichte erscheinen danach all die großen Geheimbundprojekte, die von eifrigen Staatsanwälten gegen die Führer der Sozialdemokratie angehängt worden sind? Einige derselben, so insbesondere der „berühmte“ Chemnitz-Freiberger, trug den Angeklagten bekanntlich schwere Gefängnisstrafen ein, obwohl es auch damals schon genau so wie jetzt feststand, daß der behauptete „Geheimbund“ nur in der Einbildung gewisser Leute existirte. „Es hat nie eine festgefügte gleichmäßige geheime Organisation für das Deutsche Reich gegeben,“ erklärt der Artikel der „Kölnischen Zeitung“, dessen Verfasser offenbar ein Mitglied der politischen Polizei ist. Also sind alle diejenigen, die unter der Beschuldigung, einer derartigen Organisation anzugehören, resp. sie zu leiten, i. B. bestraft worden sind, (Auer, Weber, Diez, Frohne, Bollmar, Bierack u. c.), in der That unschuldig bestraft, einem Verthum der Justiz zum Opfer gefallen.

Das „Geheimniß der wunderbaren Organisation“ liegt nach dem Verfasser „in der Herrschaft der sozialdemokratischen Idee über die „oberen Zehntausend“ der Proletarier.“

Auch das erkennen wir als richtig an, unter der Voraussetzung, daß mit den „oberen Zehntausend“ speziell diejenigen sich auf etliche Hunderttausend beziffernden Genossen

in einem strahlenden Morgen erwachte Fanny allein im großen Bett und nicht Mama, sondern die alte Kari trank dort beim Tische Kaffee.

„Na, bist Du endlich wach, Zwiebelschwanz?“ fragte die Alte.

„Für Dich bin ich kein Zwiebelschwanz“, protestirte Fanny. „Wo ist Mama?“

„Mama ist fortgefahren.“

„Wohin ist sie denn gefahren?“

„Nun, erinnerst Du Dich denn nicht mehr, Struwelpopf; sie sollte ja auf's Land, zum Lehnsmann Berg hinaus und ein Kleid nähen.“

„Du lägst, Kari!“

„Ach, diese Kinder, wenn sie schon wieder alles vergessen hat! O ja, sie mußte zum Lehnsmann Berg und ein neues Kleid nähen!“

„Wo wohnt denn der Lehnsmann Berg?“

„O, so ein fünf, sechs Meilen von hier; was geht das Dich an? Jetzt aber auf und schauen wir, daß wir fertig werden!“

„Nein, Du sollst mir sagen, wann Mama heimkommt, hörst Du, — Kari, Paubenstod!“

„Nun, sie kommt, wenn das Kleid fertig ist, morgen oder übermorgen oder einen anderen Tag; kann Dir das nicht einerlei sein, wenn Du mich hast?“ — Du wirst nicht Noth leiden, Struwelpeter!“

„Reiste Mama den ganzen langen Weg allein, alte Kari?“

„Ich denke, es fuhr sie jemand.“

„Wer fuhr sie, Du?“

„Das kann ich doch nicht wissen!“

„Warum reiste sie denn so früh ab?“

„Damit Du was zu fragen hast, kleine Heg! Du! Nun geschwind, Mütterchen, daß wir in die Kleider kommen!“

(Fortsetzung folgt.)

gemeint sind, welche in der That die Avantgarde der Proletarier bilden. Die Beobachtung kann man überall machen, daß grade die besser situirten, die gebildetsten, und ausgehärtesten Arbeiter die Träger der Bewegung und ihre eifrigsten Förderer sind. Der beste Beweis, wie unerhört lächerlich die Behauptung unserer Gegner ist: daß die Sozialdemokratie die Arbeiter in möglichst schlechter Lage erhalten wolle, um sie desto leichter „beherrschen“ und „zur Unzufriedenheit aufstacheln zu können“. Daß in der Herrschaft unserer Idee über die Parteigenossen das „Geheimniß“ der Organisation liege, das haben in allen sogenannten „Geheimbundsprojekten“ die angeklagten Sozialisten geltend gemacht. Aber die Herren Staatsanwälte witterten hinter dem „Geheimniß“ eine regelrechte Verschönerung mit „unbedingtem Gehorsam gegen bekannte oder unbekannte Obere“. — Und jetzt müssen sie erleben, daß das Ordnungsblatt par excellens erklärt: in der Herrschaft der Idee liegt das Geheimniß der Organisation. Für Leute mit „gewöhnlichem“, mit „nicht juristisch geschärfem Verstand“ war das nie ein „Geheimniß“. Ueber die „heutigen Vertrauensmänner“ wird gesagt: „Sie werden zweifelsohne eine bedeutende Rolle zu spielen berufen sein. Aus ihnen werden sich die Delegirten zu den Parteitagen und wohl auch die Abgeordneten in den parlamentarischen und städtischen Körperschaften rekrutiren, sie werden die Wetterfahne bilden, nach der man die Stimmung der Genossen beurtheilen kann. Und wenn sie die Männer danach sind, werden sie sich eines größeren Einflusses erfreuen können als ihre Vorgänger. Diese waren nämlich nichts weniger als unabhängig. Traten doch ihre Wähler, die einzelnen Bezirke oder Sektionen allwöchentlich einmal zusammen. Vor diesem Forum mußte der den Bezirk im Komitee vertretende Genosse Redenschaft von dem Thun und Lassen des Komitees ablegen und Entlastung entgegenzunehmen; zugleich lag es ihm ob, das Parteiorgan und die Flugblätter auszugeben, sowie die Parteisteuer und die von den einzelnen Bezirksmittgliedern in ihrem Bekanntenkreise gesammelten Gelder gegen Quittung einzulassiren. Hier konnten auch Anträge gestellt werden, und fanden sie den Beifall der Mehrzahl der Genossen, so mußten sie von dem Vertrauensmann dem Komitee unterbreitet werden. So war das Komitee mehr ein den Willen der Bezirksversammlungen ausführendes als ein sie beherrschendes Organ. Wird die Stelle jener das Herz der Bewegung bildenden Bezirkszusammenkünfte ausgefüllt werden durch die öffentlichen, von allen Parteigenossen besuchten Volksversammlungen? Wird die Vertretung der sozialdemokratischen Interessen wirklich aus den Händen fest erprobter, eingeschworener Genossen in die der breiten Volksmassen gelegt werden? Der Grundsatz des demokratischen Sozialismus erfordert das letztere. Aber so wenig als dieser je Aussicht auf Verwirklichung unter den Menschen hat, so unmöglich ist es, daß die Fägel des Streitwagens, der eine feste staatliche Ordnung über den Haufen rennen soll, auf die Dauer in den Händen der breiten Massen des Proletariats liegen.“

Siebt man widerstrebt es denn dem sozialdemokratischen Sozialismus, daß die „breiten Massen“ die Leitung der Bewegung, entsprechend ihren eigenen Ansichten und Absichten und unter Wahrung des Rechtes der Kontrolle und des jederzeitigen Einspruchs, erprobten, vertrauenswerthen Genossen übertragen?!

Zum Schluß heißt es:

„Soweit die geheime Organisation dem Selbstammeln und der Schriftenverbreitung diente, würde sie mit dem Aufhören des Ausnahmegesetzes für die Partei entbehrlich; ob sie auch als Mitträgerin der sozialdemokratischen Hierarchie ohne Schaden verschwinden kann, das wird von dem Maß an Disziplin, das in der an ihre Stelle getretenen Menge der Parteigenossen steht, zumeist abhängen. Das Korps der alten organisirten Sozialdemokraten ist aber nicht ausgefallen, sondern nur zur Reserve entlassen. Sie werden ihre Thätigkeit wieder aufnehmen, sobald sich ein Bedürfnis danach zeigt. Die Verwandlung der alten in die neue Organisation besteht eben im Wesentlichen nur in einer Erweiterung der Grundlage. Die Organisation der Sozialdemokratie ist einer Riesenschlange vergleichbar, die bei rauhem Wetter sich zusammenzieht, unter den milden Strahlen der Sonne sich aber gern und behaglich ausstreckt. Sie ist und bleibt aber stets dieselbe.“

Das Bild ist so übel nicht, bis auf die „milde“ Sonne und das „behagliche“ Ausstrecken. —

Unter der Ueberschrift: „Der Sieg der Bergarbeiter“ bringt die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel, welcher die Bochumer Stichwahl mit auffallender Unbefangenheit behandelt und in der Hauptsache entschieden den Nagel auf den Kopf trifft. Der Artikel verdient unseren Lesern mitgetheilt zu werden; er lautet:

Eine wahre Fundgrube an politischem Material bietet uns die Bochumer Reichstagswahl, besonders von konservativer Seite hat man allen Anlaß, dem „Lobtschwinge-System“ über die Bochumer Vorgänge, die uns ein ganzes Arsenal von Waffen darbieten, entgegenzutreten.

Die „Freie Ztg.“ hat dem Zentrum und den National-liberalen ein „Wettreiben vor den Sozialdemokraten“ vorgeworfen. Freisinnige Wähler sollten so etwas lieber nicht sagen, denn die Freisinnigen sind bei den Wahlen vor den Sozialdemokraten meilenweit getrocknet. Sachlich ist der Ausdruck ebenfalls nicht berechtigt, denn es liegt kein Wettreiben vor den Sozialdemokraten, sondern vor den Vergleuten vor. Auch sind die Forderungen der Vergleute nicht derart, daß man sie nicht vertreten kann. Die Komit der Ereignisse liegt auf einem anderen Gebiet.

Die Vergleute verlangten hauptsächlich achtstündige Schicht, steigenden Lohn mit steigendem Gehwinn der Jechen, Verbot der Ueberschichten, Regelung des Wagnens und Wiedereinstellung der seit dem Streik entlassenen Vergleute. Wir sind in der „Kreuz-Ztg.“ diesen langbekannten Wünschen ziemlich weit entgegengekommen, haben uns aber dafür gefallen lassen müssen, daß die „Aheim-Westf. Ztg.“ die volle Schale ihres Jornes über unser Haupt entließ. Das national-liberale Jochenorgan hat dagegen mit einer Leidenschaft gewüthet, die ihres Gleichen sucht, und der ganze Ingrimm gegen den Geh. Rath Singpeter beruht darauf, daß man ihn — in dem bloßen Verdacht habe, er stehe diesen Forderungen freundlich gegenüber und habe in diesem Sinne an Se. Majestät berichtet.

Da kommt der Wahltag. Battmann unterschreibt die Forderungen, einen Tag später auch Müllensiefen und die „Aheim-Westf. Ztg.“, der ein Tag von Damastus gekommen, giebt ihren Segen dazu.

O quo mutatio rerum! Wo bisher Streit und Zwiebrach war, herrscht eitel Freude und Ginstigkeit. Vergleute und „Kohlenbarone“ geben Arm in Arm, Fußangels „Beifall Volksztg.“, das Verbandorgan der Bergarbeiter und die „Aheim-Westf. Ztg.“ — alle drei stehen an einem Strange. Der Pulverdampf hat sich verzogen, und die Vergleute, die Sieger des Schlachtfeldes, sehen keinen Feind mehr vor sich, die ganze Partei der Augenbeißer und Grubendirektoren ist — zu ihnen

übergegangen. Das ist kein orientalisches Wundermärchen, keine Dichtung, die auf der Bühne an uns vorüberzieht — nein, es ist klare, nackte Wahrheit, Vattmann und Willensleben haben alles unterzogen, was die Vergeltung wollten, keine Partei, keine Zeitung und kein Mensch im „Niesen-Wahlkreis“ doch hat dagegen protestiert.

Die „Neue Zeitung“ hat also doch Recht gehabt, als sie früher den Forderungen entgegentrat. Wir sind nicht einmal so weit gegangen, wie die Forderungen unter Willensleben's Führung heute selbst ihren Standpunkt markieren. Sie haben plötzlich „Ihr Herz entdeckt“, und wir sind völlig gefast darauf, daß die „Neue Westf. Ztg.“ uns in den nächsten Tagen gründlich — „heruntermachen“ wird, weil wir nicht entschieden genug für die Vergeltung eintreten.

Die nationalliberalen „Kohlenbarone“ des Bochumer Kreises hatten leider unterlassen, ihre auswärtigen Parteigenossen von ihrer Sinnesänderung rechtzeitig zu avisieren. Diese, welche nicht ahnten, daß ihre Freunde inzwischen andere Götter anbeteten, seien daher weidlich über das Zentrum her, das den Nationalliberalen mit dem bösen Beispiel vorangegangen war. So schrieb der „Hannov. Cour.“, daß Bürgermeister Vattmann eine Reihe sehr weitgehender Forderungen der sozialdemokratischen Vergeltung ausgenommen und dafür die Zustimmung der Unterführung derselben empfangen habe. Unter den von dem Zentrumsländern angenommenen Forderungen finden sich u. a. auch ein achtstündiger Maximal-Arbeitsstag und steigender Lohn bei steigendem Gewinne. Das sind Kernpunkte des sozialdemokratischen Programms. Wer noch in Zweifel gemessen, daß die Kerntats Bekämpfung der Sozialdemokratie Täuschung oder Selbsttäuschung ist, der kann sich an dieser Wahlbündelung einmal wieder belehren.

Welch ein Schrecken mag dem guten „Courier“ in die Glieder gefahren sein, als er am anderen Tage hören mußte, daß seine Partei die Kernpunkte des sozialdemokratischen Programms ebenfalls akzeptiert habe.

Noch stärker als der „Courier“ ging die „Magdeb. Ztg.“ ins Zeug, doch wollen wir das übergehen, um folgenden Worten der Berliner Oberprüferin des Nationalliberalismus, der „Nat.-Ztg.“, zu lauschen: „Der mit so viel Klugheit eingeleitete Feldzug des Zentrums gegen die Sozialdemokratie — Wäntzer, Breese des Papstes, Girtenstreifen der Bischöfe u. s. w. — erhält durch das oben berichtete Abkommen eine äußerst drastische Beleuchtung, und sobald es sich um ein Zentrum-Mandat handelt, wird mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache gemacht.“

Die Nationalliberalen sind also — nichts besser. Vergänglich sucht sich die „Nat.-Ztg.“ damit herauszureden, Vattmann habe mit den Sozialdemokraten, Willensleben aber mit den Bergarbeitern unterhandelt. Unter den fünf Bergarbeitern, mit denen Vattmann unterhandelte, war nur einer ein Sozialdemokrat, der zugleich bei der Wahl eine der Parolen entgegengehaltene Haltung beobachtete, wer weiß aber, ob unter Willensleben's Unterhandlungen nicht auch Sozialdemokraten gewesen sind. Inzwischen sind das ja alles Nebensachen, von den beiden Streitenden ist einer nicht „besser“ als der andere, sie haben sich wirklich nichts vorzuwerfen. Die Nationalliberalen werden auch bei ihrer Gelegenheit schon lernen, für die Kernpunkte des sozialdemokratischen Programms einzutreten.

Was wir feststellen wollten, ist dieses: Der ganze Wahlkreis Bochum hat sich vor den Bergarbeitern gebeugt, und zwar ist das nur geschehen, um Wahlstimmen zu ergattern. Die Bergarbeiter haben einen Sieg errungen, der viel größer ist, als wenn sie einen eigenen Arbeiterkandidaten durchgebracht hätten, denn diesen hätte immerhin nur eine Mehrheit vertreten, jetzt sind aber sämtliche Stimmen des Wahlkreises, die Willensleben wie die Vattmann'schen, für die Arbeiterforderungen abgegeben. Und sollte etwa Herr Hammacher noch geneigt sein, im Reichstage die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten, dann wird Willensleben ihn schon vorher mit den Worten, die in „Maria Stuart“ Burleigh an Leicester richtet, warnend zurufen:

Dort trefft Ihr mich — und sehet zu, Wolfoed,
Das Gsch dort die Vereinfachtheit nicht fehle.“

Aus Berlin wird dem „Pester Lloyd“ gemeldet, es stehe eine Umgestaltung der Munition des deutschen Repetiergewehres bevor. Statt randloser Patronenhülsen werden künftig solche mit Rand eingeführt. Hierdurch würden weitere Veränderungen nötig werden.

Nun, wir können sicher sein, daß wir und unsere Gegner nach dem höchsten Fortschritte der Technik im nächsten Kriege erschossen werden und daß bis dahin die schönsten Fortschritte zum Vankertrott der Militärstaaten gemacht werden.

Der Antisemitismus gerettet — wenigstens in Freiberg (Sachsen). Ein antisemitisches Licht — Name nicht genannt — hatte dort unvorzüglicher Weise einen Vortrag mit nachfolgender Debatte angelündigt. Als der arme Mann mit seinen Schimpfereien zu Ende war, und ihm gebietet werden sollte, erhebe sich der überwachende Beamte und verbote im Namen des Stadtraths die Diskussion. So kam der Antisemit ungerufen davon.

Staatsretterische Justiz wird mit viel Eifer, wenn auch nicht mit viel Erfolg, im vernünftigen Sachsen geübt — wurde da z. B. neulich jemand wegen Beleidigung eines Junungs-Schneidemeisters, der ein Kind etwas weniger hart geprügelt hatte, als von dem Beleidiger gesagt worden war, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt — die er auch abgeben muß. In Preußen hätte der Mann keine vier Mark Geldbuße bekommen. Freilich der jemand war ein Oppositionsmann und Zeitungsredakteur. Wenn der selbige Beust das erführe, er würde sich im Grabe herumdrehen.

Die Vorbereitungen zur Feier des 1. Mai werden in Oesterreich schon getroffen. Das leitende Organ der österreichischen Sozialdemokratie, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, veröffentlicht in ihrer letzten Nummer einen Leitartikel, „Zum 1. Mai 1891.“ Sie weist in denselben auf die großartige Demonstration der österreichischen Arbeiter am letzten 1. Mai hin, auf die Notwendigkeit, den 1. Mai d. J. so großartig zu feiern, daß kein Rückschritt, sondern nur ein großartiger Fortschritt konstatirt werden kann. Die „Arbeiter-Zeitung“ schlägt vor, nicht nur den Nachmittags, sondern auch das allgemeine Wahlrecht am nächsten 1. Mai zu fordern, sie weist auf die bald nach dem 1. Mai stattfindenden Wahlen hin. Sie schließt ihre Ausführungen mit den Worten:

Der Erfolg des Vorjahres war überraschend, weil es ein erster Versuch war. Diesmal muß ein energischer Schritt nach Vorwärts gemacht werden. Bis in die letzte Hütte im verborgenen Thale muß die Volkshaus getragen werden von dem Tage, den das Proletariat der ganzen Welt feiert.

Und nun, Genossen, an die Arbeit! —

Die österreichischen Antisemiten haben sich den Scherz gemacht, ein Blatt, „Der Arbeiter“, zu gründen. Die österreichische Arbeiterschaft ist heute so durchdrungen vom Geiste der internationalen Sozialdemo-

kratie, daß man ruhig dieser Gründung nur ein sehr kurzes Dasein voraussagen kann. Schon vor Jahren, als unsere österreichische Bruderpartei noch lange nicht so innerlich gefestigt war, wie heute, wurde von dem christlich-sozialen Pfarrer Eichhorn ein Blättchen, das manches Verdienstliche enthielt, unter dem gleichen Namen gegründet. Es wurde von den Arbeitern aber nicht gelesen und mußte ohne Abmottenschwindsucht eingehen, weil es nie Abonnenten hatte. Die Arbeiter von der Sozialdemokratie abgesperrt machen zu wollen, ist heute vergebliche Liebesmühe.

Im Kanton Tessin haben gestern die Wahlen zum Verfassungsrath stattgefunden. Das Wolffsche Bureau läßt sich über dieselben telegraphiren:

Die heutigen Wahlen für den Verfassungsrath des Kantons Tessin sind, soweit Nachrichten bis jetzt vorliegen, vollständig ruhig verlaufen. Die Ultramontanen haben gestimmt, während die Liberalen sich der Wahl enthalten haben. Das Resultat wird voraussichtlich erst in einigen Tagen bekannt gemacht werden.

Demnach scheinen die Liberalen sich mit den ihnen gemachten Zugeständnissen nicht beruhigt zu haben. Daß ein nur von einer Partei und nicht vom ganzen Volke gewählter Verfassungsrath kein Friedenswerk schaffen kann, verliert sich von selbst und so kann von einer Beruhigung in der italienischen Schweiz nicht die Rede sein.

Der „Schweizerische Sozialdemokrat“, dessen Bestreben, die sozialdemokratische Bewegung prinzipienrein zu erhalten, von Niemand mehr gestiftet wird als von uns, bringt in seiner vorletzten Nummer nachstehende Notiz:

„Französischer Adjunkt des schweiz. Arbeitersekretärs wird wahrscheinlich Dr. Nohemar Schwigguel in Biel, vorgeschlagen von den Arbeiter-Unionen Chaux-de-Fonds und Yverdon. 20 000 Fr. Bundesgeld stehen künftig dem Sekretariat zur Verfügung. Andere schweizerische Berufs- resp. Standessekretariate beziehen freilich mehr. Die „Neue Zeit“, das wissenschaftlich-theoretische Organ der deutschen Sozialdemokratie, bringt in ihrer letzten Nummer einen sehr anerkennenden Artikel über unser schweizerisches Arbeitersekretariat und über den hinter denselben stehenden Arbeiterbund.

„Im! Eigentlich doch nur kaiserliche Sozialreform in der Schweiz!“

Dies die Notiz.
Nun, der Vorwurf trifft auch uns, denn — gleich der „Neuen Zeit“ — haben wir wiederholt der schweizerischen Fabrikgesetzgebung und Sozialpolitik anerkennend gedacht und werden es wohl auch fernerhin noch thun. Wir wissen zwar so gut, wie die Redaktion des „Schweizerischen Sozialdemokrat“, daß die schweizerische Fabrikgesetzgebung und Sozialpolitik sehr bedeutende Mängel hat, aber wir wissen auch, daß die Fabrik- und Arbeitergesetzgebung der Schweiz die beste ist, welche überhaupt besteht, und namentlich unsere deutsche an Mächtigkeit thurmhoch übertrifft.

Und während es die Pflicht des „Schweizerischen Sozialdemokrat“ ist, für sein Land eine bessere Gesetzgebung zu fordern, als die, welche vorhanden ist, haben wir die deutsche Sozialdemokratie unserer Regierung gegenüber genau dieselbe Pflicht; und unser schweizer Kollege und Genosse wird doch gewiß nicht bestreiten wollen, daß der Hinweis auf die weit bessere Gesetzgebung der Schweiz ein sehr wirksames Argument für uns bildet, insofern dadurch der stereotype Einwand der Undurchführbarkeit aus dem Wege geräumt wird.

Und noch Eins! Wir halten es mit der guten Lessing'schen Praxis: in Sachsen lobe ich die Preußen, in Preußen die Sachsen. Dem Zulauf, wo der nächste Wirkungskreis, gilt in erster Linie die scharfe, die unbarmherzige Kritik — wobei das Ausland, wenn thunlich, als lehrendes Beispiel gut zu verwerthen ist — wie der Lehrer dem nachlässigen Schüler einen anderen Schüler zur Nachahmung vorhält, der darum keineswegs ein vollkommenes Muster zu sein braucht. Wir haben für die heimischen Fehler und Mängel — und deren haben wir ja überreichlich — schärfere Augen und eine schärfere Kritik, als für die ausländischen — der chauvinistische Serovillismus hat die umgekehrte Praxis. Und unsere ist sicher die bessere — das sei auch nach anderer Seite gesagt.

Die französische Rente ist mindestens 16 1/2 Mal überzeichnet worden, obgleich sie zu einem bedeutend höheren Kurse ausgegeben wurde als die preussischen Konfols und obgleich die aufgelegte Summe 889 Millionen Franken betrug. Die Rente stieg sofort in Paris nach Bekanntwerden der Thatsache. Man darf die politische Tragweite dieser Vorgänge nicht überschätzen, muß sie aber doch als eine Konsolidirung der französischen Verhältnisse betrachten und als ein Zeichen, daß der französische Bourgeois den Frieden will und keine Revanchegedanken hegt und von seiner Regierung keine abenteuerliche Politik verlangt.

Seinepräsekt Gaußmann ist gestorben. Er, früher einer der mächtigsten, einflussreichsten, bekanntesten Männer des Kaiserreiches Napoleons III., erinnert nur an sich durch seinen Tod. Seine Verschwendungssucht, seine Beziehungen mit der Börse sollen hier nur erwähnt werden. Was ihn zu einem berühmten Mann gemacht hat, das war die Schaffung des neuen Paris. Er hat die Stadterweiterung im großartigsten Stile angebahnt und es erndlicht, daß der rasche Bevölkerungszuwachs, die großen Ausstellungen innerhalb der Stadt Raum hatten.

Triumphirend wurde in die Welt telegraphirt, daß Paderewski in Spanien verhaftet wurde. Zum großen Schmerze aller Poltzenseelen bewahrheitete sich die Sache aber nicht, es war bloß ein Fessmüger, der im Bade lebte, den General Silberstoff geißelt zu haben, und dies in die Welt hinausschrie, welchen die geschickte spanische Polizei erwischte.

Die russische Spindel diplomatie führt gegenwärtig, nachdem sie in der Türkei ein brutales Verbrechen gegen das Völkerrecht verübt hat, eine ferner schamlosen Lügenkomödie auf, die eine ihrer Spezialitäten bilden. Sie hat nämlich irgend einem ihrer Söldlinge in der türkischen Regierung eine Rechtfertigung des Verhaltens der — Türkei in dieser Angelegenheit diktiert, welche angebliche Rechtfertigung jetzt die Kunde durch die europäische Presse macht. Nicht Rußland war angeklagt — behauptet, es war ja wie immer Kistenrein, allein die Türkei hat sich das Mißfallen Englands zugezogen, und sie handelte doch, indem sie die Auslieferung Luky's nicht verhinderte, nur streng gefällig. Nun war aber die Türkei gar nicht in der Lage, die Auslieferung zu verhindern, da das russische Spindelgestel, das den schuftigen Menschenfang à la Battenberger vollführte, sich natürlich wohl hütete,

der Pforte die Sache auf die Nase zu hängen. Eine Anzahl griechischer und armenischer Polizisten im Dienste der Pforte waren allerdings im Geheimniß und halfen an dem Vubendstüd mit — wie denn die russische Spindel diplomatie seit 150 Jahren all ihre Erfolge in der Türkei solchen erkaufen Griechen und Armeniern verdankt.

Jetzt hat sie ganz besondere Anstrengungen gemacht, um sich eine Partei in der Pforte zu sichern und dieselbe zu einem Bündniß mit Rußland zu bewegen. Die Stipendien des russischen Rubels sind selbstverständlich bemüht, das jüngste Altentat auf's Völkerrecht zu beschönigen. Desio größter ist der Horn der unabhängigen Türken, und der englischen Regierung, welche unter keinen Umständen dulden wird, daß die russische Spindel diplomatie am Bosphorus ungehindert und ungestraft ihr Wesen treibe.

Die deutsche Sozialdemokratie im Lichte italienischer Beurtheiler. In ihrer letzten Nummer bringt die in Rom erscheinende Zeitschrift „Noova Antologia“ einen beachtenswerthen Artikel über die deutsche Sozialdemokratie und die neue Phase, in welche sie seit dem Parteitag in Halle getreten ist. Wir entnehmen dem genannten Aufsatz folgende interessante Schilderung der Entwicklung der Partei:

Am 27. Januar 1887 schloß der „Sozialdemokrat“, voll Freude über die endliche Bewilligung des allgemeinen Stimmrechts, einen Artikel mit den Worten: „Jetzt haben wir ein Heer zu unserer Verfügung und wir werden es zu gebrauchen wissen.“ Die Rekruten dieses Heeres sind seitdem aus allen Theilen Deutschlands der gewaltigen Erhebung zugeströmt, so daß sich schließlich ihr lauter Ruf nach sozialer Vergeltung deutlich hörbar gemacht hat. In den großstädtischen Wahlkreisen, in den Distrikten, in welchen das Gewerbe stark blüht, in Orten mit überwiegender evangelischer Bevölkerung ist die Sozialdemokratie ein bedeutender und bedeutsamer Faktor. Aber die Bewegung greift auch auf die ländlichen Distrikte und die Gegenden mit katholischer Bevölkerung sichtlich über und wird allem Anscheine nach in nicht allzu langer Zeit eine allgemeine sein. Keine andere Volksbewegung, von welcher die Geschichte weißet, kann sich mit jener an Intensität und Radikalismus der treibenden Ideen vergleichen. Sie bedroht und ist zu vernichten bestrebt alle bestehenden sozialen Zustände, an deren Stelle sie einen neuen setzen will, der die Menschen, welche die Gesamtheit bilden, nur unter ihrem menschlichen Namen aufgenommen haben will und betrachtet. — Es ist das der einzige Weg, auf welchem die Gesellschaft zu Recht und Gerechtigkeit eine neue bestehen kann. So behaupten die deutschen Reformatoren und mit Wort und Schrift zielen sie darauf hin, diese Gesichtspunkte in Deutschland volkshäufig zu machen. Und diese Erhebung gegen die bestehenden Gesellschaftszustände ist um so erklärlicher, als tagtäglich vor aller Augen greifbar sich zeigt, wie die Gewalt selbst sich ein Gebäude errichtet, in welchem alle Uebergriffe, alle Ungerechtigkeiten und alle Gewaltthaten der vergangenen Jahrhunderte eine sichere Stätte einnehmen. Bis jetzt steht dies Gebäude noch auf fast festem Grunde durch die vereinigten Anstrengungen aller herrschenden Interessen, während die Massen, ausgezogen und erschöpft, noch fast ohne Kraft sind. Aber nach und nach fällt die Binde von den Augen der Unterdrückten. Das Proletariat, dieser ungeheure Riese, zerbricht seine Ketten und bedroht die soziale Pyramide, unter deren Last es, ein armer Sklave, seufzt. In ihm wächst ein unbestimmtes und noch unerklärliches Gefühl seiner Macht; und der scharfe Stachel der Noth, den das Bewußtsein des erlittenen Unrechtes noch schärfer und stärker macht, kann nur von Tag zu Tag seinen Grimm unverföhlicher, seinen Arm erbarmungsloser machen. Wahrlich, Bismarck war weit davon entfernt, vorauszuweisen, daß das allgemeine Stimmrecht sich zum wirksamsten Vortheil der sozialistischen Partei gestalten würde und nicht in letzter Linie dieser mächtigsten Erhebung gegen die gesammte sozialpolitische Ordnung dienen sollte, wie dies die Sozialisten vorausgesehen haben. Der Reichstag von 1887 hatte nur einen einzigen sozialistischen Abgeordneten, der in Olschau gewählt war, während augenblicklich die sozialistische Partei im Reichstag durch 85 Mitglieder vertreten ist und alle Wahrscheinlichkeit für sich hat, in der Zukunft noch bedeutend zu wachsen. Die Partei versicherte auf dem Parteitag zu Halle, daß neun Zehntel der Bevölkerung an den Folgen des sozialistischen Programms interessiert sind. Augenblicklich hat die Partei erst ein Zehntel an sich gezogen; aber mit dem Fortschritte der Verbreitung der Ideen, unterstützt durch die Mittel der Propaganda, werden die übrigen auch in nicht allzu fernem Zukunft herangezogen werden. Und nicht mehr allzu lange wird es währen und die Sozialdemokratie hat nicht nur die Majorität im Reichstage, sondern sie wird auch das Land beherrschen. Das Proletariat wird dann nicht mehr sein, d. h. es wird alles sein.“

Herr Eugen Richter sucht in der letzten (Sonntags-) Nummer seines Blattes die Zurückweisung der Annonce der Schrift Curt Fall's zu entschuldigen. Die Schrift sei nicht sachlich, sondern persönlich — ein lächerlicher Einwand (wo ist die Grenzlinie zwischen sachlich und persönlich bei Streitschriften zu ziehen?) — doppelt lächerlich bei Herrn Eugen Richter, der notorisch keine Zeile schreiben, kein Wort reden kann, ohne persönlich zu werden. Schon der Titel — sagt er — sei beleidigend: „Jesuus des Herrn Eugen Richter.“ Wenn aber Herr Richter die Schrift gelesen hat, so muß er auch wissen, daß das Wort Jesuus nicht in dem psychiatrischen Sinn gemeint ist, was allerdings geschmacklos und beleidigend wäre (jedoch auch kein Grund für die Zurückweisung der Annonce bilden würde), sondern, daß es einen bestimmten „Sinn“ des Herrn Eugen Richter bezeichnen soll, den Sinn, sich zu irren, nationalökonomische Dinge nicht zu verstehen oder nicht zu verstehen. Der Jesuus des Herrn Eugen Richter wird übrigens, wie wir hören, um weiteren Mißdeutungen vorzubeugen, in der zweiten Auflage als „Jrr.“ Sinn des Herrn Eugen Richter“ sich präsentieren.

Wenn Herr Eugen Richter meint, der „Vorwärts“ sei selber mit der Schrift Fall's nicht einverstanden, denn er habe sie nicht erwähnt, — so bitten wir Herrn Richter, die Nummer des „Berl. Volksblatt“ vom 25. Dezember nachzulesen und er wird finden, daß wir die Schrift nicht bloß erwähnt, sondern auch empfohlen haben.

*) Und weniger — der Mandate; aber fast ein Fünftel der Stimmen.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 12. Januar 1891.

Tagesordnung: Etat.

Am Ministertische sind die Minister Miquel, Herrfurth, v. Schelling, v. Berlepsch und v. Heyden zugegen.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Der Rechnungsbereich über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1889, betreffend die Konsolidation preussischer Staats-Anleihen wird durch Kenntnisnahme erledigt und das Haus geht alsbald zum Hauptpunkte der Tagesordnung, der Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung, über. Das Wort nimmt

Finanzminister Miquel: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause folgende Schriftstücke zu überreichen: 1. die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt von 1887/88; 2. die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben von 1889/90; 3. den Staatshaushalt-Etat für das Jahr 1891/92. Der Etat schließt ohne Anleihe und ohne Verwendung von Ueberschüssen aus dem Vorjahre ab. Er balancirt in sich. Eine Reihe von sehr nützlichen Forderungen mußte noch zurückgestellt werden. Aufgestellt ist der Etat nach den bewährten Grundsätzen langer Jahre. Seit dem Jahre 1880 bewegen sich unsere Einnahmen derart in auf- und absteigender Linie, daß der Etat im Voraus nicht mit Sicherheit zu berechnen ist. Es beruht dies vor allem darauf, daß gegenwärtig die Betriebsverwaltungen im Etat die Hauptrolle spielen. Der Ueberschuss unseres Etats von 1889/90 ergibt sich vor der erforderlichen Schuldentilgung. Wir haben am 1. April 1891 eine Schuldenlast von 5843 Millionen Mark. In welcher Weise die Schulden getilgt werden, hängt von der Entschliessung dieses Hauses ab. Als die Schulden zum Theil konsolidirt wurden, lag es sicher nicht in der Absicht, die Schulden überhaupt nicht zu tilgen. Nur wollte man nicht genöthigt sein, wenn neue Schulden erforderlich wurden, auch sofort andere Schulden zu tilgen. Das Jahr 1889/90 — allerdings ein ausnahmeweise günstiges Jahr — hat in den Betriebsverwaltungen allein einen Ueberschuss von 73 Millionen ergeben, von welchem auf die Eisenbahnen über 42 Millionen fielen. Bei den Dotationen kommt dagegen auf die allgemeine Finanzverwaltung ein Minus von 21 Millionen. Der Ertrag aus den Zöllen und der Tabaksteuer, welcher durch das Reich überwiesen wurde, zeigte ein Plus von 47 Millionen. Die Mehrüberweisungen an die Kreise, welchen im Ganzen über 47 Millionen zufließen, belaufen sich auf über 24 Millionen. Wie sich der Mehrüberschuss im laufenden Jahre stellen wird, darüber kann ich nur unsichere Angaben machen, die mit allem Vorbehalt zu geben sind. Sicher sind die Angaben nur für die ersten acht Monate, d. h. bis Ende November, die anderen vier Monate kann man nur nach der Wahrscheinlichkeit in die Rechnung einstellen. Die Ueberschüsse laßen sich in runden Zahlen etwa dahin feststellen: bei den Domänen auf 150 000 M., bei den Forsten auf 7 Millionen, bei den direkten Steuern 4 400 000 M., bei den indirekten Steuern 6 1/2 Millionen, bei der landwirthschaftlichen Verwaltung 10 Millionen, bei den Eisenbahnen 5 600 000 M. Gegen 42 Millionen im Vorjahre (Hört, Hört!). Nun kommen die ungünstigen Faktoren: Die Gesamtüberweisungen werden sich voraussichtlich auf 89 Millionen gegen 47 Millionen im Vorjahre stellen. Die Matrifalarbeiträge sind von 165 auf 176 Millionen gestiegen. Dazu kommen die Ausfälle bei der öffentlichen Schuld von 7 Millionen, bei der Landwirtschaft und bei der Gestattungsverwaltung, so daß man die Gesamtsumme der ungünstigen Faktoren auf 44 610 000 M. veranschlagen darf. Demgegenüber hat man die Ueberschüsse mit 78 250 000 M. zu berücksichtigen, so daß sich ein vermuthlicher Reinerüberschuss von etwa 33 Millionen ergeben wird, d. h. ein um 66 Millionen geringerer Ueberschuss als im Vorjahre. Ob das Resultat dieser Rechnung aber ein sicheres ist, kann die Staatsregierung nicht übersehen, das beruht auf Faktoren, auf welche die Regierung keinen Einfluß hat. In den acht Monaten, die zu übersehen sind, hat sich eine Mehreinnahme von 35 399 800 M. ergeben, dazu kommt eine Wertausgabe an Zinszahlungen von 11 987 400 M., so daß sich die Einnahmen um 47 387 200 M. besser stellen, als im Anschlage; dagegen stellen sich die Ausgaben um 41 Millionen höher, ein Verhältnis, welches durch höhere Kohlen- und andere Materialpreise, höhere Löhne und Verbesserung der Beamtengehälter hervorgerufen ist. Bevor ich auf den Etat von 1891/92 übergehe, möchte ich Sie insbesondere daran erinnern, daß bei einer Vergleichung die fünfzig Millionen nicht außer Acht gelassen werden dürfen, welche für das laufende Jahr in einem Nachtrags-Etat zur Verbesserung von Beamtengehältern bewilligt worden sind, und nun in den einzelnen Titeln erscheinen, so daß dieselben eine erhebliche scheinbare Vergrößerung erfahren haben. Die Staatsregierung ist überzeugt, bei der Gewährung von Einkommens-Verbesserungen im Sinne dieses Hauses gehandelt zu haben. Sie hat für die Zulagen in Betracht

gezogen die Gefährlichkeit der dienstlichen Thätigkeit für Leben und Gesundheit, die Lage der Dienststelle, besondere Thätigkeitsverhältnisse, besondere Ansprüche an die Fähigkeit der Beamten. Mit den bisherigen Mitteln hat das Bedürfnis nach Stellungszulagen längst nicht befriedigt werden können und es sind große Schwierigkeiten, ja ich sage es ganz offen, es ist eine gewisse Willkürlichkeit entstanden. Man wird erwägen müssen, ob wir das System der Stellungszulagen weiter entwickeln oder wie wir es anders gestalten können. Diese Frage hängt mit derjenigen einer anderen, der Organisation der Gehaltsverhältnisse überhaupt zusammen. Der gegenwärtige Etat hat zu unserm großen Bedauern erhebliche Mittel nicht geboten, um in größerem Umfange Aufbesserungen von Beamtengehältern vorzunehmen, und wir haben uns auf das Allernothwendigste beschränken müssen. Wir haben uns dabei innerhalb des Systems gehalten, welches die Regierung im Einkverständnis mit dem Hause befolgt, die Aufbesserung von unten nach oben fortschreiten zu lassen. Eine Erhöhung ist vorgeschlagen für die Kassensekretäre, die den Kanzlisten gleichstellen. Ferner sind die Maximalgehälter erhöht worden und zwar um 500 M. bei der ersten, um 450 M. also auf 2700 M. bei der zweiten, und auf 2200 M. bei der dritten Klasse. Diese Behandlung der Frage hängt zusammen mit dem Vorschlage der Regierung, das bisherige System des Aufrückens der Beamten im Gehalt durch feste Altersstufen zu ersetzen. (Beifall.) Das Auf- und Absteigen in Gehaltsklassen hing ab von den Befolgen innerhalb dieser Klassen und hatte häufig das Nichterreichen der Mittelstufe zur Folge. Die Gehaltsgemeinschaft war verschiedener Natur und das Aufsteigen hing von Zufälligkeiten ab, viele Beamte blieben dauernd zurück hinter den Kollegen in anderen entsprechenden Kategorien. Man hat sich bemüht, dies auszugleichen, aber bisher nicht viel erreichen können. Die Erfahrung lehrt, daß gleiche Dinge, ungleich behandelt, am meisten Unzufriedenheit erregen. Deshalb war bisher mit den Aufbesserungen Vorsicht geboten. Wenn man nun an Stelle des alten Systems das der Altersstufen setzt, so wird der tüchtige Beamte fortan in der Lage sein, seine eigene Zukunft zu berechnen, seine Einnahmen und Ausgaben in das richtige Verhältnis besser als bisher zu setzen und eine richtige Oelonomie in seiner Lebensrichtung zu führen. Das Gefühl der Verunsicherung muß bei diesem System größer sein und gleichfalls das Gefühl für die Würde des Standes. Man befürchtet von einer Seite eine Verschlechterung der Disziplin, aber die Regierung hat Vertrauen zu dem Ehrgefühl der Beamten und kann gegen pflichtvergessene Elemente auch unter dem neuen System noch disziplinarisch einschreiten. Wir glauben, daß das neue System nicht zu große Mehrausgaben erfordert wird, da das Verhältnis der jüngeren Beamten in allen Zweigen im ganzen Staate gleich sein wird. Hiermit verknüpfen wir die Erfüllung eines anderen allgemeinen Wunsches, die diätetischen Stellen zu vermindern und die etatsmäßigen zu vermehren. (Beifall.) Das bisherige gesetzliche Verhältnis der etatsmäßigen zu den diätetischen Stellen ist vielfach in der Praxis nicht festgehalten worden. Zunächst wird es nöthig sein, dies herzustellen, dann wird es Zeit sein, darüber hinauszugehen, so daß in bestimmter Zeit allmählich bedeutende Mehrmittel erforderlich sein werden. Gehen wir über zu einem solchen System, so wird man die Minimalhöhe z. B. der Kanzlisten herabsetzen müssen, denn für einen Militäranwärter, der nach längerer Dienstzeit Kanzlist wird, ist ein Minimallohn von 1600 M. nicht zu hoch. Wenn aber ein Mann nach einjährigem Probendienst dies Gehalt erhalten sollte, so dürfte dies zu viel sein. Daher haben wir uns geschaut, die Minimalhöhe jetzt heraus zu rücken. Die Vorbereitungen für dies System sind ziemlich weit gediehen, aber es ist bei der großen Anzahl der Ermittlungen und Berechnungen noch kein Abschluß gefunden worden. Ich habe die Absicht, wenn das Haus nicht Widerspruch erhebt, schon im kommenden Etatsjahre für die Beamten, deren Verhältnisse durch den Etat aufgebessert werden sollen, dies System einzuführen. Ob nicht Ausnahmen in einzelnen Dienstzweigen werden gemacht werden müssen, wird die Erfahrung lehren. Wir hoffen damit die Zufriedenheit da, wo sie nicht ist, herzustellen, und meinen, daß dieser Schritt günstig wirkt. Freilich kann der Beamte seine Stellung in den Einnahmen nicht mit der von Privatpersonen vergleichen, aber dafür hat er eine feste Anstellung, Aussicht auf Pension und Versorgung der Witwe und der Waisen. Eine Neu-Organisation wird außerdem im Handelsministerium beabsichtigt und zwar hinsichtlich der Gewerbe-Inspektion. Daß die Zahl der Gewerbe-Inspektoren zu gering ist, ist längst anerkannt und es wird Ihnen in dieser Richtung von dem Ministerium für Handel und Gewerbe ein durchgreifender Plan vorgelegt werden. Der erste Anlauf hierzu ist in diesem Etat enthalten, das Nähere wird Ihnen später zur Begutachtung vorgelegt werden. — Ich komme nun zu einzelnen Veränderungen

im Etat. So bringt der Etat für Domänen ein Plus von 300 000 M., die Forsten von 2 Millionen Mark. Bei den direkten Steuern ergibt sich ein Plus von 4 Millionen, ein Weniger findet sich bei der Grundsteuer. Im Jahre 1880/81 hat die direkte Steuer 150 Millionen ergeben, für den vorliegenden Etat 156 Millionen. Wenn wir nun den damaligen und jetzigen Standpunkt des allgemeinen Wohlstandes in Betracht ziehen, so ist sicher die Entwicklung der direkten Steuern diesem gegenüber zurückgeblieben. Die Mehreinnahmen des Staates setzen sich aus Betriebs-Einnahmen und indirekten Steuern zusammen. Von einer zu starken Anspannung der direkten Steuern kann also nicht gesprochen werden, dies wird effizient beleuchtet, wenn man dagegen hält, daß wir im Jahre 1880/81 797 Millionen, für das Etatsjahr 1890/91 1720 Millionen Schulden haben. Bei den indirekten Steuern ist eine Mehreinnahme von 4 000 900 M. vorgegeben; man hat dabei auf eine Steigerung der Stempel- und der Erbschaftsteuer gerechnet. Bei der Bergwerksverwaltung ist auf einen Gesamtüberschuss von 19 686 434 M. gerechnet, gegen etwa 17 Millionen im Vorjahre. Die Eisenbahnen sollen im Ordinarium einen Mehrüberschuss von 42 374 960 M. ergeben, im Extraordinarium ist dieser Ueberschuss auf 39 695 990 M. berechnet, hiervon sind indes 28 Millionen erparter Zinsen in Abzug zu bringen, welche beim Etat der allgemeinen Schuldenverwaltung in Rechnung gestellt sind. Es ergibt sich also, daß die Aufstellungen mit aller Vorsicht gemacht sind. Im Extraordinarium sind 15 Millionen zur Erweiterung und zum Umbau von Bahnhöfen ausgemittelt, dagegen ist im Ordinarium eine Summe von 46 178 000 M. für Erneuerung des Oberbaues, 9 Millionen mehr als im Vorjahre, ausgesetzt. Die Regierung ist in ausgiebiger Weise befreit, den Klagen über Mangel an Betriebsmitteln Abhilfe zu schaffen. Sie werden die übliche Eisenbahn-Vorlage erhalten und in dem Anleihenfond wird wiederum ein erheblicher Betrag für Vermehrung der Betriebsmittel enthalten sein. Es wird damit gleichzeitig die Frage gelöst sein, die meiner Ansicht nach eine Doktorfrage ist, ob die Vermehrung der Betriebsmittel aus den laufenden Einnahmen oder aus Anleihen bestritten werden soll. Diese Frage ist meiner Ansicht nach auch nicht durch das Garantiegesetz aufgelöst. (Sehr wahr! links.) Die Ueberschüsse werden hauptsächlich zur Schuldentilgung verwendet; je geringer sie sind, desto geringer ist die Schuldentilgung; ob wir also die Schuldentilgung aufschieben oder unsere Schulden sogleich vermindern, das bedingt höchstens einen Zinsunterschied. Durch diese Art der Etatsführung wird es der Regierung möglich bei rasch ansteigendem Bedürfnisse schnell für Vermehrung der Betriebsmittel zu sorgen und nicht erst auf das Auskunftsamt einer Anleihe zu warten. Wir haben in diesem Etat das Auskunftsamt gefunden, daß durch einen Vermerk dem Minister die Ermächtigung gegeben wird, die notwendigen Gelder für Vermehrung der Betriebsmittel aus dem laufenden Etat zu entnehmen. Es wird in diesem Vorgehen gleichzeitig eine Kontrobalanz gegen alle hohe Mehreinnahmen gefunden, auch wird es dadurch der Eisenbahn-Verwaltung ermöglicht, ihre Bestellungen organisch zu verteilen und dadurch billigere Anschaffungen zu machen. Was die öffentliche Schuld betrifft, so ist eine gemäßigte Schuldentilgung durch gerechtfertigt, diese Schuldentilgung auf längere Reihe von Jahren zu vertheilen, ist durchaus nicht bedenklich. Denn wenn auch die für die Anleihen gemachten Anlagen die Zinsen durch den Betrieb nicht decken werden, so kommt der letztere doch dem gesammten Wohlstande des Landes zu gute und die Staatskasse partizipirt daran wiederum durch ein Steigen der direkten Steuererträge. Die allgemeine Finanzverwaltung weist einen Mehrbedarf von 26 Millionen Mark auf, die Matrifalarbeiträge einen Mehrbedarf von 32 Millionen Mark, die Ueberschüsse an die Kreise einen solchen von 10 Millionen. Beim Finanzministerium findet sich augenblicklich ein Minus von 12 Millionen, da die Titel für die Gehaltsverbesserungen auf den ganzen Etat vertheilt sind. Beim Handelsministerium sind Mehrforderungen für die Gewerbe-Inspektion vorhanden. In die Gewerbe-Inspektoren sollen und müssen erhöhte Anforderungen in Bezug auf ihre Thätigkeit gestellt werden, es würde sich auch empfehlen, wenn dieselben auch die Kesselrevisions übernehmen. Ein Anlauf damit soll in den Bezirken Krensborg und Düsseldorf gemacht werden. Beim Ministerium der Landwirtschaft findet sich eine Mehrausgabe, um einen Versuch dahin zu machen, Fußbette zu erweitern und dadurch die Hochfluthgefahren zu vermindern. Es sind für diesen Versuch bestimmte Niederungen bereits in Aussicht genommen. Es kommen zu diesen Aufwendungen für wirtschaftliche Meliorationen zahlreiche Bewilligungen für wissenschaftliche und Kunstzwecke. Eine derselben betrifft die Aufbarmachung des Koch'schen Heilmittels gegen die Tuberkulose. Ich erwähne hierbei, daß sehr bald die Zusammenfassung und Herstellung des vom Herrn Geheimrath Koch erfundenen Heilmittels publizirt werden wird. Die Staatsregierung trägt kein Bedenken, dies zu thun, da angenommen wird, daß dies Mittel

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525.
Von Wilhelm Bloß.

(34. Fortsetzung.)

„Wie umsichtig Ihr seid!“ sprach Spelt. „Aber Ihr habt auch Recht. Es eilt und der Doktor soll nicht um Nebensachen die Zeit vergezellen, wie Stefan von Menzingen um eine Predigt.“

„Er sollte erst durch das Franziskanerkloster entweichen; von dort kommt man leicht über die Stadtmauer. Aber seitdem Valentin Idelsheimer, der lateinische Schulmeister, hinaus in die Landwehr zu den Bauern geflohen, passen sie dort zu scharf auf. Es kommt Keiner dort mehr durch, wenn auch die Brüder für uns sind.“

„Und was soll zunächst geschehen?“ frug Spelt. „Kann ich Euch behilflich sein?“

„Gewiß“, erwiderte Agnes. „Lasset mir bis heute Abend, wenn es dunkel wird, einen großen geflochtenen Korb in das Haus meines Vaters schaffen; ich bin dort und nehme dem Voten den Korb ab. Dazu brauch ich ein langes und starkes Seil.“

„Ah, Ihr wollt den Doktor in den Graben hinablassen, ich versteh“, sagte Spelt.

„Aber wie kommt er aus dem Graben wieder heraus und hinüber?“

„Dafür ist gesorgt“, sprach Agnes. „Unten über dem Graben ist der große Lienhart von Schwarzenbrunn heut Abend des Doktors gewärtig; der wird das Weitere wohl besorgen.“

„Der Lienhart!“ sagte Spelt. „Ich dachte schon, er sei nicht mehr am Leben.“

„Doch“, erwiderte sie, „er ist mit Florian Geper aus dem Schloßlein von Ingolstadt davon gekommen.“

„Und jetzt?“

„Jetzt will er noch dem Doktor hinaus helfen; dann wird er mit seiner Eva, des Haldenbauern von Detwang Tochterlein, nach der Schweiz fliehen.“

„Wenn's ihm nur gelingt!“

„Ich wünsch' ihm alles Glück“, sagte Agnes trübe. „Und nun gehabt Euch wohl; heut Abend beim Dunkelwerden werd' ich Eurer harren am bewußten Orte.“

Sie schieden, entschlossen, den Freund zu befreien.

Der Abend sank herab und es ward ruhig auf den Straßen von Rothenburg; gespenstisch ragten im hellen Mondenschein die Thürme und Thürmlein, die Spitzen Giebel der Häuser mit den Erkern aus der Häusermasse empor. Von Stunde zu Stunde erscholl der Wächterruf von Thürnen. Während Stefan von Menzingen, das Racheopfer eines hochwohlweisen Rath's, im engen Verließ schmachtete und mit Bangen der Stunde entgegen sah, da ihn seine Feinde peinlich befragen würden, saßen die Stadtknechte, die ihn ergriffen, in der Wachtstube im Hause des Brunnenmeisters beisammen. Sie besaßen sich in ausgelassener Stimmung und hatten mächtige zinnerne Weinkannen vor sich stehen; ihre gerötheten Gesichter und funkelnden Augen bewiesen, daß sie dem fränkischen Gewächs gar tapfer zugesprochen.

„Juhu!“ rief der Galgen-Martin — man hieß ihn so, weil er wegen Mordes gehängt worden; man hatt' ihn zu früh abgeschnitten und er war wieder lebendig geworden, dann hatt' ihn der Rath in seine Dienste genommen — „Juhu!“ Das ist ein südtrefflicher Trunk! Wenn wir den Karlstadt greifen, wird ein hoher Rath sich auch nicht lang zeigen und uns ein Zettelchen an den Rathskellermeister mitgeben.“

Er schnitt eine Grimasse, die sein Wohlbehagen ausdrücken sollte, aber sein wüthes und rothes Gesicht nur noch mehr entstellte.

„Wohl.“

meinte der Schäferhans. „Wenn wir den verdammten Doktor nur erst hätten. Aber der macht sich unsichtbar, wie wenn die Tarulappe sein eigen wäre.“

Er sitzt jetzt wohl in einer Dachkammer und schreibt ein tiefinnig Büchlein.“

„Das wird der Henker verbrennen“, sagte der Galgen-Martin.

In diesem Augenblick kam der Thürmer vom Straßthurm; er meldete, daß er in der Nähe der alten Burg, jenseits des Grabens, mehrfach ein verdächtiges Licht habe auftauchen und wieder verschwinden sehen.

„Was mag's sein, alte Nachtule?“ sprach der Schäferhans zum Thürmer, „vielleicht ist's die Seele Deiner abgetriebenen Hausfrau, deren Zunge die Ruhe im Grabe nicht finden kann und Dich aussucht.“

Die Knechte lachten, der Thürmer lachte mit.

„Ihr könntet mir bange machen“, rief er.

„Da seh' Dich her und thu' Bescheid; die arme Seele mag draußen umflattern“, sagte der Schäferhans.

Der Thürmer setzte sich, aber kaum hatte er den ersten Zug gethan, so kam der Spion des Rath's herein, der den Menzinger angezeigt hatte.

Er that, als sei ihm Alles gleichgültig, als die Knechte ihn fragten, ob er was Neues entdeckt habe; schier schüchtern heifchte er einen Schluck Wein.“

Der wird Dir nicht eher zu Theil, als bist Du den Karlstadt ausgeschlüffelt hast und das Loch, da er sich auf hält“, sagte der Schäferhans.

„Da wird er noch lange dürsten müssen“, sprach einer der Knechte.

Der Spion aber schlug die Augen empor und sagte langsam:

„Ich weiß den Doktor Karlstadt und sein Versteck.“

Alle die Häscher sprangen empor.

(Fortsetzung folgt.)

nicht zu einer Einnahmequelle für den Staat, sondern der gesamten Menschheit zum Heile werden soll. (Beifall.) Hiermit kann ich schließen. Wenn auch manche nützliche Unternehmung hat zurückgehen müssen, so enthält doch der Etat eine ganze Anzahl Aufwendungen für Landeskultur, Wasserbauten, Eisenbahnen, Kunst und Wissenschaft. Wenn wir die Grundsätze der soliden preussischen Finanzverwaltung festhalten, so werden wir diejenigen Bestrebungen mit Erfolg zurückweisen, welche darauf gerichtet sind, Alles vom Staate zu verlangen, aber ihm nichts zu opfern. (Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Montag, den 19. d. M. Tagesordnung: Etat. Schluß nach 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission hielt gestern Mittag 12 Uhr ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Auf der Tagesordnung stand u. A.: Prüfung der Wahl des Zentrumsabgeordneten Dr. Porck, Reichenbach-Neurode. Der genannte Abgeordnete wurde erst in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Th. Mehrner mit geringer Mehrheit, 10122 gegen 9748 Stimmen gewählt. Gegen die Wahl liegt ein Protest vor, worin Stimmenlaut durch katholische Geistliche und grobe Drohungen von Unternehmern gegen ihre Arbeiter für den Fall, daß Mehrner gewählt werden sollte, behauptet werden. Die Kommission beschloß Aussetzung der Entscheidung und Erhebungen über die behaupteten Unregelmäßigkeiten.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht den preussischen Staatshaushalt für 1891/92. Der Etat, welcher heute von dem Finanzminister im Hause der Abgeordneten eingebracht worden ist, veranschlagt die Einnahmen auf 1 720 834 749 M., die Ausgaben auf denselben Betrag, und zwar im Ordinarium auf 1 670 452 177 M., im Extraordinarium auf 50 382 572 M. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr ergeben, wenn der in den Etat für das letztere als außerordentliche Einnahme eingestellte Vermögensüberschuß aus dem Jahre 1888/89 von 4 809 198 M., welchem eine gleich hohe, zur außerordentlichen Schuldenstilgung bestimmte einmalige Ausgabe gegenübersteht, außer Betracht gelassen wird, die Veranschlagungen der Einnahmen für 1891/92 ein Mehr von 132 610 434 M., diejenigen der Ausgaben im Ordinarium ein solches von 125 672 033 M., im Extraordinarium 2 069 203 M. mehr.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist in dem Ordinarium gegen das laufende Jahr ein Mehrüberschuß von 55 865 417 M. veranschlagt. Hiervon ist die Eisenbahnverwaltung, für welche bei einer Mehrausgabe von 35 717 399 M. eine Mehreinnahme von 78 092 359 M. ausgeworfen ist, mit einem Betrage von 42 374 960 M. beteiligt; ferner die Verwaltung der direkten Steuern mit einem Mehrüberschuß von 4 818 300 M. (und zwar 2 611 000 M. bei der Kassierten Einkommensteuer, 2 160 000 M. bei der Klassensteuer, 1 239 000 bei der Gebäudesteuer und 482 000 M. bei der Gewerbesteuer); die Verwaltung der indirekten Steuern mit einem Mehrüberschuß von 4 071 100 M.; die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung mit einem Mehrüberschuß von 2 737 147 M., die Forstverwaltung mit einem Mehrüberschuß von 1 418 000 M., die Domänenverwaltung mit einem Mehrüberschuß von 180 650 M., das Seehandlungs-Institut mit einem Mehrüberschuß von 298 000 M.

Bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung ist ein Mehrbedarf von 54 253 266 M. veranschlagt. Hiervon gehören 30 519 278 M. zur öffentlichen Schuld infolge der Umwandlung bzw. Kündigung von Eisenbahn-Prioritätsanleihen und Uebertragung solcher Anleihen auf den Etat der Staatsschuldenverwaltung. Ferner ist ein Mehrbedarf von 23 744 440 M. bei der allgemeinen Finanzverwaltung veranschlagt. Dagegen weist zwar eine Mehreinnahme von 19 128 128 M. infolge höherer Ueberweisungen des Reichs (Zölle, Tabaksteuer, Reichsstempelabgaben) auf; es steht ihr aber eine Mehrausgabe von 42 872 568 M. (z. B. Erhöhung des Matrikularbeitrags Preussens um 32 857 456 M. und Ueberweisung an die Kommunalverbände aus den Erträgen der landwirtschaftlichen Zölle im Betrage von 10 Millionen Mark) gegenüber.

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ist die Einnahme um 2 521 885 M. erhöht, wovon 1 760 000 M. an Kosten bei Justizverwaltung; die Ausgaben dieser Verwaltungen erhöhen sich um 2 834 965 M., da ihren Mehrausgaben von insgesamt 9 784 200 M. eine Minderausgabe bei dem Finanzministerium von 12 619 165 M. gegenübersteht, welche wesentlich daher rührt, daß die Beträge für Befoldungserhöhungen, welche in dem laufenden Jahre im Etat des Finanzministeriums stehen, in dem neuen Etat des Spezialetat der übrigen Verwaltungen übertragen sind.

Von den Mehrausgaben (9 784 200 M., siehe oben) seien herangezogen: beim Finanzministerium 1 800 000 M. Erhöhung des Zivil-Pensionsfonds und 700 000 M. Witwen- und Waisengelder; bei der Bauverwaltung 655 511 M. (wovon 58 000 M. für Schaffung neuer Dienststellen, 43 915 M. zur Unterhaltung der Winckelhäuser und 27 530 M. zur Unterhaltung der Seehäfen); bei der Verwaltung für Handel und Gewerbe 856 774 M. (insbesondere 256 708 M. in Veranlassung der Organisation der Gewerbe-Inspektion, 238 000 M. zur

Memorierung der Vorstehenden und Schiedsgerichte für die Invaliditäts- und Altersversicherung, 144 812 M. für das gewerbliche Unterrichtswesen); bei der Justizverwaltung 2 432 400 M. (wovon 54 922 M. bei den Ober-Landes- und 923 012 M. bei den Land- und Amtsgerichten zur Verstärkung des Personals); bei der Verwaltung des Innern 3 529 455 M. (wovon 511 259 M. für die landräthlichen Behörden zur Bestreitung der Kosten der Ausführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, 447 311 M. für die Polizeiverwaltung in den Provinzen und 89 065 M. in Berlin, 896 149 M. für die Landgendarmarie); bei der landwirtschaftlichen Verwaltung 481 822 M., bei der Gesundheitsverwaltung 74 876 M.; bei dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten 1 508 532 M. (wovon 66 165 M. für evangelische Geistliche und Kirchen, 60 000 M. für den Fonds zu Vikariats-Einrichtungen in der evangelischen Kirche, 226 972 M. für die Universitäten, 145 095 M. für die höheren Lehranstalten, 615 894 M. für das Elementar-Unterrichtsweisen, 97 444 M. für Kunst und Wissenschaft, 177 308 M. für das Medizinalwesen); von letzterer Position entfallen 105 000 M. in dauernden Ausgaben für ein in Berlin zu gründendes Institut für Infektionskrankheiten. Ferner ist bei sämtlichen Staatsverwaltungen die Befoldung der etatsmäßigen Kanzlei-Beamten erhöht worden, was insgesamt 437 760 M. ausmacht.

Zusammen mit die Mehreinnahmen des ordentlichen Etats zusammen, so ergeben sich 110 977 901 M. bei den Betriebsverwaltungen, 19 111 148 M. bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung und 2 521 885 M. bei den Staatsverwaltungen, im Summa 132 610 434 M. Die Mehrausgaben setzen sich zusammen: 55 112 484 M. bei den Betriebsverwaltungen, 73 894 514 M. bei den Dotationen u. wogegen bei den Staatsverwaltungen eine Minderausgabe von 2 834 965 M. veranschlagt ist; im Ganzen also ist eine Mehrausgabe von 125 672 033 M. veranschlagt. Der Mehrbedarf beträgt also 6 938 401 M.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben von zusammen 50 382 572 M. entfallen auf die Betriebsverwaltungen 24 228 200 M. auf die allgemeine Finanzverwaltung 364 664 M., auf die eigentliche Staatsverwaltung 25 789 708 M.

Lokales.

Das sechste Gebot. Anknüpfend an eine Gerichtsverhandlung, in welcher eine Kupplerin für die Verleitung zweier Mädchen von 14 und 9 Jahren zu unzüchtlichem Lebenswandel den gebührenden Dank erhielt, jammert der „Reichsbote“ darüber, daß die Kinder, deren Eltern den Tag über beschäftigt sind, meist der Obhut und Fürsorge entbehren und sich selbst überlassen sind, so daß sie dem Vaster anheimfallen müssen. Zwischen den Zeiten des beweglichen Kritikus ist deutlich der Hintergedanke und geheime Wunsch des frommen Blattes zu erkennen, daß sich die Kirche der unbesorgten Kinder annehmen und Eltern-Feinde an ihnen vertreten möge. Kinderhort, Sonntagsschule, Jünglings- und Jungfrauen-Vereine sollen vernünftiger die Familie erziehen und der Verwahrlosung und Unzüchtigkeit vorbeugen. Hat doch erst kürzlich Prediger Dr. Bachmann von der Ziongemeinde, der ebendrin noch nicht einmal zu den vornehmsten Pastoren gehört, in einer zur Förderung der Sonntagsschulen und Jünglingsvereine veranstalteten Gebetsversammlung gefordert, daß sich aus den Berliner Gemeindeschulen immer noch etwa 100 000 evangelische Kinder allmählich ohne Erbauung zu Hause und auf den Straßen „umhetreiben“.

Wie stimmen dem „Reichsbote“ darin bei, daß zahllose Eltern in harten Kampf ums Dasein gezwungen sind, ihre Kinder sich selbst zu überlassen. Wir haben oft genug auf diese Zustände, welche allein durch die kapitalistische Produktionsweise und die damit verbundene übermäßig lange Arbeitszeit verursacht werden, mit Entrüstung hingewiesen. Aber das Mittel, welches der „Reichsbote“ anwenden möchte, um die üblen Folgen dieser schreienden Mißstände, nämlich die Verwahrlosung der Jugend, wieder gut zu machen, können wir nicht billigen. Durch Sonntagsschulen und Jünglingsvereine werden sicherlich sehr wenige von unseren heranwachsenden Kindern vor geheimen Jugendsünden und geschlechtlichen Ausschweifungen bewahrt. In den meisten Fällen macht gerade die Verquickung dieser Frage mit der Religion eine erfolgreiche Bekämpfung des Lasters unmöglich. Der Lehrer, welcher die Frage nicht vom naturwissenschaftlichen Standpunkte aus behandeln darf, ist gezwungen, sich mit halb oder ganz unverständlichen Andeutungen um die Sache herumzudrücken. In einer vom „Männerbund zur Bekämpfung der Unzüchtigkeit“ einberufenen Versammlung gab kürzlich der Reichs-Ges. Ober-Regierungsrath Dr. Schneider eine Anweisung, wie das sechste Gebot in der Schule zu behandeln sei. Er fand, daß ihm selbst dieses Gebot niemals in der Schule wirklich erklärt worden sei. Dieses Schicksal theilt er übrigens mit Hunderttausenden und Millionen anderer Menschen, denen es ebenso gegangen ist. Trotzdem hat auch er in seiner „Anleitung“ nicht das Geringste von einer wirklichen Erklärung. Mit „sittlichem Ernst“ und in „trafendem Ton“ vorgetragene Bibelsprüche genügen nicht, um einem Kinde, das seinen Geschlechtstrieb erwachen fühlt, Klar zu machen, warum es dies oder das lassen und sich vor diesem oder jenem hüten soll.

Wenn die Religion wirklich ein Mittel zur Verhütung der

geschlechtlichen Verirrungen unserer Jugend ist, dann begreifen wir gar nicht, warum immer noch der Verwahrlosung und Entfremdung gellagt wird. An Bibelsprüche und anderem religiösen Kernstoff hat es der Schulung bisher doch nicht gefehlt. Freilich will es eine eigenthümliche Ironie des Zufalls, daß gerade der Religionsunterricht und die Bibel für die Kinder eine Veranlassung werden, ihre Phantasie mit schmutzigen Bildern zu befrachten. Jeder Erwachsene weiß, daß er seine erste Kenntniss der geschlechtlichen Verhältnisse zum allergrößten Theil aus der Bibel geschöpft hat, deren „pitante“ Stellen ihm von älteren Kindern gezeigt wurden. Da es sich hierbei um etwas Geheimnißvolles, Verbotenes handelte, so wurde die gefürchtete Wirkung noch erhöht. Bezeichnend ist, daß ein Kind von dissidentischen Eltern, welches am Religionsunterrichte nicht theilnahm, trotzdem von anderen Kindern in die Geheimnisse der Bibel eingeweiht wurde. In dieser Beziehung „thut sich etwas“, — um Verlinisch zu reden, und zwar nicht bloß in den Volksschulen, sondern ebenso gut auch auf den höheren Lehranstalten, einschließlich der höheren Töchterschulen.

Wie es in den Jünglingsvereinen, deren Mitglieder ja in die Sonntagsschulen als „Lehrer“ und in die „Männerbund“-Veranlassungen als „Schüler“ gehen, mit der Sittlichkeit bestellt ist, dafür wollen wir nur ein, allerdings nicht sehr appetitliches Beispiel anführen. Als der Christliche Verein junger Männer noch in der Friedrichstraße hauste, war das Innere der auf dem Hofe befindlichen Kette, die von Bewohnern des Hauses höchst selten und von Passanten vielleicht nie, aber von Gästen des Vereins sehr fleißig benutzt wurde, mit Zeichnungen und Inschriften besetzt, wie wir sie unflätiger und gemeiner kaum jemals gefunden haben.

Unsere sitzamen Gegner werden sich vielleicht ob des gänzlichen Mangels an Frömmigkeit, mit dem wir diesen Gegenstand behandeln, entsetzen. Aber wenn man die Tische einer Koislache ausmessen will, dann muß man mitten hineinspringen. Der Gesellschaft eines Sittler und Konforten kann es mit der Bekämpfung der Unzüchtigkeit unmöglich Ernst sein. Daß die sittliche Verwahrlosung der unbesorgten Jugend und das Uebernehmen der Prostitution in den sozialen Verhältnissen begründet ist, fangen unsere Gegner nun doch allmählich an einzusehen, und von diesem oder jenem wird es auch zugegeben. Da sie aber nach wie vor das Heil von der Religion oder von der Polizei erwarten, oder besser: zu erwarten vorgehen, obwohl sie längst aus Erfahrung wissen, daß diese Mittel wirkungslos sind, so ist es klar, daß es ihnen um eine wirkliche Bekämpfung der Uebelstände gar nicht zu thun ist. Das würde ja auch eine vollständige Umgestaltung der sozialen Verhältnisse erfordern, von der unsere, auf ihrem Besten festgesetzene Gesellschaft nun einmal nichts wissen will.

Eine wirksame Bekämpfung der Unzüchtigkeit ist allein von der Sozialdemokratie zu erwarten. Wenn ihre Ziele erreicht sind, dann werden alle Kinder genügende Aufsicht haben, und kein Mädchen wird sich aus Noth der Prostitution zu ergeben brauchen. Die Kinder werden über das Geschlechtsleben belehrt, also mit allen Gefahren früh vertraut gemacht werden. Die Ehen werden „heiliger“ sein als jetzt, denn sie werden aus freier, d. h. durch keine äußeren Rücksichten eingetragener Liebe geschlossen werden. Dann erst wird das Unzüchtige, d. h. Widernatürliche, das gegenwärtig im Geschlechtsleben besteht, beseitigt und, was gut ist am sechsten Gebot, wahrhaft erfüllt werden.

Die armen Unternehmer haben fürwahr unter einer allzu schweren Last zu leiden und immer noch werden ihnen neue Lasten aufgebürdet. Da kann ein rechtlich denkender Mann es nur ganz natürlich finden, wenn die Kapitalistenblätter mannhalt für die gequälten Herren „Arbeitgeber“ eintreten, ihre Aufgabe ist es ja ohnehin, für diese Stimmung zu machen. Und wenn man es genau bei Licht betrachtet, so muß man allerdings beipflichten, daß dem Kapital heute schon zu viel aufgebürdet ist. Man bedanke nur zunächst, mit welcher Mühe der Kapitalist den Mehrwert aus dem Schweiße und der schweren Arbeit seiner „Arbeitnehmer“ herauspressen muß, welche Anstrengungen er kostet gegenüber der Begehrlichkeit der Arbeiter und gegenüber deren Unverstand für das Wachsen des Unternehmergewinns, für ein angemessenes Sinken der Arbeitslöhne zu sorgen, und dann aber vor allen Dingen vergegenwärtige man sich, daß der Kapitalist sich einem ungeheuren „Risiko“ aussetzt, wie leicht kann ihm das, was für jeden vollblütigen Bourgeois der nervus rerum, die Hauptsache ist, sein Geld verloren gehen oder im glückigeren Falle, schlecht angelegt, einen geringeren Ertrag abwerfen, als für den bezahlten Lebensunterhalt unumgänglich notwendig ist. Der Arbeiter hingegen ist einer solchen Schwere nicht ausgesetzt, er kann zwar einmal einige Zeit arbeitslos werden, dann muß er aber, wenn anders er ein „ordentlicher“ und „sparsamer“ Mensch gewesen ist, soviel zurückgelegt haben, um einen solchen Fall leicht ertragen zu können und dann bekommt ein „tüchtiger“ Arbeiter, der Lust und Liebe zur Arbeit hat, zu der er ja geboren ist, bei Anstehen immer Arbeit, wenn er nur welche annehmen will. Außerdem bedenke man, wie gering das „Risiko“ des Arbeiters gegenüber dem des „Arbeitgebers“ ist. Letzterer kann sein ganzes Kapital verlieren, der Arbeiter hat hingegen höchstens seine Gesundheit und sein Leben aufs Spiel zu setzen, wenn ihm ein Verlust trifft, dann ist es höchstens der Verlust eines Armes oder eines Beines oder beider. Das ist heutigen Tages jedoch nicht mehr so schlimm, Arbeiter giebt es genügend und es kommt da

Theater.

Freie Bühne. Sonntag, den 11. Januar. Einsame Menschen. Drama in fünf Akten von Gerhart Hauptmann.

Wer hätte an jenem denkwürdigen Sonntage, an welchem „Vor Sonnenaufgang“ zum ersten Male über die Bühne ging, angefaßt jener heulenden und tobenden Menge, die den jungen Dichter niederschlug, niederbrüllte, wer hätte in den Tagen nachher, als mit verschwindenden Ausnahmen die gesamte bürgerliche Presse Namens der beleidigten Kunst und Moral das „unreife“, „schmutzige“ Stück verdammte, von dem nur eine Szene, die Liebeszene zwischen Loth und Helene, eine halb-spöttische Gnade fand, wer hätte da den Muth der Prophezeiung gehabt, daß sich Gerhart Hauptmann binnen Jahresfrist bei derselben Kritik fast allgemeine Anerkennung erringen, daß sein drittes Drama „Einsame Menschen“ in der Freien Bühne jubelnde Aufnahme finden und, was in diesem Fall am meisten bedeuten will, — von dem geschäftelundigen Verter eines ersten Berliner Theaters zur öffentlichen Aufführung angenommen werden würde?

Wie ist diese Aenderung des Urtheils zu erklären? Hat der Dichter oder die Kritik nachgegeben?

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Realismus als Kunstform auf allen Gebieten dichterischen Schaffens den Sieg bereits errungen hat. Die Anerkennung der großen russischen, französischen und norwegischen Romanisten, die Schöpfung, ja fast schon Ueberschätzung Ibsen's, das allseitige Gefühl, daß Deutschland den gewaltigen Ausländern nichts Ebenbürtiges an die Seite zu stellen habe, der schicksalreiche Aufbruch neuer deutscher Kunst, die Erfolge Sudermanns mit seiner „Ghre“ Ludwig Ludlow mit dem „Verlorenen Paradiese“, in gewissem Sinne auch Wilhelms mit der „Gaubenlerche“ und nun der Triumph Hauptmanns sind die äußeren Anzeichen dieses Sieges.

„Vor Sonnenaufgang“ wurde nicht seiner Form, sondern seines Inhaltes wegen abgelehnt. In der Sittenschilderung der im Reichthum verlebten oberflächlichen Kohlenbauer, in der liebevollen Zeichnung der Erniedrigten und Beleidigten, der Knechte und Mägde des Bauernhofes, in der Figur des Lumpens und Strebers Hoffmann witterte der Instinkt der bürgerlichen Zuschauerschaft eine vernichtende Anklage gegen die Gesellschaft

und es bedurfte nicht erst der Hand des Sozialisten Loth, die mit unsicheren, Inandenheiten Jagen ein Venetisch an die Wand schreibt, um das Stroh vor diesem zahlungsfähigen Publikum unumöglich zu machen.

Ich bin weit ab davon, gegen Gerhart Hauptmann den Vorwurf zu richten, er habe in Hinblick auf dieses Publikum den Stoffkreis aus langer Berechnung verlassen, den er mit seinem ersten Stück betreten hatte. Was ist natürlicher, als das Verlangen eines Richters nachzuweisen, daß er nicht nur mit kräftiger Hand soziale Bilder zu malen, daß er eine bestimmte Gesellschaftscharakter in greifbarer Anschaulichkeit vorzuführen vermöge, sondern daß er es auch verstände, in seiner Selbsteingliederung seltenen Problemen seltener Menschen nachzugehen. Das soziale Moment ist in den beiden letzten Stücken Hauptmanns ja auch nicht ausgelöscht, sondern nur zurückgetreten. Freilich wird nur ein geübtes Ohr in den „Einsamen Menschen“ das ferne Murmeln der unterirdischen Wasser sozialer Unzufriedenheit und Anklage hören. Das Publikum hörte es nicht; es brauchte sich nicht über eines der Gespenster zu entsetzen, die jetzt schon am lichten Tage umhergehen. Nicht die Armut und das Elend erhoben ihr Gorgoneuhaupt und verdarben den Herrschenden das Mittagessen; was man sah, war die geistreiche Behandlung eines patenden Problems, war ein interessanter Mensch in glücklicher Lebenslage, der zwischen zwei Frauen steht und dessen Ueberkultur seine Tragik ist. Und gewonnen von dem Jau der intimer Beobachtung, einer fast vollendeten Meisterschaft in der Technik und dem sanft melancholischen Pathos des Vortrages jubelten die Zuschauer dem Dichter zu.

Es ist das Problem der bürgerlichen Ehe, der glücklichen, aus einer Liebesheirath hervorgegangenen bürgerlichen Ehe, das zum Vorkurz dient. Dazu tritt in zweiter Linie das Problem kindlicher Liebe und Gehorsams gegen die Eltern.

Mit der Tausch des Erbgeborenen in den stillen Hause am Wäggelsee, das Johannes Vorderath, der einsame junge Privatgelehrte, bewohnt, hebt das Drama an; mit der Tausch, obwohl Johannes, der begeisterte Darwinist und Schüler Häckels, alle äußerlichen Religionsformen für sich längst überwunden hat. Doch er will seine gläubigen alten Eltern, die bei ihm zum Besuch und zur Pflege der Wäggelsee sind, nicht betrüben. Hat er sich doch auch seiner fromm erzogenen Braut zu Liebe kirchlich

trauen lassen. Seine Freunde betrachten ihn als einen Abtrünnigen, einen Kompromittirten, und haben sich von ihm zurückgezogen. Nur einer ist ihm treu geblieben, der Maler Braun, der Mann der anstehenden Unzulänglichkeit und Unzufriedenheit, der nie dazu kommt, die Bilder, die er im Kopfe entwirft, zu malen.

Johannes arbeitet an einem großen Werke. Nur langsam rückt die Arbeit von der Stelle; ungewiß ist ihr Ausfall: er hat neue Bahnen mit ihr eingeschlagen. Ohne alle Anregung, ganz auf sich angewiesen, lebt er dahin.

Er liebt seine Frau und sie ihn, aber sie kann ihm kein Freund, kein Kamerad sein, denn ihr fehlt das volle Verständniß für seine Arbeit. So ist er unruhig und launenhaft; er ist heftig zu dem jarten Wesen und hat, ohne daß er es wollte, das arme, süße Geschöpf so eingeschüchtern, so von seinem Unwerth überzeugt, so „gedrückt“, daß Frau Käthe sich selbst verflucht und sich jedes eigene Wollen glücklich abgewöhnt hat. Wenn er diesen Mangel an Initiative bei ihr bemerkt, wird er von Neuem zornig, zornig auf sich und auf sie. Dann aber rührt ihn wieder ihre sanfte Hingebung, ihr goldreines Gemüth, ihr „Wärchenberg“. Doch diese Stunden, wo sich die beiden guten Menschen wieder finden, sind mit der Zeit seltener geworden. Die Ungleichheit in Wissen und Wollen zwischen Mann und Frau, die sich immer mehr herausstellt und vertieft und die soziale Erniedrigung des Weibes und seine traditionelle Erziehung zur Ursache hat, ist die Ursache des Unglücks in dieser Ehe. Die Geburt des ersten Kindes bringt die beiden Gatten einander nicht näher; im Gegentheil, auf der Frau liegt die ganze Last der beschwerlichen Pflege und bannt sie in die Kinderstube.

In diesem kritischen Augenblick ihrer Ehe, deren Wesen in der wundervollen Exposition des ersten Aktes angedeutet und in den folgenden Akten immer deutlicher entfaltet wird, tritt eine Fremde in das Haus ein, Anna Wahr, eine russisch-deutsche Studentin, die Braun in Paris kennen gelernt und von der er seinem Freunde viel erzählt hat. Sie will auf der Durchreise Berlin kennen lernen und sucht den ihr im Uebrigen gleichgültigen Braun als einzigen Bekannten auf, um von ihm einige Dienste zu erbitten.

Johannes nützt sie zum Weiben. Ihr Geist, ihr Verstand für seine Arbeit, ihre Selbstständigkeit im Denken und Leben, worin sie das wahre Widerspiel seiner Frau ist, nimmt

gar nicht mehr darauf an, ob aus der Fülle des Arbeitsmaterials einige Hände verschwinden. Uebrigens ist ja auch für einen auf dem „Schlachtfeld der Arbeit“ invalide gewordenen Arbeiter noch immer in unserer sehr humanen Zeit Fürsorge getroffen, da giebt es die herrlichen Armenhäuser und die sonstigen Armenverforgungen. In Zukunft wird es ja noch besser werden, da wird der Arbeiter sogar Reichrentner. Was fehlt ihm da noch? Sehen wir uns nun aber nach unseren abgequälten und abgebehten Unternehmern um. Welche ungeheuren Belastungen ruhen nicht auf ihren Schultern, wir erinnern vor der Hand nur an die Krankenkassenbeiträge. Damit der in Wohlbehagen schmelzende Arbeiter bei Krankheitsfällen versichert ist, muß der Unternehmer einen Theil des Beitrages leisten. Ist das nicht unerhört! Und nun gar der neue Beitrag zur Alters- und Invalidenversicherung. Wer hat davon einen „ungeheuren“ Nutzen, doch Niemand anders als der Arbeiter, dem hier eine verbesserte und verblühte Armenunterstützung zu Theil wird, nur mit dem unwesentlichen Unterschied, daß früher alles vom Staat oder der Kommune geleistet wurde, während jeder Arbeiter jetzt selbst von seinen „hohen“ Löhnen für seine wenigen Arbeitsjahre, welche das für einen Arbeiter außerordentlich seltene, hohe Alter erreichen oder für die, welche arbeitsunfähig, vollständig arbeits- und verdienstunfähig werden, sein Leben lang zahlen. Zu dieser wohlthätigen, humanen Einrichtung muß aber auch wieder der arme Unternehmer von seinem lang bemessenen Unternehmerprozent befreit werden. Immer neue Lasten auf seine Schultern, Lasten auf Lasten; wenn da nicht endlich einmal der Staat ein Eingreifen haben wird und diesen Bedrückten zu Hilfe kommt, dann können noch große Unannehmlichkeiten für die Menschheit entstehen.

Nach den Kapitalistenblättern soll auch schon in industriellen Kreisen die größte Mißstimmung über die moderne „Sozialreform“ vorherrschen. Man soll sich daselbst mit der großen Hoffnung tragen, daß in Rücksicht auf die schwere Belastung, die den Gewerbetreibenden durch Invaliditäts- und Altersversicherungen auferlegt ist, die Einschätzungscommissionen in diesem Jahre mit ganz besonderer Vorsicht bei den Einschätzungen zur Einkommensteuer vorgehen werden. Abgesehen von dem Rückgang der Produktion, der Verringerung des Geldmarktes und den Konkurrenzschwierigkeiten, die das obige Gesetz nicht erleichtert, betrachten die Gewerbetreibenden durch dasselbe sich in ihrer Steuerpflicht schon derartig erhöht, daß ohnehin zahlreiche Reklamationen zu Tage treten werden.

Also steht eine Verwirklichung des Wunsches zur erneuten Aufhilfe des Unternehmertums sehr nahe bevor. Es ist eben nichts Anderes zu erwarten gewesen, als daß die Unternehmerklasse gegen jede Erhöhung energisch und selbstredend mit Erfolg protestieren wird. Das Schönste an der ganzen Sache ist aber, daß die Arbeit „gerade“ aus dem Gesetz, wie immer, für sich Kapital herausschlägt. Erstens streben sie danach die direkten Steuern noch mehr auf den Arbeiter abzuwälzen — denn einkommen müssen doch die Summen auf alle Fälle, was sollte sonst aus dem Heere, aus den Kirchenbauten &c. werden, und dann werden ja die meisten Kapitalisten die Beiträge zum Alters- und Invalidenversicherungsgesetz einfach durch Lohnreduktionen zum zweiten Male dem Arbeiter auferlegen. Man sieht auch hier wieder, wie sich stets Alles zum Vorteil des Unternehmertums wenden muß. Den Segen der „Krone der Sozialreformen“ wird Jeder somit hinreichend nach allen Seiten zu würdigen wissen, mehr Steuern, dafür weniger Lohn und die Beiträge dazu noch extra, nebenbei nicht zu vergessen die erhöhten Wohnmieten, die verteuerten Lebensmittel und die wachsende Arbeitslosigkeit.

Zur Warnung für Kaufgeschäfte, namentlich für große Banken, wird von amtlicher Stelle folgende Schilderung eines höchst verwegenen Einbruchversuches mitgeteilt, der kürzlich von einem englischen „Frohmann“ in Hannover verübt wurde. Derselbe hat in der Art der Ausführung, welche durch die ausgezeichneten Instrumente, in deren Besitz gerade englische Einbrecher stets zu sein pflegen, unterstützt wurde, frappante Ähnlichkeit mit einem erfolgreichen Einbruch, der vor etwa zwei Jahren bei dem Bankier Pasch in Berlin ausgeführt worden ist. Der Thäter, welcher damals von der ersten Etage aus in das Komitor von Pasch eindrang, indem er in den Fußboden des von ihm bewohnten Zimmers ein Loch schnitt und sich durch dasselbe hinabsetzte, wurde als der Engländer Wallace festgestellt, doch war nicht zu ermitteln, ob der freche Dieb wirklich so hieß oder sich unter einem falschen Namen hier aufgehalten hatte. Der uns heute mitgetheilte Fall hat sich in Hannover und zwar in folgender Weise abgepielt: Ende September vorigen Jahres logierte während einiger Tage in einem Hotel ein Fremder, welcher sich mit dem Namen Kaufmann Grant aus Antwerpen in das Fremdenbuch eintrug. Anfangs Dezember wiederholte er seinen Besuch, wobei er die gleichen Zimmer in der ersten Etage bewohnte, und am 20. Dezember bestellte er von Köln aus telegraphisch dieselben Räume. Am 22. Dezember traf er mit zwei großen Koffern ein, bezog die für ihn reservierten Zimmer und gab an, sein Vater und seine Schwester würden nachkommen. Am 23. Dezember früh gegen 2 Uhr verließ er plötzlich das Hotel unter Zurücklassung seines Gepäcks und erklärte, er müsse mit dem Schnellzug nach Köln fahren und werde anderen Tages zurückkehren, was er aber unterließ. Am nächsten Vormittag nämlich, als Hotelbedienter die von ihm bewohnten Räume betreten, entdeckten sie in dem

Fußboden des einen Zimmers ein Loch, durch welches sich Grant mittelst einer noch vorhandenen Strickleiter in die unter dem Zimmer befindlichen Geschloßräume der Niedersächsischen Bank hinabgelassen hatte. Von hier führte eine Wendeltreppe in das Gewölbe der Bank, das durch festverschlossene doppelte eiserne Thüren geschützt ist und in dem sich damals sieben Millionen Mark befanden. In die vordere Thür hatte der verwegene Einbrecher ein Loch gemacht, indem er einen mit Sauerstoff gefüllten eisernen Ballon mittelst eines Gummischlauches mit der Gasleitung verbunden und so das Eisen der Thür zum Schmelzen gebracht hatte. Das gleiche Vorgehen war allem Anschein nach auch an der zweiten, inneren Thür versucht worden, doch gelang es dem Thäter nicht, dieselbe zu öffnen; wahrscheinlich hat trotz der von dem Gauner mit allem Vorbedacht gewählten Feiertage, während deren die Räume der Bank nicht betreten wurden, die Zeit nicht ausgereicht. Grant mußte daher seinen Plan der Verübung der Niedersächsischen Bank aufgeben und verschwand. Es ist nun festgestellt worden, daß Ende Oktober in einer Berliner chemischen Fabrik ein Engländer, angeblich im Auftrage eines in Dresden wohnenden Mr. Brown, zu wissenschaftlichen Zwecken eiserne Ballons mit Sauerstoff gefüllt kaufte und vier solche leere Ballons aus einer Pariser Fabrik, welche bei Ueberschreitung der Grenze geöffnet worden seien, juristisch. Der Käufer bezahlte die Ballons unter andern Wertscheiden auffallenderweise auch mit einem Zwanzig-Francstück, das außerordentlich selten ist und daher wahrscheinlich aus einer Sammlung gestohlen ist. Dasselbe trägt auf der Vorderseite das Bild Napoleons, auf der Rückseite die Jahreszahl 1808 und die Umschrift: République Française. Dieser Käufer der Sauerstoff-Ballons, welcher sich ebenfalls Grant nannte und dessen hier gegebene Personalbeschreibung mit der aus Hannover übereinstimmt, ist etwa 30 Jahre alt, hat volles, aber blaßes Gesicht, blondes Haar, starken dunklen Schnurrbart und halbes Wadenbart, spricht das Deutsche gebrochen, etwas besser Französisch und natürlich geläufig Englisch. Es wird die Vermuthung gehegt, daß dieser Grant mit dem Wallace des Berliner Diebstahls identisch ist.

In dem benachbarten Nieder-Schönweide sind jetzt Hundert Mark Verloren auf die Ergreifung des Unbekannten ausgelegt, der am 2. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, auf dem Wege nach Johannisthal auf den dort wohnenden Rittergutsbesitzer Baron von Ipenlyth mit einer vollen Ladung Reispösten geschossen hat.

Ueberrfahren wurde gestern Nachmittag auf dem Platz vor der Werderschen Kirche ein Arbeiter Max K. von einem Privatfuhrwerk. Die Räder des Wagens gingen den K. über die Brust, so daß er sich nicht wieder zu erheben vermochte. K. mußte in einer Drochke nach einem Krankenhause überführt werden.

Ein anscheinend geist schwaches Dienstmädchen, welches 2 Tage vorher fremd von Oranienburg hierher gekommen war, wurde am 4. Januar bewußtlos auf der Straße gefunden und nach der Charite gebracht. Das Mädchen hat angegeben, daß sie einen mit Wasche und Kleidungsstücken gefüllten Koffer von Oranienburg mitgebracht habe, will sich aber nicht mehr erinnern können, ob sie den Koffer auf dem Stettiner Bahnhof gelassen oder zu einer Miethefrau mitgenommen hat.

Ein vor kurzer Zeit nach Berlin versehener Eisenbahnbeamter hat am 9. d. Mts. in der Zeit von 7 bis 8 1/2 Uhr Abends eine in der Nähe des Görtzger Bahnhofes belegene Destillation besucht und daselbst, da er kein Geld bei sich hatte, zur Bezahlung seiner Zechen seine goldene Anker-Memotoir-Uhr Nr. 56 889 als Unterpfand zurückgelassen. Als er beim Verlassen des Lokals sich nicht zurückfinden konnte, begleitete ihn die Tochter des Wirths bis zum Görtzger Bahnhof, von wo aus er sich nach Hause begab. Er kann jetzt die Destillation nicht wiederfinden und hat daher die verpfändete Uhr noch nicht einlösen können.

Ein Sturmwind sehte gestern früh gegen 3 Uhr aus Nordwest ein und bald darauf machte sich ein starkes Steigen der Temperatur bemerkbar, so daß mit Tagesanbruch bereits einige Grad Wärme konstatirt werden konnten. Die im Gedröche, namentlich aber im Strahlenpflaster enthaltene Kälte und das Tauwetter von Außen brachten ein Glätteis hervor, welches namentlich den Fußgängern in den Morgenstunden verhängnisvoll wurde.

Der Eigenthümer eines Verahardiners gesteht. Am Nachmittag des 11. Januar sind an der Ecke der Neuen Königstraße und Liehmannstraße zwei wohnungslose Arbeiter festgenommen worden, weil sie einen schwarzweißen Verahardiner ohne Maulkorb und Marke an sich gelockt hatten und fortführten. Der Hund, dessen Eigenthümer bisher nicht ermittelt werden konnte, ist dem Thierschutzverein übergeben worden.

Eine goldene Uhr nebst Kette hat am 24. Oktober 1890 in Bremerhaven ein Mann in Zahlung gegeben und sie nicht wieder abgeholt. Die Uhr ist eine goldene Remontoir-Sonnenzeituhr. Die obere Kapsel ist sehr reich gravirt, oben und unten Blumen, zu beiden Seiten Arabesken. In der einen Kapsel befindet sich die Inschrift: Balanceur Compensé Zirkel-Spiral Brognor Anore Romontoirs ligna droite 15 rubis Pateck Genevo No. 166 102. Die Kette ist eine massiv goldene Panzerkette. An verschiedenen Gliedern befindet sich der Stempel 666.

Uhr und Kette rühren höchst wahrscheinlich aus einem Diebstahl her. Eigenthümer kann sich im Polizeigebäude, Kriminal-Abtheilung, Zimmer Nr. 86, in den Vormittagsstunden von 9-11 Uhr, melden.

Polizeibericht. Am 9. d. Nachmittags stürzte eine Frau in Hause Calomir, 47 von der Treppe und erlitt hierbei einen Schädelbruch, an dessen Folgen sie wenige Stunden nachher verstarb. — Am demselben Tage Abends sprang ein 17-jähriger Hausdiener aus dem Fenster der im ersten Stock Madairt, 2 belegenen elterlichen Wohnung auf den Hof hinab und verstarb auf der Stelle. Die Veranlassung zur That ist noch nicht festgestellt. — Am 10. d. Morgens wurde im Thiergarten, in der Nähe des Denkmals König Friedrich Wilhelms III. die Leiche eines Mannes an einem eisernen Ständer erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde auf dem Grundstück Ronbijoyplatz 10 ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann erdrosselt aufgefunden. Beide Leichen wurden nach dem Schauhause geschafft. — Abends glitt ein Mann vor dem Grundstück Alexanderstr. 22 A infolge der eingetretenen Glätte aus und erlitt hierbei einen Bruch des rechten Unterschenkels. Er wurde mittelst Drochke nach seiner Wohnung gebracht. — Am 11. d. Nachmittags wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Zimmerstraße, erhängt vorgefunden. — Abends wurde der Kaufherr Meyer auf dem Flur des Hauses Marienburgerstr. 17 von dem Arbeiter Heise überfallen und mittelst eines Messers so schwer im Gesicht verletzt, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Am 10. und 11. d. fanden 12 kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Die bekannte Privatklage des Fel. von Schabelsky gegen den Direktor Barnay und Dr. Paul Lindau kam am Montag in der Berufungsinstanz zur nochmaligen Verhandlung vor der Strafkammer VIa. Das Schöffengericht hatte f. Z. nur den Schriftsteller Otto Brahm wegen einer in der Zeitschrift „Freie Bühne“ begangenen Beleidigung der Klägerin zu einer kleinen Geldbuße verurtheilt, den Direktor Barnay und Dr. Paul Lindau dagegen freigesprochen. Der Verteidiger des verurtheilten Dr. Brahm, Rechtsanwalt Jonas, hatte die gegen das erste Urtheil eingelegte Berufung zurückgezogen, dagegen hatte Rechtsanwalt Mündel jun. als Vertreter des Fräulein von Schabelsky Berufung gegen das freisprechende Erkenntnis eingelegt und infolge dessen kam die Angelegenheit nochmals vor das Forum des Gerichtes. Zu demselben waren sowohl Fel. v. Sch., wie Direktor Barnay und Dr. Paul Lindau persönlich erschienen. Vor Eintritt in die Verhandlungen giebt der Vorsitzende, Landgerichtsrath Junke, den Parteien anheim, die Sache im Wege des Vergleichs zu erledigen, da nach seiner Meinung das Wort „Lüge“, welches in dem Briefe Barnay's an Dr. Lindau vorkommt, nach Lage der Sache doch ein wenig zu scharf erscheint. — Die Klägerin erklärte sich bereit, die Klage zurückzunehmen, wenn Direktor Barnay das Wort „Lüge“ zurücknehme und erkläre, daß er sie nicht habe beleidigen wollen. Demgegenüber erklärten Lindau und Barnay sich außer Stande, auf den Vergleich einzugehen. Lindau habe den Brief Barnay's, in welchem das Wort „Lüge“ vorkomme, lediglich als einen integrierenden Theil des Urtheils des „Vereins Berliner Presse“ angesehen. Barnay erklärt, das Wort „Lüge“ höchstens durch Unwahrheit ersetzen zu können. Er habe in dem Augenblick, als die Klägerin ihm ihr Stück eingereicht, gemußt, daß dasselbe vom Direktor Blumenhals abgelehnt gewesen sei, trotzdem habe ihn die Klägerin aber versichert, daß er der erste Direktor sei, welchem sie dasselbe anbiete. — Fel. v. Sch. bestritt diese Behauptung durchaus. Sie habe Herrn Direktor Barnay bei jener Unterredung gesagt, daß sie halb und halb wegen des Stückes mit einem Theaterdirektor in Unterhandlung stehe. — Dr. Barnay bestritt auch dies, und die R. A. Michaelis und Dr. Friedmann suchten nachzuweisen, daß die Darbietung des Fel. v. Sch., welche dieselbe heute gegeben, wieder ganz anders laute, wie diejenige in der ersten Instanz und diejenige, welche in der Mehrlingschen Broschüre gegeben worden sei. — Nach längerem Plaidoyer der Verteidiger erkannte der Gerichtshof dahin, daß beiden Angeklagten der Schutz des § 193 unbedenklich zur Seite stehe, daß die Absicht der Beleidigung aber aus dem Gebrauche des Wortes „Lüge“ herzuflüsse. Der Gerichtshof ist der Meinung gewesen, daß nicht hinreichend aufgeklärt worden, welche Worte bei der Uebersetzung des Stückes der Klägerin an Direktor Barnay gefallen sind — ganz abgesehen davon, daß der letztere nicht ganz loyal der Klägerin gegenüber gehandelt, wenn er damals schon gemußt hat, daß das Stück von Blumenhals abgelehnt sei. Keinesfalls habe es sich um eine wissenschaftliche Unwahrheit, das heißt Lüge der Klägerin handeln können, sondern höchstens um ein „Verschweigen“. Die beleidigende Absicht erweise sich auch daraus, daß ohne hinreichenden Grund das dramatische Talent der Klägerin herabgewürdigt, daß dieselbe in höhnischer Weise als „harmloses, unschuldiges Geschöpf“ bezeichnet worden und auch von „schlecht angewandtem Ekelmuth“ der Klägerin gegenüber die Rede sei. — Was das Strafmaß anlangt, so habe der Gerichtshof erwogen, daß Lindau durch die maßlosen Angriffe, welche gegen ihn in der Presse erhoben worden, wohl gereizt sein

ihm gefangen. Sie sträubt sich zunächst gegen seine Gastfreundschaft, aber sie bleibt, denn auch sie nimmt Antheil an dem jungen Gelehrten. Ihre Natur ist der seinigen verwandt. Sie liebt ihn, reißt ihn zur Arbeit an, stärkt sein Selbstgefühl, schenkt seine bangen Zweifel, ob er das werden leisten können, was ihm vorzuehrt: „es ist ihm zu Muthe, als fälle Regen auf eine verdorrte Heide.“

Unmerklich kommen sich die Beiden so nahe, daß sie nicht mehr von einander lassen können. Wohl macht Anna den Versuch, fortzugehen, sie merkt, wohin die Dinge treiben, aber Johannes hält sie als seine Hoffnung und seine Zukunft zurück. Und in demselben Maße wird die Entfernung zwischen Johannes und Käthe immer offener. Wohl versucht sie mitzukommen, nachzukommen; aber das schwache Vögeln kann nicht gleich den Adlern und Falken fliegen. Langsam zieht sie dahin, eine Blume, die den Sonnenschein seiner Liebe nicht entbehren kann.

Immer düsterer wird die Stimmung im Hause Voderath's. Seine Mutter, die beste und beschränkteste aller Mütter, mischt sich hinein. Ihre unklugen Finger zeren an dem zarten Gewebe, das ihren Sohn und Anna Wahr verbindet. Das Verhältnis vergrößert sich für ihr Auge zum Uebeln; schon sprechen die Nachbarn darüber. Gedanken werden in Johannes' nach, die ihm bis dahin fern geblieben waren. Er, der gute Sohn, der trotz mancher Eigenart noch immer zu leiten war, trotz der Mutter, die in ihrer Hergensangst ihren Mann kommen läßt, der den Jungen zur Vernunft und die „Person“ aus dem Hause bringen soll.

Aber Anna Wahr geht selbst. Das Unhaltbare der Lage wird ihr klar. Menschen, die sie liebt und verehrt, wie Käthe und die alle Frau Voderath gehen an ihr zu Grunde. Sie muß sich von Johannes, so unendlich es ihm erscheint, trennen. Das ist das Gesetz der einsamen Menschen, daß sie nur die Keime auf eine Zukunft bringen dürfen, die eine freiere und höhere Auffassung von dem Verhältnis der Geschlechter zu einander haben wird.

Der alte Voderath findet seinen Sohn in voller Verzweiflung. Anna darf nicht fort! Wie der alte Adam in Lukthois „Nacht der Finsternis“ fordert der gläubige Greis den Sohn auf, in sich zu gehen, seine Schuld zu bekennen und anzukämpfen. Vergeltens! Vater und Sohn stehen auf verschiedenen Boden. Er versteht ihn nicht mehr. Schon wenden sich der Alte und

die Mutter hoffnungslos zum Gehen, da stürzt ihnen der Sohn nach, sinkt an ihr Herz, und sie glauben, er sei gerettet.

Doch es ist keine Rettung. Als Anna, die der Mutter gelobt zu geben, nachdem sie Braum, der ihr auch hatte in's Gewissen reden wollen, mit stolzer Miße abgewiesen, von Johannes Abschied nehmen kommt, bricht in dem letzten und ersten Kuss, den sie tauschen, blyhartig die Geschlechtsliebe hervor, die ihnen bisher nur wie Freundschaft erschienen war. Anna sieht; Johannes aber, der jeden inneren Halt verloren hat und des Konfliktes nicht weichen zu werden vermag, löst in halbem Wahnsinn das Boot und fährt hinaus auf den Müggelsee. Er wird nicht wiederkehren. Und während Vater, Mutter und Freund in die Nacht hinausstürmen und seinen Namen rufen, findet Käthe auf dem Tisch seine Abschiedsworte von ihr und dem Leben. Sie stürzt bewußtlos zusammen. —

Die „Einsamen Menschen“ stellen technisch gesehen das Beste dar, was Gerhart Hauptmann bisher geschaffen hat. Die Aufgabe, eine beim Schluss des ersten Aktes bereits völlig abzusehende untere Entwicklung in ihren einzelnen Phasen aufzuweisen, ohne daß sich die Theilnahme der Zuschauer verliert, wird unter Verzicht auf die Kunstgriffe der alten Schule völlig gelöst. Die mosaikartige Zusammenfügung des ganzen Bildes aus kleinen, wirklichkeitgetreuen Zügen und Szenen, die Herausarbeitung des Wesentlichen, ohne daß der Eindruck der Konstruktion hervorgerufen wird, die planvolle, die Bedingungen der Bühne nie außer Acht lassende Leitung der Vorgänge lassen nicht nur erkennen, wie viel Hauptmann von Ibsen gelernt hat, sondern auch daß der Schüler auf dem Wege ist, den Meister zu übertreffen. Die Warmorgel der Ibsen'schen Technik, wo die Politur der Lebenswahrheit Abbruch thut, ist bereits glücklich vermieden.

Vielleicht verträge der Schlusakt eine nochmalige Durcharbeitung. Johannes stürzt in die Nacht hinaus, kehrt aber wieder um, weil er noch Abschiedsworte an Käthe niederschreiben will. Diese Rückkehr erscheint mir bei der Verwirrung, in der sich Johannes befindet — ihm ist wüst und leer im Kopfe — nicht ganz wahrscheinlich. Er kommt ungelesen davon, obwohl er bereits gelacht wird. Ich hätte den bidden Insal hierbei lieber ganz außer Spiel gesetzt.

Ungewis ist es mir auch, ob das Verhältnis zwischen Käthe und Anna zum völligen Ausdruck gekommen ist. Sie haben nur

einmal, bald zu Anfang, eine Unterredung. Sollten sie die ganze übrige Zeit stumm nebeneinander hergeschritten sein? —

Anna Wahr ist mir nicht ganz vergegenwärtigt worden. Hauptmann hat sie, wie wir sehen, nicht so genau gesehen und beachtet, wie die anderen. Ihre Bedeutung und ihr Werth muß mehr nach den Worten Voderath's gemessen werden, als an ihren eignen. Vielleicht wird sich dieses Urtheil nach der Lektüre des Stückes, das leider noch nicht gedruckt vorliegt, etwas mildern. Manches Wort geht, wenn der Platz des Zuschauers unangünstig ist, verloren, und das ist bei einem Stücke, wo jedes Wort von Bedeutung ist, ein wirklicher Verlust.

In Johannes Voderath ist alles echt. Ja, das ist der verunglückte Musterschüler, der immer zu den besten Hoffnungen berechnete und diese Hoffnungen nie erfüllte. Vständig streckt er die Hände nach den goldenen Früchten aus, er kann sie nicht ergreifen, und den Spalt zwischen Wollen und Vollbringen nicht schließen. Wie er die Hoffnungen seiner Eltern nicht erfüllte, läßt er die Hoffnungen seiner Freunde in Stich. Er entfernt sich von ihnen und kann doch nicht allein sein. In ihm lebt nicht der titanenhafte Trost des Stürmerschen „Einzigen“, und des Niebeschen „Zarathustra“, sondern trauhafte Verworftheit, und so bricht er schließlich zusammen. Er wollte die Ketten brechen, in die ihn Natur und Gewöhnung geschlagen, die sozialen Bande abstreifen, aber er ist dieser Aufgabe nicht gewachsen. So löst er sich aus; er bringt nicht den Keim auf die Zukunft.

Die „Einsamen Menschen“ können sich von der Zeit nicht lösen, in der sie leben.

Die Zeit ist mächtiger, als die „Einsamen Menschen“.

Sie glauben wohl das gelobte Land der Zukunft zu schauen, aber an dem harten Rind der Gegenwart, in den jähren Schlingen der Vergangenheit, die in ihnen selber noch liegen, gehen sie zu Grunde.

Ich weiß nicht, ob ich den Sinn Hauptmann's getroffen habe. Ein gutes Stück ist so vieldeutig, wie das Leben. Es läßt mehrere Erklärungen zu.

Offentlich wendet sich der Dichter, in welchem ich den ersten Mann der neuen Richtung erblicke, in seinem nächsten Stücke wieder einem breiteren Theile des Lebens zu. Inletere Hoffnung ruht nicht auf dem einsamen Menschen, sondern auf der großen Masse.

konnte, und der Gerichtshof habe ihn deshalb nur zu 50 M., Direktor Barnay dagegen zu 80 M. Geldbuße verurteilt und der Klägerin die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Soziale Uebersicht.

Arbeiter, geduldet der Ausgesperrten! Gedenkt Eurer hungernden Brüder!

Sammel-Marken können alle diejenigen an unten bezeichneten Stellen empfangen, welche sich genügend legitimieren:

1. Bei Wily. Böner, Nitterstr. 108, im Zigarrenladen.
2. „Aug. Nates, Zigarrenarbeiter, Pöfenerstr. 11.
3. „Karl Butry, Zigarrenarbeiter, Straßunderstr. 15, 11. und in den Zahlstellen:
4. Sonnabend Abends von 7—9 Uhr Elisabethstr. 29 im Restaurant.
5. Freitag Abends von 7—9 Uhr und Sonntag Vormittags Rheinsbergerstr. 19 im Restaurant.
6. Montag Abends von 7—9 Uhr Adalbertstraße 4 im Restaurant.

Am Freitag zu vermeiden, theilen wir mit, daß diese gesammelten Gelder an die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands (Dammann-Hamburg), wie ja auch die Quittungen desselben beweisen, gehen, also nicht nur für die Tabakarbeiter verwendet werden.

Die Kommission für öffentliche Angelegenheiten der Tabakarbeiter Berlins.

J. M.: Wilhelm Böner, Zigarrenfabr., Nitterstraße 108.

Warnung! In der letzten Versammlung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthschaft Berlins und Umgegend“ drängte sich ein angeblicher Zigarrenarbeiter an den Vorsitzenden mit einem Antrage heran, aus welchem hervorging, daß die Unterzeichner einer hier bestehenden Genossenschaft sogar von gemäßigteren Tabakarbeitern angehören, daß sie fällige Wechseln und begleichen hätten und deshalb es jedem Mitgliede des Vereins zur Pflicht machten, je 500 Stück Zigarren abzulassen. Da nun die Sitzung geschlossen und deshalb die Anträge verlagert wurden, war der Besagte sehr ungehalten. Der Vorsitzende bestellte ihn zur einige Tage später stattfindenden Vorstandssitzung. Wer nicht erschien, war der „gemäßregelte Genossenschaftler.“ Die Unterzeichneten, denen Vorsitzenden von Herrn Nürnberg mitgetheilt wurde, erklären, daß es 1) eine Produktionsgenossenschaft Berliner Tabakarbeiter nicht gibt, sie müßte denn aus 2—3 Mitgliedern bestehen, aber, und das ist der Kernpunkt, 2) eine solche von gemäßigten Tabakarbeitern besteht nicht existirt.

Also Vorsicht! In solchen oder ähnlichen Fällen ertheilt gern Auskunft: Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins. J. M.: Wily. Böner, Zigarrenfabrikant, Nitterstr. 108 (im Laden).

Versammlungen.

Eine gutbesuchte Versammlung der polnischen Sozialisten Berlins

tagte am 8. d. M. unter Vorsitz des Genossen Morawski. Nach Wahl des Vorstandes schritt man zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Besprechung der Statuten. Herr Waliszewski, erster Vorsitzender des katholischen Handwerkervereins, protestirte energisch gegen die Agitation und die Grundsätze der Sozialisten. Er gab zu, daß Mißstände herrschten, verwies aber auf „andere Wege“ zu ihrer Beseitigung, als die vorgeschlagenen seien. (Redner meinte wahrscheinlich den Weg zur „allein seligmachenden“ Kirche.) Die Bestreitungen, die hier vertreten wurden, könnten nur Unheil anrichten. (Oho! Unruhe.) Diesen Ausführungen entgegenzusetzen schlug Herr Prytulski, der betonte, daß nur auf dem Wege des Sozialismus ein völliger Umschwung und eine dauernde Besserung der Verhältnisse zu erwarten sei. Leider wären gerade die Polen noch weit zurück. Um so mehr aber müßte es jeder zielbewußte Pole als seine heiligste Pflicht betrachten, unter den Landsleuten Aufklärung zu verbreiten. Im Anschluß an diese Worte schilderte Genosse Majewski die ungeheuren Erfolge der deutschen Sozialdemokratie, die trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen so stark gewesen sei, daß sie sogar den großen Bismarck habe stürzen können. Redner forderte daher die Anwesenden auf, nicht den Muth zu verlieren, wenn der Sieg manchmal auch in weite Ferne gerückt erscheine; die gerechte Sache müsse doch schließlich durchdringen. — So zog sich die Diskussion fast zwei Stunden hin; dann wurden die Statuten mit großer Majorität unverändert angenommen. — Nach einer viertelständigen Pause verlas dann Genosse Kurowski unter lebhaftem Beifall eine Uebersetzung der Broschüre: „Nieder mit der Sozialdemokratie.“ — Darauf sprach Genosse Jagodzinski, der ausfuhrte, daß die einzige Parole in Zukunft sein dürfe: „Vorwärts mit den Waffen der Wahrheit, vorwärts, damit die Menschheit an ihr Ziel gelange; in Bezug auf einen Artikel des „Posner Kurier“ betonte Redner, daß durchaus nichts gegen den Adel und die Pfaffen gesprochen solle, sobald dieselben nur ihren Verpflichtungen gegen das Volk gewissenhaft nachkämen und die Moral zu ihrem Grundsatz machten, was bisher noch keineswegs der Fall sei. Der ländliche Arbeiter werde mit Hüben getreten.

Kaprowicz schildert des Weiteren das erbärmliche Leben des polnischen Proletariats. „Wenn ein Ochse oder ein Schwein krank wird und stirbt, so verliert der Besitzer so und so viel Geld dadurch; stirbt ein Arbeiter, nun, dann hat das gar nichts auf sich, dann bekommt der Herr zehn für einen.“ Nach ihm ergriff wiederum Herr Waliszewski das Wort und führte aus, daß man durch Fleiß und Sparsamkeit es auch unter den jetzigen Verhältnissen zu etwas bringen könne, wie sein (des Redners) Beispiel beweise. Seine Worte wurden durch Jagodzinski ausdrücklich widerlegt; dann theilte der Vorsitzende noch die Tagesordnung der nächsten Sitzung mit und schloß gegen 1 Uhr die Versammlung.

Der Fachverein der Lithographen hielt am 6. Januar seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in welcher zunächst der erste Vorsitzende, Kollege Hildebrandt, einen Rückblick auf das vergangene Jahr gab mit besonderer Berücksichtigung der für die Arbeiterwelt denkwürdigen Tage: 20. Februar, 1. Mai und 1. Oktober. Er forderte im Anschluß hieran die Kollegen auf, fest und treu mitzuarbeiten zu helfen an dem Ausbau unserer Sache. Zum Schluß gedachte er noch des Andenkens zweier jüngst verstorbenen Kollegen und bat die Anwesenden sich von den Plätzen zu erheben. Für ein vom Vorstande zurückgetretenes Mitglied wurde Kollege Thele gewählt. Hierauf sprach Kollege Oesterlein über: „Moos-Sennefelders“ zu aufrichtiger Zufriedenheit. Kollege Dehlschlager gab den Bericht vom letzten Vergnügen, welches einen Ueberschuß von 43,50 M. ergab. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß das nächste Vergnügen im Juli 1. am Sonnabend, den 7. Februar, stattfindet.

Am Dienstag, den 6. Januar fand die Generalversammlung der Ethischen Gesellschaft statt. Der Kassirer, Herr Panten, gab den Kassenbericht. Es ergab sich ein Bestand von 254,63 Mark. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit. Dann wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen und folgende Herren gewählt: 1. Vorsitzender G. Jochim, Keibelstr. 5, 2. Vorsitzender W. Cantius, Adlerstr. 192, 1. Schriftführer C. Baumann, Brunnenstr. 93, 2. Schriftführer Albert Neumann, Pappel-Allee 34, 1. Kassirer H. Panten, Brunnenstr. 93, 2. Kassirer Krause, Rathenowerstr. 52, als Ordner: Streiber, Brunnenstr. 90, Buggenhagen, Saarbrückerstr. 27 und Bergmann, Blumenhaldstr. 13. Außerdem wurde beschlossen, alle Versammlungen im „Vorwärts“ zu annoziieren.

Der Fachverein der Tischler hielt am 8. d. M. eine Mitgliederversammlung ab. In derselben hielt Herr Dr. Bülgmann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Jhesus und der Sozialismus“. Eine Diskussion fand nicht statt. Kollege Wiedemann, welcher den Vorsitz führte, spricht die Erwartung aus, daß die Mitglieder auch im neuen Jahre trotz der schlechten Geschäftszeit treu zur Organisation stehen werden, so daß der Ausschussung, den der Verein im alten Jahre genommen, nicht verloren gehe. — Ferner wird bekannt gegeben, daß am 17. Januar ein vom Verein arrangierter Maskenball stattfindet; obwohl der Termin ein etwas früher, so möchten doch Alle für rege Theilnahme sorgen, weil, wie bekannt, der aus den Vergnügungen ersielte Ueberschuß unterstützungsbedürftigen Mitgliedern zu Gute kommt. Nach Erledigung einiger Unterstühtungsangelegenheiten wird die Versammlung geschlossen.

Die Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins, welche am Sonntag, den 11. d. M., stattfinden sollte, konnte wegen zu schwachen Besuchs nicht tags. Die Ursache mag wohl einestheils in der Arbeitslosigkeit, welche der strengen Kälte wegen schon an vier Wochen im Baugewerbe vorherrschend ist, zu suchen sein, weil dadurch die Bauarbeiter nicht im Stande sind, einen Nickel für ein Glas Bier auszugeben, andererseits mag aber auch bei verschiedenen Mitgliedern die Interesslosigkeit an der guten Sache Schuld sein, was allerdings sehr zu bedauern ist.

Hiermit sei noch bekannt gemacht, daß die Zahlstelle für Süd-West sich von jetzt ab Krudt- und Friesenstraßen-Ecke bei Lohndorf befindet.

Zahltag jeden Sonntag nach dem 15. des Monats. Beitragssammler Johann Engelhardt. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 15. Februar statt.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen fand am 8. d. M. auf dem Bod statt, einberufen von Lefelud „Karl Marx“. Auch hier war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, ein Beweis gegen die „Versammlungsmüdigkeit“ der Berliner. Herr Kendlora, der das Referat übernommen hatte, hielt einen Vortrag über das Thema: „Was ist Wahrheit?“ Er berührte im Verlauf seiner Rede die bekannte Aeußerung, ohne Marx und Engels wäre die Sozialdemokratie heute eben so weit, wie mit Hilfe dieser Männer, und wies dieselbe als vage (unbewiesene) Hypothese zurück. Auch die Behauptung, daß die Schriften dieser Theoretiker für die große Masse des Volkes völlig unverständlich seien, erlante Redner nicht als begründet an. Das „Kapital“, „Die Umwälzung der Wissenschaft“ u. s. w. sind vom Geiste echter Wissenschaft erfüllt und stellen daher keine weiteren Anforderungen an den Leser, als Bemühung, Ausdauer und gesunden Menschenverstand. Unter diesen Voraussetzungen sind diese Bücher für den Schlichtesten und „Ungebildetsten“ verständlich. Im weiteren Verlauf seines Vortrages kam der Referent auch auf die Altersversicherung zu sprechen, mit deren Rente ein Mensch nicht auskommen könne, selbst wenn sie um das Dreifache erhöht würde. — In diesen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Während Genosse Treuhertz dem Referenten in Bezug auf die leichte Verständlichkeit der Marx'schen Schriften widersprach, schloß sich Herr P. u. s. demselben darin an, auch das „Kapital“ sei ein wichtiges Mittel, sich Erkenntnis zu verschaffen. Darum müsse man es lernen, und nicht bloß aus kurzen Auszügen und Inhaltsangaben, sondern die Quelle selbst studiren und sich nicht durch einige schwierige Stellen zurückschrecken lassen. Gerade diese letzteren wären für die Erkenntnis der Wahrheit besonders wichtig, denn gerade sie regten zum Denken an. — Diese Ausführungen wurden durch Genossen Matschewski bestätigt und durch einige Beispiele ergänzt; dann schloß der Vorsitzende mit einem Hoch die Versammlung.

Herr Franz König, Steinmetz, schreibt uns: Bezugnehmend auf den Bericht von der Versammlung der Steinmetze vom 4. d. M., in Nr. 8 des „Vorwärts“ finde ich es nicht häßlich, wenn in Versammlungen über Handlungen von Personen zu Bericht gelesen wird die nicht anwesend sind. Eine kleine Mittheilung hiervon hätte zu meinem Erscheinen geführt. Betreffs der Sache selbst bin ich mir nichts Ungerechtes bewußt. Franz König.

Schöneberg. Eine öffentliche Versammlung tagte am 6. Januar in der Schloßbrauerei zu Schöneberg unter Vorsitz des Genossen Freitag. Den Vortrag hatte W. Werner übernommen, der über die Organisation der Partei sprach. Nach der Diskussion, an der sich zwei Redner beteiligten, wurde zur Wahl eines Vertrauensmannes für Schöneberg geschritten, für welchen Posten einstimmig Genosse A. Buchholz gewählt wurde. Auch die Lokalkommission wurde neu gewählt und zum Schluß die Anwesenden aufgefordert, nur die von der Kommission empfohlenen Lokale zu besuchen.

Eine Versammlung der vereinigten Maurer von Steglitz, Friedenau und Umgegend fand am Sonntag, den 11. d. M., Nachmittags 1 Uhr, im Kurhause zu Friedenau statt. Kollege Scheel sprach über Vereinigung und Organisation und bemerkte hauptsächlich, daß es jedes Kollegen Pflicht und Schuldigkeit sei, sich der Vereinigung anzuschließen. An der Diskussion beteiligte sich Niemand, da sämtliche Kollegen mit dem Referenten einverstanden waren. Bei Verschiedenem wurden einige Vereinsangelegenheiten festgesetzt und sodann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch.

In Wilmersdorf tagte am Sonntag, den 11. Januar, eine öffentliche Volksversammlung, welche behufs Wahl eines Vertrauensmannes einberufen war. Das einleitende Referat über „Partei-Organisation“ hielt Herr Birch. Derselbe legte die Gründe für die Nothwendigkeit einer Organisation dar und erläuterte die Form derselben, welche so gestaltet sein müsse, daß man durch die Maschen der verschiedenartigen reaktionären Vereinsgesetze hindurchschlüpfen könne. Redner schildert die Wirkungen des § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes, welcher ein Straf für den § 9 des Sozialistengesetzes ist, und kritisiert die verschiedenartige Auslegung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes der Sozialdemokratie und anderer Parteien gegenüber. Eine Diskussion fand nicht statt, und die Versammlung schritt zur Wahl je eines Vertrauensmannes für Wilmersdorf und Schmargendorf. Gewählt wurden die Genossen Ferdinand Piesler für Wilmersdorf und Paul Peters für Schmargendorf. Unter Verschiedenem“ erregte es Heiterkeit, als Genosse Nimmich mittheilte, daß ihm ein Strafmandat wegen Vergehens gegen die Sozialdemokratie zugesellt worden sei. Dem Verlangen der Versammlung, diese Kuriosität (welche auf einem Schreibfehler des Gerichtsschreibers beruhte) vorzulesen, wurde stattgegeben. Hierauf wies Herr Birch noch auf die Verantwortlichkeiten unter neuen Kurs hin und bat die Genossen, nichts alles Persönliche bei Seite zu lassen, sondern nur immer die Sache im Auge zu haben. Nachdem noch die Angelegenheit des Restaurateurs Rudolph zur Sprache kam, wobei einer der Theilhaber trotz der Berichtigung des genannten Herrn die im „Vorwärts“ geschilderten Vorgänge für wahrheitsgemäß erklärt, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Eine Wanderversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Weißensee und Umgegend fand am 11. Januar in Hohen Schönhäusen im Saale des Herrn Schiele statt. Genosse Grünberg, welcher das Referat über die Ziele der Sozialdemokratie übernommen hatte, entledigte sich seines Vortrages, indem er unser Parteiprogramm in sachlicher Weise erläuterte. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kreuz (Hohen Schönhäusen), Bergel und Neumann (Berlin), welche sich im Sinne des Referenten ausdrückten; alsdann wurde eine vom Genossen Bell-

eingebachte Resolution einstimmig angenommen, welche lautete: Die Theilnehmer der heutigen Versammlung erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; erklären von den heutigen Regierungsvorsetzern keine Besserung ihrer Lage zu erwarten, wissend, daß die Emanzipation nur Sache der Arbeiter ist; in Erwägung dieser Umstände, erklären die Anwesenden entweder dem bestehenden Arbeiter-Bildungsverein zu Weisensee beizutreten oder selbst einen solchen zu gründen. Ehe man zum dritten Punkt der Tagesordnung überging, wurde eine Pause von zehn Minuten angenommen. Das Resultat war ein erfreuliches, 32 Genossen ließen sich einzeichnen. Sodann wurde ein Antrag des Genossen Neubauer (Hohen-Schönhäusen), eine Kommission zu wählen, welche die Angelegenheit der Gründung eines Vereins für Hohen-Schönhäusen und Wilhelmsberg in die Hand nimmt, angenommen. Zur Kommission wurden gewählt die Genossen Kreuz, Neubauer, Köpfer und Eduard Wengler. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen werden auf die am Dienstag, den 12. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Hogen, Prenslauer Allee, stattfindende große öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der ausgesperrten Tabakarbeiter. 2. Referat Reichstags-Abgeordneter Hoffmann. 3. Abordnung der Kommission. 4. Antrag des Hohen Fabrikantenvereins auf Errichtung eines Einigungsamtes. 5. Verschiedenes.

Öffentliche Versammlung der Lithographen Berlins am Freitag, den 10. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75. Tagesordnung: 1. Welche Bedeutung hat der Anschlag an die moderne Arbeiterbewegung für die Lithographen? 2. Referat Herr Generaldirektor Dr. Max Birch, Reichstags-Abgeordneter. 3. Referat Herr Lithograph W. Schmidt, Reichstags-Abgeordneter. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

Vereinigung der Drehscheiben Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 3. Versammlung am Mittwoch, den 13. d. M., Abends 8½ Uhr, bei Helmman, Knechtstr. 25. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisetzers. 4. Verschiedenes und Angelegenheiten.

Versammlung der Bäcker am Dienstag, den 12. Januar, Nachmittags 2½ Uhr, Andreaskstr. 21. Tagesordnung: Der Stand der Arbeiterbeschäftigung. Referent Herr Veus.

Freie Vereinigung der Kartonarbeiter Berlins. Generalversammlung am Mittwoch, den 14. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Söger, Grüner Weg 29.

Demokratischer Verein. Donnerstag, den 15. d. M., Abends 8 Uhr, Treppenstraße 15: Versammlung. Tagesordnung: Wochenberichtsbericht, Aufsichtsbuch, Petitionen, Partis und Vereinsangelegenheiten.

Genossener Berliner Bildhauer. Dienstag, den 12. Januar, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Jahresberichtsbericht. 3. Neuwahl des gemeinsamen Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Verband deutscher Mechaniker und verw. Berufsgenossen. Zahlreiche Berlin. Mittwoch, den 14. Januar, Abends 8½ Uhr, im Deutschen Clubhaus, Knechtstr. 16: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht vom 4. Quartal 1899. 2. Bericht des Vorstandes und der Kommissionsmitglieder. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionsmitglieder. 4. Wie führen wir uns zur Errichtung von Zahlstellen. 5. Verschiedenes und Angelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimirt.

Freie Volkshöhle. Am Donnerstag, den 15. Januar, Abends 8½ Uhr, findet im Saale des Schmitt'schen Brauhauses, Landberger Allee 11—13, eine außerordentliche General-Versammlung statt, in der eine Aenderung der Statuten vorgenommen werden soll. In der Versammlung wird Herr Dr. Otto Wachs einen Vortrag über das Thema „Kabile und Lieber“ halten. Das genannte Thema wird am 25. Januar für die erste Abtheilung (rote Karte) und am 1. Februar für die zweite Abtheilung (grüne Karte) zu Aufführung kommen.

Arbeiter-Jüngerbund Berlins und Umgegend, Abends 8 Uhr, Uebungs-Saal, Aufnahme von Mitgliedern. — Gelangereim „Steinreich“ (Böttcher), Schloßbergstr. 21 bei Hoge. — Gelangereim „Norddeutsche Schiffe“, Restaurant Kaiser Franz Grenadierplatz 7. — Arbeiter-Gelangereim „Vorwärts“ (Süd-Öst) bei Heger, Gurostr. 14. — Gelangereim „Allegro“, Schloßbergstr. 142 bei Greller. — Gelangereim „Olympia“, Grunewaldstr. 108 bei Grell. — Gelangereim „Kreuzberg“, Tempelhofer-Ufer 15 bei Hoge. — Gelangereim „Fidelio“, Adlerstraße 10 bei Nummer. — „Wachtel“ (Liedertafel), Wilhelmshagenstr. 23 bei Wroch. — Gelangereim „Maitzsch“, Köhlerstr. 20a bei Wille. — Männerchor „Süd-Öst“, Köpenicker-Ufer 191 bei Hoge. — Männer-Gelangereim „Harmonie“, Abends 9 Uhr bei Kramm, Steinmetzstr. 79. — Gelangereim „Gründerzeit“ bei Hildebrandt, Schloßbergstr. 2. — Männer-Gelangereim „Schilddorn“, Uebowstr. 23 bei Hildebrandt, Abends 9 Uhr. — Gelangereim „Waldkapelle“ in Friedrichshagen, Restaurant Wank, Friedrichstraße, Abends 9 Uhr.

Gef. und Diskutirkubs. „Der Weg“, Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn Otto Wille, Forsterstr. 45. Gäste willkommen. — „Feuerstr.“ Abends 8½ Uhr bei Schröder, Reichenderstr. 24. — „Humanität“, Abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Steuer, Weinstraße 22. Gäste willkommen. — „Agitationverein“ „Kassell“, Abends 8 Uhr, Mariannenstr. 10. — „Tobereiten.“ Gäste haben Zutritt. — „Proletariat“, (Bauverein) bei Wrochard, Schulzenstr. 28. — „Johannes Wodde“, Abends 9 Uhr im Lokale von Schüge, Urbanstraße 31. Männer und Frauen als Gäste willkommen. — „Gasteliebes“, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Schöls, Kottbusener Allee 25. Gäste willkommen.

Gefang., Euren- und gefällige Vereine. Gelangereim „Knacker“, Abends von 8—11 Uhr bei Heger, Knechtstr. 16. — Männer-Gelangereim „Unverzag“, (Wachtel), Abends 8½ Uhr, bei Hildebrandt, Berlin, Schloßbergstr. 2. — Gelangereim „Gründerzeit“, Schloßbergstr. 2. — Gelangereim „Steinreich“, Schloßbergstr. 21 bei Hoge. — Gelangereim „Norddeutsche Schiffe“, Restaurant Kaiser Franz Grenadierplatz 7. — Arbeiter-Gelangereim „Vorwärts“ (Süd-Öst) bei Heger, Gurostr. 14. — Gelangereim „Allegro“, Schloßbergstr. 142 bei Greller. — Gelangereim „Olympia“, Grunewaldstr. 108 bei Grell. — Gelangereim „Kreuzberg“, Tempelhofer-Ufer 15 bei Hoge. — Gelangereim „Fidelio“, Adlerstraße 10 bei Nummer. — „Wachtel“ (Liedertafel), Wilhelmshagenstr. 23 bei Wroch. — Gelangereim „Maitzsch“, Köhlerstr. 20a bei Wille. — Männerchor „Süd-Öst“, Köpenicker-Ufer 191 bei Hoge. — Männer-Gelangereim „Harmonie“, Abends 9 Uhr bei Kramm, Steinmetzstr. 79. — Gelangereim „Gründerzeit“ bei Hildebrandt, Schloßbergstr. 2. — Männer-Gelangereim „Schilddorn“, Uebowstr. 23 bei Hildebrandt, Abends 9 Uhr. — Gelangereim „Waldkapelle“ in Friedrichshagen, Restaurant Wank, Friedrichstraße, Abends 9 Uhr.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dieck Verlag) ist soeben das 15. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Zu Grillparzer's Gedächtnis. Von Diobert Schweichel. — Zur Frage der Taktik. Von G. Deville. — Ein Wort der Erinnerung an Herrn Dr. Max Wils. Von G. Bunge. — Zur Alkoholfrage. Von Dr. Ferdinand Simon. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Töchter unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von F. v. L. (Fortsetzung.)

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abkennern-Entscheidung beizufügen. Briefkasten-Antwort wird nicht ertheilt.

Die Rubrik Parteinachrichten und Korrespondenzen mußte des Stoffandrangs wegen zurückgestellt werden.

100. Weseregel. Es genügt, wenn Sie in dem, dem Amtgerichte Ihres Wohnortes auf Ihren einfachen schriftlichen Antrag anbrachten Termin die Vorladung und eine Entschuldigung vorzeigen.

N. S. 27. Es kommt darauf an, welchen Inhalt Ihre Bürgerlichkeitsklärung gehabt hat. Wenn Sie sich nur auf den Ankauf des bestimmten Infrumentes bezogen hat, so brauchen Sie nicht zu zahlen. Jedenfalls dürfte Sie nicht für mehr als 48 M. im Ganzen haften.

Wd. 1. Wenn im Miethkontrakt dreimonatliche Kündigungsfrist ausgemacht ist, so muß das Kündigungs Schreiben 3 Monate vor Ablauf des Kontraktes in Händen des anderen Theils sein, also 6. U. am 31. März zum 1. Juli. 2. Der Tausch ist genügt.

V. U. Die Mutter ist, da der Sohn kinderlos geblieben, gesetzliche Erbin und haftet als solche für die Nachlassschulden, zu welchen auch die Kurkosten und Beerdigungskosten zählen.

A. K. Trenz. Der Betreffende möge weiter in Berlin bleiben und sich polizeilich melden. Falls dann auf Grund der früheren Ausweisung noch etwas gegen ihn veranlaßt werden soll, so wird ihm sicher soviel Ausschuß gewährt werden, daß er ein Gnadengesuch einreichen kann, welches ja unter den mitgetheilten Umständen Aussicht auf Erfolg bietet.

G. W., Adlerstr. 150. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung.

G. Th. F., Prenslauer Allee. Ist uns unbekannt.

Köpenick 1890. Sie werden gefällig als Vater des am 18. August geborenen Kindes angegeben, wenn Sie nicht nachweisen, daß die Mutter in der kritischen Zeit noch mit einem Anderen zu thun gehabt hat.

Lokales.

Die Gesellschaft wächst immer mehr in den sozialistischen Zukunftstaat hinein. Es ist dies eine unbestreitbare Tatsache, die Jedem, der die Entwicklung der Verhältnisse scharf beobachtet, klar vor Augen steht. Ganz unabsichtlich, fast unbewußt vollzieht sich dieses Hineinwachsen, und von einer Seite her, woher man es am wenigsten erwartet hätte, wird mitunter hierzu der Anstoß gegeben. So will es denn fast lächerlich, im höchsten Grade jedoch aber verwunderlich erscheinen, daß gerade der Monteur aus der Jerusalemstraße, das Organ des Herrn Mosse, die Beilagen des Berliner Tageblatts, das „Berliner Tageblatt“ es ist, welches in einem solchen Augenblicke ganz vernünftige Gedanken zu Tage fördert und eine Forderung aufstellt, die einen kleinen zukunftsstaatlichen Weisheitswort hat und einen kleinen Schritt vorwärts in das sehr geschätzte und geschätzte sozialdemokratische Paradies bedeutet. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht nämlich in einer seiner letzten Nummern eine soziale Betrachtung, welcher eine Gerichtsverhandlung zu Grunde gelegt ist, die in recht trübem Sittenbild aus der Weltstadt entrollt und die ja auch den Lesern dieses Blattes bekannt ist. Es handelte sich um besagten Fälle um eine Erbarmliche, welche ihre Vertrauensstellung als Hausfreundin dazu benutzte, die fünfjährige Tochter von Handelsleuten, welche vielfach in Geschäften von Hause abwesend sind und ihre Kinder unbeaufsichtigt zurücklassen mußten, in die Friedrichstraße „auf den Strich“ zu führen, woselbst das jugendliche Mädchen gar bald die gewünschte Aufmerksamkeit erregte und Anziehungskraft ausübte, besonders auf einen „Älteren Herrn“, welcher die Unerfahrenheit mit Mähereten traktierte, schließlich in ein Restaurant verschleppte, dort mit Champagner trunken machte und dann — nun, das Mädchen fand, als es mit seiner „Besitzerin“ den Heimweg antrat, ein Geldstück in seiner Tasche; die Begleiterin gewiß deren mehrere! Dieses Taschengeld und einträgliche Geschäft fünd Wiederholung und schließlich wurde auch noch das neunjährige Töchterchen für die vorgedachten Zwecke benutzt. Wir haben in einer früheren Nummer eine Betrachtung über „sittliche Entrüstung“ gebracht und gemeint, daß gerade derartige Fälle geeignet wären zur „sittlichen Entrüstung“ der „Gesellschaft“. Auch hatten wir der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß solche Lüfte und Wüstlinge anderswo als in den Kreisen der „unteren“ Klassen zu suchen seien, und diese Ueberzeugung wird durch die gedachte Gerichtsverhandlung wiederum bestätigt. Das „Berl. Tagebl.“ nimmt nun allerdings keine Veranlassung, sich „sittlich zu entrüsten“, wohl aber erkennt es die Gefahren an, denen derartige unbeaufsichtigte Kinder überlassen sind, und diese Anerkennung will bei einem solchen Blatte immerhin schon etwas bedeuten. Man glaubt tatsächlich nicht, daß „Berl. Tagebl.“ in der Hand zu haben, wenn man ferner ganz freimüthig ausgesprochen findet, daß die reichen Leute da besser ihre Kinder zu beaufsichtigen vermöchten und zu bewahren, weil sie nicht fruchtlos, als die armen Leute, und daß diejenigen Eltern kein Verschulden trifft, die des Broterwerbes wegen außer dem Hause zu weilen gezwungen sind, wenn ihre unbeaufsichtigten Kinder auf Abwege gerathen. Gegenüber dem stetigen Geschrei über mangelhafte Kinderbeaufsichtigung, Verwahrlosung und Verwahrlosung der Kinder des Proletariats nimmt sich diese richtige Auffassung des Verhältnisses gerade von jener Seite recht scharf aus. Der besagte Artikel des Mosse'schen Organes kommt des weiteren auch zur Besprechung der Frage, wie den Gefahren, denen unbeaufsichtigte Kinder schädlicherdings ausgesetzt sind, am zweckdienlichsten vorgebeugt werden könne und fördert hierbei wieder so vernünftige Anschauungen zu Tage — wenigstens auch der Weisen von der Spree durchaus nicht gefordert ist —, wie man es vom „S. Z.“ durchaus nicht gewohnt ist. Zunächst wird also dargelegt, daß die beste Hüterin ihrer Kinder die Mutter sei — was ja vom allgemeinen menschlichen Standpunkte aus betrachtet richtig sein mag — und daß es demzufolge das Beste wäre, die Mutter dem Hause, dem häuslichen Wirkungskreis zurückzugeben. Die Unmöglichkeit der Verwirklichung dieses Ideals wird aber gleich hinterher zugegeben, indem anerkannt wird, daß die Frauennarbeit nicht entbehrt werden könne, sowohl im Interesse vieler Industriellen, als auch im Interesse vieler Arbeiterfamilien. Nun, auch die Arbeiterfamilie ist von der Nothwendigkeit der Frauennarbeit vollständig überzeugt, wenigstens auch aus anderen Gründen, als das „Berl. Tagebl.“ Dasselbe verspricht sich indessen schon eine bedeutende Besserung der Verhältnisse im Hause, wenn die Arbeitszeit der verheirateten Frauen außer dem Hause auf acht Stunden gesetzlich beschränkt würde und zwar von 8—12 Uhr Vormittags und von 2—6 Uhr Nachmittags. Das heißt also, die Frau soll vor 8 Uhr Morgens, vielleicht von 5 Uhr an, das Haus, die Kinder, die Familie besorgen, dann von 8—12 Uhr auf Arbeit gehen, und von 12—2 Uhr wieder nach Hause rennen, Mittag kochen und die Familie besorgen, von 2—6 Uhr wieder auf Arbeit gehen, und nach 6 Uhr ihre Kräfte wiederum, vielleicht bis 11 Uhr Abends oder noch länger dem Hause, der Familie widmen. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Leben für Arbeiterfrauen ebenso wenig Verlockendes hat, wie ihr jetziges Dasein, so wird dadurch auch die Ordnung, deren Kinder bedürfen, noch lange nicht ermöglicht, von einer ausreichenden Beaufsichtigung der Kinder seitens der Eltern kann auch in diesem Falle keine Rede sein, geschweige denn von einer „Erziehung“ der Kinder. Der in Rede stehende Artikel kommt schließlich zu einem Vorschlage, bezw. zu einer Anregung, die den Kernpunkt des Ganzen bildet und der dem „Berliner Tageblatt“ alle Ehre macht. Vorgezeichnete Weise sind es wieder einmal die „verkommenen Franzosen“, welche als nachahmenswerthes Vorbild angeführt werden, indem darauf hingewiesen wird, daß die Stadt Paris den Volksschul-Unterricht so organisiert habe, daß die schulpflichtigen Kinder von Morgens 8 Uhr bis Abends 7 Uhr in der Schule verbleiben können. Dort nehmen die Kinder gemeinsam ihre Mahlzeiten ein, zu deren Kosten die Eltern beizutragen haben, machen dortselbst ihre Schularbeiten, veranstalten Spiele, in denen Ernst und Spass abwechseln u. s. w., natürlich unter geeigneter Leitung und Beaufsichtigung. Das „Berl. Tageblatt“ ist nun der Meinung, daß die Eltern mit einer solchen Einrichtung wohl zufrieden sein würden, indem die etwaigen materiellen Mehrkosten, welche die Kinder dadurch verursachen, reichlich aufgewogen würden durch den Gewinn, welcher den Kindern in moralischer, sittlicher und geistlicher Hinsicht erwachse, und daß die Kommunen verpflichtet seien, für derartige Einrichtungen einzutreten. — Die gedachte Einrichtung der Stadt Paris spricht für sich selber genug, so daß es erübrigt, die Vortheile derselben noch näher zu beleuchten. Und daß eine derartige Einrichtung auch bei uns geboten erscheint, ist ebenso klar, wird einfach durch die Verhältnisse bedingt. Bisher hat man diesen Mangel zu ersehen gesucht durch private Wohlthätigkeit, durch Einrichtung von Kleinkinder-Bewahranstalten, Krüppelvereinen, Jugendhorten und wie sonst diese Wohlthätigkeits-Anstalten noch betitelt sein mögen. Alles dieses ist aber nur Stück- und Flickwerk! Sache der Kommunen wäre es allerdings, derartige Organisationen zu schaffen. Der sozialdemokratische Grundgedanke, daß die Frau gleich dem Manne arbeiten solle, und sich nicht von ihm ernähren lasse, wird durch die Noth wenigstens in seinem ersten Theile heute immer mehr zur That-

sache und die kapitalistische Produktionsweise thut das Ihrige, die Frau immer mehr zur werththätigen Arbeit heranzuziehen. Dadurch wird zur Nothwendigkeit, daß die Fürsorge und die Erziehung der Kinder Anderen übertragen werden muß, indem die arbeitenden Eltern hierzu außer Stande sind. Das hierzu kommunale Einrichtungen — unter Voraussetzung der Erfüllung gewisser Vorbedingungen — besser geeignet sind, als Wohlthätigkeitsanstalten, ist einleuchtend. Ebenso hinwiegend wie der Vorwurf, der der Sozialdemokratie gemacht wird, indem man sagt, sie wolle die Familie zerstören, ebenso hinwiegend ist der Vorwurf, sie wolle den Eltern die Kinder „nehmen“ und dieselben in Erziehungsanstalten unterbringen. Ebenso wenig, wie die Zerführung der Familie hat die Sozialdemokratie gar Kinderraub im Sinne. Die Forderungen der Sozialdemokratie sind nur die Konsequenzen der sich entwickelnden Verhältnisse und wenn schon heute von jener Seite, von welcher bisher am lautesten die Sozialdemokratie verletzert worden ist, die Forderung an die Kommune gestellt wird, in Verbindung mit der Schule die Erziehung der unbeaufsichtigten Kinder zu übernehmen, so ist dies ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie wieder einmal Recht hat und daß die heutige Gesellschaft immer mehr in den sozialistischen Zukunftstaat hineinwächst, denn die Verwirklichung der Forderung des „Berl. Tagebl.“ ist ein weiterer Schritt in diesen Zukunftstaat hinein, denn gleichwie auf anderen Gebieten sich immer mehr und mehr die Verhältnisse im sozialistischen Sinne entwickeln bezw. dieser Entwicklung zustreben, so werden sich schließlich auch aus den fakultativen kommunalen Erziehungsanstalten staatliche Erziehungsanstalten entwickeln, wie sie ein sozialistisches Gemeinwesen bedingt. Möge daher das „Berl. Tagebl.“ zum Besten seiner Leser noch öfter solche lichte Momente haben!

„Mit-Telephonhandel!“ Das mit den abgenützten, gebrauchten Materialien unserer Fernsprech-Leitung noch ein lebhafter Handel getrieben wird und jene Zustände noch einen namhaften Werth repräsentieren, dürfte wohl den meisten unserer Leser unbekannt sein. Einzelne Unternehmer kaufen von Zeit zu Zeit das „alte Eisen“ auf und es sind Posten von mehr dem 30.000 M., die die Ober-Postdirektion dafür erhält. Die Drähte werden in „Eisen- und Kupferdraht“ sortirt, der erstere wird zu Drahtgittern, der letztere für elektrotechnische Zwecke verwendet. Die Isolatoren, aus dem besten Porzellan gearbeitet, werden eingestrichen und verschmolzen und die Schabast geordneten Kohlenstücke werden als Brennmaterial verkauft. — Nicht interessant ist ein Gang durch die Materialkammer der Ober-Postdirektion für die Fernsprech-Leitung auf dem Terrain des Berliner Lagerhofes in der Usedomstraße. Hier finden wir zu mächtigen Stapeln geordnet viele Tausende von Isolatoren, daneben die gewaltigen Träger und Eisenstangen derselben, welche doppelt so groß und stark sind, als sie oben auf den Dächern erscheinen. Dann finden wir die großen Säuger der Kohlenstangen und ihnen folgen die Stapel der Büchsen mit Salmiak, der zur Herstellung des elektrischen Stromes erforderlich ist. Auf dem Hofe befinden sich die mächtigen Holzrollen, auf denen die Drähte und Kabel aufgewickelt sind, deren jede einzelne Rolle das Gewicht von mehreren hundert Zentnern repräsentirt. Die in diesem Schuppen untergebrachten Materialien werden auf 2 bis 3 Millionen Mark in Werth geschätzt.

Die zerbrochene Achse eines Viehrandportwagens richtete am Freitag Nachmittag auf dem Kottbuser Damm große Verwirrung an. In dem vergitterten Hintertheil des Wagens, dessen Hinterachse gebrochen war, befanden sich sieben fetts Schweine, die bald nach dem Wagenbruch ein so lebhaftes Gequieles begannen, daß die Umstehenden dem Kutsher sehr ernstlich riefen, die Thiere aus dem schräg liegenden Behälter herauszulassen, da es sonst sehr leicht geschehen könnte, daß eines oder einige von ihnen durch die anderen erdrückt würden. Der Behälter des Wagens wurde also geöffnet und die widerstrebenden Thiere an den Ohren und bei den Weinen herausgezogen. Auf dem Straßendamme begannen die Vorstehbierse sich vergnügt herumzutummeln, doch wurde der Kutsher von Polizeibeamten genöthigt, die Thiere auf eine der nächsten Gehöfte zu treiben, wo einer der anwesenden Arbeiter den Aufenthalt der Schweine für einige Stunden gestatten wollte. Nach Verlauf von etwa zwei Stunden kam ein anderer Wagen, der die Thiere weiter befördern sollte; als man dies auf dem Gehöft zusammentrieb, fehlte aber eins. Schon wollte der Kutsher mit sechs Schweinen davonsahren, als der auf dem Grundstücke anwesende Arbeiter nochmals das ganze Terrain absuchte und das vermiste Schwein in einer Grube fand, in der man eben nur ein Schwein finden kann. Das Thier besand sich in einer Verfassung, die seine Verladung recht un bequem machte und die, als sie dennoch bewirkt werden mußte, auf dem Kottbuser Damm einen Geruch verbreitete, wie man ihn sonst nur ausnahmsweise kennen lernt.

Ein durchgegangener Bräutigam. Eine recht fatale Störung ereilt vor einigen Tagen eine Hochzeitsfeier, welche im Norden der Stadt abgehalten werden sollte. Die einzige Tochter des in der Chausseestraße wohnenden Agenten G. war mit dem Buchhalter einer hiesigen Zigarrenfabrik, Max Budach, verlobt und für einen Vormittag der letzten Woche war die standesamtliche und für Nachmittag die kirchliche Trauung angesetzt, woran sich die Hochzeitsfeier in einem Lokale der Friedrichstraße schließen sollte. Als am Vormittag zur festgesetzten Zeit Herr G. nicht erschien, um seine Braut zur Trauung auf dem Standesamte abzuholen, glaubte Herr G., daß seinem Schwiegervater irgend etwas zugestoßen sei und fuhr sofort nach der Wohnung desselben, einem Chambregarni in der Alten Schönhauserstraße. Hier erfuhr der Schwiegervater zu seinem Schrecken, daß Budach am Freitag Abend nach Hause gekommen, seine Sachen gepackt und die für mehrere Monate residierende Miethe bezahlt habe, um dann mittelst Droschke fortzufahren. Da Budach auch in seiner neu gemietheten Wohnung in der Brannenstraße nicht war, ihm auch von der früheren Wirthin seines Schwiegervaters mitgetheilt worden, daß in den letzten Tagen eine frühere Geliebte des B., eine überbelebte Person, öfters bei denselben gewesen, so fuhr der Schwiegervater zu der letzteren, erfuhr hier aber von der Mutter derselben, daß ihre Tochter mit ihrem Bräutigam Herrn Budach seit Freitag Abend verheiratet sei, wohin, wisse sie nicht. Das Schlimmste an der Sache ist aber, daß der Doppelbräutigam von Herrn G. am Freitag Abend auf seinen Wunsch bereits einen Theil der Miethe, etwa 4000 Mark, erhalten hat, deren Wiedergabe, selbst wenn es gelingen sollte, das flüchtige Paar zu ermitteln, höchst zweifelhaft sein dürfte. Die für Nachmittag eingeladenen Gäste wurden telegraphisch wieder „ausgelassen“, Fräulein G., welche mit großer Liebe an ihrem Zukünftigen hing, liegt infolge der gegebenen Anregung schwerkrank darnieder. Die Spur der flüchtigen Weib auf Sieddeutschland hin, wenigstens ist B. von einem Bekannten auf dem Bahnhalt Bahnhof am Freitag Abend gesehen worden.

Die Jovialschneider scheinen wieder einmal, wie die „Post“ berichtet, ihr Unwesen treiben zu wollen. Die 15jährige Tochter eines Klempnermeisters, gegen deren Glaubwürdigkeit keinerlei Bedenken vorliegen, hat folgenden Fall zur Anzeige gebracht. Am Abend des 7. Januar zwischen 8 und 9 Uhr ging das Mädchen

die Fruchtstraße entlang, als ein gut gekleideter Mann herantrat, höflich grüßte und fragte, ob seine Begleitung gestattet sei. Als das Mädchen eine ablehnende Antwort gab, kam ein zweiter, ebenfalls anständig gekleideter Herr hinzu, so daß sie nun gezwungen war, zwischen den Weiden weiter zu gehen. Plötzlich erbielt sie einen Schlag gegen den Kopf, so daß sie hinfiel und die Besinnung verlor. Beim Wiedererwachen bemerkte sie, daß sie von einer Frau, die bisher nicht ermittelt werden konnte, aufgerichtet wurde. Die Frau machte die Ueberfallene darauf aufmerksam, daß ihr der Jovial fehle, und es stellte sich in der That heraus, daß der letztere abgesehen war.

Auf dem Maskenball verstorben. Eine tragische Szene hat sich Sonnabend Abend auf dem in einem Saale der Großen Frankfurterstraße veranstalteten Maskenball ereignet. Von einem der Mitglieder desselben war der 29jährige Hausdiener Emil Freyer eingeführt worden; der junge Mann tanzte sehr flott und fränk stark erhitzt außergewöhnlich viel kaltes Bier. Plötzlich gegen 9 Uhr Nachts — es wurde gerade eine Quadrille getanzt, an welcher sich auch E. betheiligte — fiel derselbe neben seiner Tänzerin nieder und blieb bewußtlos liegen. Der Sterbende wurde sofort mittelst Droschke nach der in der Linienstraße gelegenen Wohnung seiner Mutter gefahren, leider brachte man nur noch eine Leiche ins Haus. E. war auf dem Wege dorthin verstorben; ein Lungenschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Selbstmord durch Erhängen verübte in der Nacht zum Sonntag der im fünften Stock des Hauses Zimmerstr. 45 wohnende Portier Schleier. Derselbe, ein Mann in den vierziger Jahren, besaß die den gedachten Posten bei einem Geschäftshause in der Markgrafenstraße und soll in ganz geordneten Verhältnissen gelebt haben. Als er vorgestern seinen Dienst nicht zur gewohnten Stunde antrat, begab man sich nach seiner Wohnung und öffnete, da auf mehrfachen Klingeln Niemand erschien, die Thür mit Gewalt. Beim Eintreten fand man Schleier in bereits völlig erstarrtem Zustande erhängt vor. Die Leiche wurde noch im Laufe des Sonntags auf polizeiliche Anordnung nach dem Schauhaufe geschafft.

Selbstmordstatistik. Auch der Weihnachts-Monat hatte eine ziemlich bedeutende Anzahl Selbstmorde und derartige Versuche zu verzeichnen; in dieser Zeit gelangten nicht weniger als 42 solcher Fälle zur Kenntniß unserer Behörde. Von den Lebensmüden fanden 27 Personen den gewünschten Tod, während 15 dem Leben erhalten blieben. Nach den Geschlechtern geordnet waren es 20 Männer, 5 Frauen, 6 Mädchen und ein Kind, welche den Tod suchten und theilweise auch fanden; 11 Personen erhängten sich, 13 Selbstmörder griffen zur Schusswaffe, 4 derselben versuchten durch Gift zu enden, 6 weitere Lebensmüde sprangen ins Wasser; der Rest der Unglücklichen endete durch Sprung aus dem Fenster, durch Erstickung, Ausschneiden der Pulsadern u. s. w. Der jüngste der Selbstmörder war ein noch nicht 14jähriges Mädchen (Motiv zur That: Liebesgram), der älteste derselben ein 70jähriger Greis, der sich aus Eifersucht das Leben zu nehmen versuchte! In den vorigen Monat fällt auch der Mord und Selbstmord in Straße Nr. 5 am Wedding, woselbst der Rentier Wischnewski sein 10jähriges Dienstmädchen erschlug und sich dann erschöpfte.

Gerichts-Beilage.

Die entsehlischen Weiden, die ein uneheliches Kind von seiner leiblichen Mutter hat erdulden müssen, kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die am Sonnabend vor der ersten Strafkammer am Landgericht II. stattfand. Auf der Anklagebank stand Frau Paschulla, die selbst eine Polin, das Deutsche nur mühsam vadebrecht und deshalb während der Verhandlung eines Dolmetschers bedurfte. Die noch junge und erst seit Jahresfrist verheiratete Frau brachte ein uneheliches Kind in die Ehe, das an der englischen Krankheit gelitten hatte und daher an den Weinen verkrüppelt war. Wegen Mißhandlung dieses Kindes war die Angeklagte von dem Schöffengerichte ihres Wohnortes — Charlottenburg — zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Wegen dieses Urtheil hatte die Angeklagte Berufung eingelegt. Die Reproduktion der Vernehmungsaufnahme, die vor der Strafkammer stattfand, entrollte ein entsehlisches Bild von den Weiden, die das ohnehin schon unglückliche Geschöpf zu erdulden gehabt hat. Allerdings ist die Angeklagte so vorsichtig gewesen, ihr Kind meist ohne Zeugen bei verschlossener Thüre zu prägen, immerhin hatten die Zeugen gesehen, theils auch von dem Kinde erfahren, daß die Mutter das schwächliche, halb lahme und in der Entwicklung stark zurückgebliebene Kind mit starken Stößen, Schruppen, mit dem Schnallende des Leibriemens ihres Mannes und anderen Gegenständen geschlagen, auch mit Tößen an den Kopf geworfen hat. Zuweilen „kuckte“ sie auch das Kind mit dem Kopfe auf die Dielen, oder stellte es mit so fest gebundenen Händen, daß die Fesseln in das Fleisch einschnitzen, auf den Flux. Täglich hörten die Nachbarn fürchterliche Schläge fallen, dazu das entsehlische Geschrei des Kindes, das unangenehm war, die entsehlische Mutter halte dem Kinde den Mund zu, um dasselbe am weiteren Schreien zu verhindern. Wenn die Nachbarn der Mutter Vorhaltungen machten wegen der unmenslichen Behandlung des Kindes, erwiderte sie: „Nanu ich mag nicht leiden, hat sich krumm Weine und dieses Bauch!“ Und machten die Nachbarn dem Ehemann der Angeklagten Vorwürfe, daß er nicht einschreite, dann erwiderte derselbe: „Thut es Ihnen weh, wenn meine Frau das Balg schlägt!“ Als endlich auf Intervention der Nachbarn die Polizei einschritt, konstatarie Dr. Schäfer, daß der Körper des Kindes von oben bis unten braun und blau geschlagen war, daß sich am Kopfe desselben zahlreiche Beulen und auch offene Wunden befanden und daß die geringe Entwicklung des Körpers auf fortgesetzte Mißhandlungen zurückzuführen war. Da nun die geladenen Entlastungszeugen absolut nichts zur Entschuldigung der Angeklagten anführen konnten, wurde die Berufung nach sehr kurzer Beratung kostenpflichtig verworfen.

Die sechste Strafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern mit einer Klage wegen Sachbeschädigung zu beschäftigen, die sich gegen den Kaufmann Heinrich Dabn richtete. Dahn hatte im Juli v. J. keine Stellung und deshalb Beschäftigung bei der Badefabri - Gesellschaft nachgesucht und erhalten. Er wurde zum Küstrogen der Briefschaften verwendet. Einmal Tag besuchte ein fremder Gast ein Schanklokal in der Kurfürstentstraße und bat um den Schlüssel zum Abort. Hier wurden bald darauf eine Menge Briefe und Karten der Badefabri-Gesellschaft gefunden, welche bestellt werden sollten. Der Wirth machte der Gesellschaft Anzeige und diese erfah aus den Briefschaften, daß sie sämmtlich an Leute adressirt waren, welche in dem Bestellbezirk des Angeklagten wohnten. Da der letztere nicht Beamter - Eigenschaft besaß, so konnte nur wegen Sachbeschädigung Klage erhoben werden. Vor dem Schöffengerichte befandete der Wirth, daß der Mann, welcher den Abort besuchte hatte, mit

dem Angeklagten nicht identisch sei und deshalb hielt der Gerichtshof die Verdachtsgründe nicht für ausreichend, um ihn verurteilen zu können. Gegen das freisprechende Erkenntnis legte der Vertreter der Staatsanwaltschaft Berufung ein. Im gestrigen Termine wurde noch ein weiteres Verdachtsmoment gegen den Angeklagten zu Tage gefördert. Es ist nachträglich noch eine bedeutende Anzahl Briefe in seinem Bett gefunden worden, die der Angeklagte ebenfalls zu bestellen hatte. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig, selbst wenn er sich einer anderen Person bedienen haben sollte, die die Briefschaften in der erwähnten Weise besorgte. Bei der groben Pflichtverletzung, die der Angeklagte an den Tag gelegt und bei dem Schaden, der dem Publikum durch seine Handlungsweise erwachsen könne, beantragte er vier Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Wochen.

Wegen Verleumdung eines Rechtsanwalts im Gerichtssaal wurde gestern der Pferdehändler Julius Winkler vor dem Schöffengericht zur Verantwortung gezogen. Derselbe wurde bei der Verhandlung einer Privatklage von dem gegnerischen Rechtsanwalt Dr. Schöpke durch verschiedene, wenig zur Sache gehörige Fragen über sein Vorleben sehr gereizt und als sich der Gerichtshof zur Verurteilung zurückgezogen hatte, beschwerte er sich in lauten Monologen über dieses Verfahren und erklärte u. A.: „Wenn mir ein Mensch so etwas auf der Straße gesagt hätte, dann hätte ich ihn zu Boden geschlagen. Das ist ja eine Gemeinheit.“ Darauf hin wurde die Anklage wegen öffentlicher Verleumdung erhoben. Der Staatsanwalt beantragte eine empfindliche Strafe, da die an der Rechtsverletzung beteiligten Faktoren vor solchen Angriffen energig geschützt werden müssen. Er schlug deshalb 300 M. Geldbuße vor. Der Gerichtshof erkannte aber nur auf 100 M., da nach der Verweigerung der Rechtsanwalts die ihm zustehenden Grenzen des § 193 St.-G.-B. sehr weit ausgeübt hatte.

Eine mehr als ungestüme Mahnung führte gestern den Schankwirth Friedr. Brandstetter unter der Anklage der versuchten Nötigung vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der Rohrleger P. war dem Angeklagten seit längerer Zeit 450 Mark schuldig. Als P. sich am Abend des 18. Oktobers im Schanklokal des Angeklagten blicken ließ und dabei Geld zeigte, verlangte der Letztere, daß die alte Schuld beglichen werde. P. weigerte sich und nun sagte der Angeklagte ihm an der Brust, schüttelte ihn und drohte, daß er ihm die Knochen im Leibe zerschlagen werde. P. zahlte dennoch nicht und kam auch ohne weitere Belästigung zum Lokal hinaus. Er erstattete Anzeige. Den Inhalt der Anklage gab der Beschuldigte zu, er entschuldigte sich aber mit der Erregung, in die er durch die Böswilligkeit des Schuldners veretzt worden war. Staatsanwalt und Gerichtshof sahen die Sache milde an, das Urtheil lautete auf 30 Mark Geldstrafe.

Soziale Uebersicht.

Achtung! An die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Am alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bis jetzt ihr Scherlein zur Unterstützung der ausgeperrten Schuhmacher in Erfurt beigetragen haben, über den Stand der Aussperrung zu unterrichten, sei ihnen folgendes mitgeteilt: Auf Grund eines in einer öffentlichen Versammlung gefaßten Beschlusses wurde die Kommission der Erfurter Schuhmacher beauftragt, am 29. Dezember v. J. bei den Fabrikanten vorzutreten und anzufordern, ob eine Vertheidigung herbeigeführt werden könnte. Sie erbat einen diesbezüglichen Bescheid bis zum 2. Januar Vormittags. Mit großer Spannung wurde dieser Tag erwartet, die Fabrikanten verharren jedoch auf ihrem Standpunkt und ließen sich auf keine Verhandlung ein. Nicht man nun in Betracht, daß jetzt um diese Zeit die Frühjahr-Seasonarbeiten angegangen werden, so ist wohl die Rinnahme gerechtfertigt, daß sich die Fabrikanten in dem Glauben wiegten, die Arbeiter müßten jetzt zu Kreuze kriechen, denn durch die vielen Feiertage würde die Unterstützung ausbleiben. Daß sie sich aber getäuscht haben, beweist das einmüthige Zusammenstehen der Arbeiter, denn seitdem die erste Reimigung von jaghaften Elementen stattgefunden hat, ist Keiner mehr fahnenflüchtig geworden. Den kapitalistischen Zeitungen, welche immer von Verlegung der Aussperrung berichten, ist kein Glaube zu schenken; so hat erst in dieser Woche wieder die „Volks-Ztg.“ berichtet, die Aussperrung sei so gut wie beendet. Diese Nachrichten stammen nicht von den Arbeitern.

Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Wie schon oben angeführt, beginnt die Frühjahrssaison in den Fabriken. Die Herren Kapitalisten müssen jetzt jeden Tag kapitalisieren. Denn die Erfurter Schuhmacher stehen fest, vertrauensvoll auf die Solidarität der deutschen Kollegen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins richtet deshalb an alle, welche sich mit den ausgeperrten solidarisch fühlen, die Bitte, ihre Unterstützung in dem Maße weiter fließen zu lassen, wie bisher. Wenn man bedenkt, daß die Schuhmacher es sind, welche mit am schlechtesten in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen dastehen, so wäre eine Niederlage eine doppelte zu nennen! Thue daher jeder seine Schuldigkeit, und der Sieg ist unser. Wir wollen zeigen, daß wir auch mit dem Fabrikanten fertig werden, ohne Kapital zu besitzen. Jene Herren pöchen auf ihren Geldbeutel und verlangen von uns Unterwürfigkeit. Wir pöchen auf unsere Solidarität und erkämpfen uns Selbstständigkeit und eine menschenwürdige Existenz. Wir haben uns schon oft unser Recht erkrocht und werden auch diesmal siegen. Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins. J. A.: Jos. Schmeier, N.B. Lützen sind zu haben bei Kollegen Niederauer, Lothringerg. 52; Fischer, Voltmannstr. 4; Germer, Wrangelstr. 108 v. 4 Tr.; Jos. Schmeier, Kleine Mauerstraße 2 v. 3 Tr., sowie in allen öffentlichen und Vereinsversammlungen der Schuhmacher.

Achtung, Schuhmacher! Da in den Versammlungen nicht alle Kollegen erscheinen, so sei ihnen hierdurch mitgeteilt, daß die Agitationskommission beschloßen hat, in Berlin in allen Stadttheilen Verlehrslokale einzurichten, in welchen auch das Schuhmacher-Fachblatt ausliegt. Diese Lokale sollen zu kollegialen Verkehre sowie zur Unterrichtung über die Verhältnisse in unserer Gewerbe in Berlin durch die Kommissionsmitglieder dienen, welche alle Donnerstage, Abends von 8-10 Uhr, anwesend sind, sowie von außerhalb durch das Fachblatt. Es sei der Verlehr den Kollegen empfohlen. Die Lokale befinden sich: Norden, bei Raabe, Schönholzer- und Ruppinerstraßen-Ecke; Osten, Wuttke, Friedrichsbergstr. 20; Süd-Ost, Hugo Rühl, Naunpstr. 83; Süden, Schayer, Schleiermacherstr. 10; Westen, Miand, Plottwellerstr. 6, Keller; Zentrum, Becker, Neustädtische Kirche, 11; Moabit, Fied, Birkenstr. 24. Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

Die Zustände in der Krefelder Textilindustrie sind noch immer sehr trübe. Besonders die Heimarbeiter, deren Thätigkeit in diesem Bezirke von hervorragender Bedeutung ist, haben unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges schwer zu leiden. Der Nothstand ist ein chronischer, die Arbeitslosigkeit macht sich mit all ihren Schrecken fühlbar. Die durchschnittliche Zahl der im Sammet und Sammetwebereien beschäftigten Handstühle betrug 1886: 16 026, 1887: 14 438, 1888: 8568, 1889 nur noch 7448 Stück; in jeftantigem Sammetband arbeiteten 1886: 689, 1887: 329, 1888: 298, 1889: 258 Handstühle. Daß mit mechanischen Stählen schaffende Fabrikgewerbe hat keine solchen Einbußen zu verzeichnen. In der ersten genannten Branche stieg die Zahl der Kraftstühle von 2026 im Jahre 1886 auf 2214 im Jahre 1889; in jeftantigem Sammetband arbeiteten 1886: 38, 1889: 84 mechanische Stühle. Die Krise wird von der Großindustrie

leichter überwunden, als vom hausindustriellen Habenicht, und die in zahlreichen Zweigunternehmen zerstückelte Betriebsform wird durch die fabrikmäßige Betriebsform allmählig verdrängt. Man sieht dies auch bei der Stofffabrikation, welche günstigere Geschäftsergebnisse aufweist. Die Zahl der in Stoffen angewendeten Handstühle erhob sich von 11 056 im Jahre 1886 auf 15 118 im Jahre 1889, wuchs also um 33,7 pCt., die Zahl der mechanischen Stühle, deren jeder die Arbeit zahlreicher Handstühle besorgt, erhob sich von 1190 im Jahre 1886 auf 2270 im Jahre 1889, erhöhte sich demnach um mehr als 90 pCt. Das amtliche „Handels-Archiv“, welchem wir die mitgetheilten Ziffern entnommen haben, kommt trotz seines schwachen Besuchs, die Dinge sanft rosenfarbig zu malen, doch zu dem Jugendschicksal: „Allerdings wird die Handweberei immer mehr zurückgedrängt werden, nachdem der Maschinenammot im Laufe der letzten zwei Jahre so erhebliche Fortschritte gemacht hat“. Die nachtheiligen Wirkungen des neuen Zolltarifs, den die Vereinigten Staaten kürzlich eingeführt, werden vom „Handels-Archiv“ des Näheren dargelegt; die Ausfuhr in Seiden- und Sammetfabrikaten nach Nordamerika betrug vom 1. Januar bis 30. September 1890 nicht weniger als 5 437 219 Dollars, also über 21 Millionen Mark. Daß aber der richtige Schluß gezogen und die Verwerflichkeit der Schutzpolitik anerkannt würde, daran ist vorläufig nicht zu denken.

Ueber die Zunahme der Trunksucht in Wien enthalten die Berichte der Polizeiverwaltung Wiens beachtenswerthe Ziffern. Es wurden von der Sicherheitswache „wegen Trunksucht beanstandet“:

1871 ...	4644 Personen
1881 ...	5685 „
1883 ...	5878 „
1884 ...	6555 „
1885 ...	7487 „
1886 ...	7460 „
1887 ...	7346 „

„Beanstandet“ wurden solche Personen, die die öffentliche Ruhe störten oder unfähig waren, allein in ihre Wohnung zu gelangen.“ Das sind also nur schwerere Fälle. Der Alkoholisimus ist nur eine Folge-Erscheinung der Verelendung des Volkes.

Versammlungen.

Der Unterstützungsbund der Hausdiener Berlins hielt am 6. Januar die zweite ordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Mittheilung und Bericht vom Weihnachtsest. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Vierteljahresberichte. 3. Neuwahl des Stellenvormittlers und der zwei Vorstehenden. 4. Anträge und Bundesangelegenheiten, Fragekasten. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, wünschte der Vorsitzende im Namen des Vorstandes den Mitgliedern ein frohliches, gesundes neues Jahr und knüpfte hieran den Wunsch, noch recht lange zusammen arbeiten zu können. Zu Punkt 1 theilte Kollege Kessler mit, daß vier Kollegen krank sind und zwei Orts-Unterstützungen bewilligt wurden. Hierauf erstattete Kollege Grauer Bericht vom Weihnachtsest, woraus ersichtlich war, daß das Fest zur Zufriedenheit aller ausgefallen, jedoch ein Ueberschuß nicht erzielt worden sei. Es wurde nun der Anschluß der Kollegen Magdäner und Wolf verhandelt. Nach längerem Hin- und Herdebattiren wurden dieselben einstimmig ausgeschlossen. Sodann wurde ein Brief des Kollegen Landrecht verlesen, worin derselbe ersucht, das angebl. Misverständnis klarzustellen und ihn als Bundesmitglied weiterzuführen. Es entspann sich hierüber eine lebhaft Debatte und wurde nach Abstimmung Kollege Landrecht als Bundesmitglied wieder aufgenommen. Eine Pause von 5 Minuten zur Aufnahme neuer Mitglieder wurde angenommen und verlas der Kassirer nach Beendigung derselben 45 neuaufgenommene Mitglieder und sodann folgenden Vierteljahresbericht: Einnahmen: Oktober 1149,93 M., November 591,20 M., Dezember 1163,60 M., Summa: 2904,73 M. Ausgaben: 1010,86 M., 610,74 M., 841,18 M., Summa 2462,78 M. Bleibt ein Baarbestand von 441,95 M. Dazu Vermögen 1400 M. Summa 1841,95 M.

Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Es wurde nun zur Wahl des Stellenvormittlers geschritten und stellten sich zu derselben die Kollegen Grauer, Sartorius und Landrecht; es erhielt Grauer 162, Sartorius 10 und Landrecht 9 Stimmen, somit war Grauer wiedergewählt. Derselbe dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Ein Antrag von Seiten des Vorstandes, dahingehend, die Zeitung „Einigkeit“ wegen zu großer Unkosten nicht mehr obligatorisch weiterzuführen, wurde einstimmig angenommen. Inzwischen ging ein Antrag ein, dem Stellenvormittler das Gehalt von 100 auf 110 M. zu erhöhen, welcher einstimmig angenommen wurde. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Wahl der ausgeschiedenen Vorstandsmittelglieder zur nächsten Versammlung vertagt. Der Fragekasten wurde zur Zufriedenheit geleert und die Versammlung um 2 1/2 Uhr geschlossen.

Eine Versammlung sämtlicher Subdetailisten fand am 6. d. M. statt, zu welcher an alle Geschäftsinhaber Einladungen ergangen waren. Nur die Besitzer von Schleudergeschäften und fog. Bajazaren waren übergangen worden. Nur gegen Vorzeigung der Einladungskarte war der Eintritt gestattet. Das Referat des Herrn P. Lucht vertrat die Ansicht, daß nur ein Zusammengehen der Jannung mit den Detailisten eine Aenderung der Verhältnisse bewirken könne. Dem widerspricht G. Haffe, der die Bajazare und Schwindelgeschäfte als die Ursache des Daruiedergehens der Branche bezeichnet. Er empfiehlt, nur von solchen Fabrikanten Waaren zu beziehen, die sich verpflichten, an Schwindelgeschäfte nicht zu liefern, wie schon der Leipziger Kongreß beschloßen habe. Herr Noack drückt sein Bedauern aus, daß sich so viele große Geschäfte an der Versammlung nicht beteiligt hätten. Nur durch einiges Zusammengehen aller Detailisten sei eine Beseitigung der herrschenden Mißstände zu erhoffen. Es wurden noch mehrere Vorschläge gemacht, so empfahl Herr Rasenaß Veranlassung einer Enquete bei den Fabrikanten, Herr Lucht eine Vereinbarung der Preise aller Geschäfte, Herr Neubauer Aufstellung einer „schwarzen“ Liste derjenigen Fabrikanten, die an Schleudergeschäfte verkaufen, nur der Kontrollmarke deutscher Hutmacher, die doch die Schäden radikal beseitigt, wurde keine Erwähnung gethan. Es gelangte noch ein gedruckt Formular zur Vertheilung, welches bei der Bestellung des Fabrikanten oder seinem Vertreter zur Unterschrift vorgelegt werden soll, und wodurch sich derselbe verpflichtet, an Bajazare keine Waaren zu liefern. Im Schlusswort sprach Herr Lucht seine Befriedigung über den guten Besuch der Versammlung aus, kündigt die baldige Einberufung einer neuen an und fordert die Anwesenden auf, möglichst zahlreich sich dem Verein anzuschließen.

Freie Vereinigung der Graveure und Ziseleure. Am Montag, den 5. Januar, hielt die Vereinigung eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Halbzig, bringt in ausführlicher Weise den Bericht über die Thätigkeit des Vereins; es fanden achtzehn Versammlungen mit neun Vorträgen, zwei Generalversammlungen nebst einer außerordentlichen Generalversammlung statt. Außerdem hatten wir am 1. Mai eine Versammlung und zwar war dies die am zahlreichsten besuchte. Weiter giebt Redner einen kurzen Rückblick über den Stand der Mitgliederzahl. Während sich diese seit dem Bestehen des Vereins 1885 bis 1889 auf einem gleichen Niveau hielt, aber vertagete, kam im letzten Jahre ein erfreulicher Aufschwung, welcher die Zahl der Mitglieder mehr als verdoppelte, und wir stehen nach Streichung der säumigen Zahler auf 214 Mitglieder. Der erste Kassirer, Kollege Jüttich, berichtet über die Kassenerhältnisse vom

letzten Halbjahr; es bleibt Bestand: 44,98 Mark. Ebenso berichtet Kollege Kähler über den Stand der Unterstützungskasse: Einnahme 495,52 M., Ausgabe 348,60 M., Bestand 146,92 M. Der Kassirer, Kollege Hochbaum, erklärt die Kassen für richtig und es wird Decharge erteilt. Hierauf folgen die Berichte des Bibliothekars, Vergnügungskomitees und Arbeitennachweis-Bureau's. — Gewählt wird als erster Vorsitzender Kollege Wolter, als zweiter Vorsitzender Kollege Bommer; als erster Kassirer Kollege Jüttich; als zweiter Kassirer Urbach; als erster Schriftführer Kollege Petersen, als zweiter Schriftführer Kollege Wundertlich; als Sekretär Kollege Tiede; als Beisitzer die Kollegen Siebert, Krause, Seiffart und Schymanski. — Kollege Urbach erstattet Bericht für die Kommission und empfiehlt die monatliche Beitragszahlung fallen zu lassen und dafür die wöchentliche einzuführen. Er ist der Ansicht, daß dadurch 10 bis 15 pCt. Beiträge mehr bezahlt werden. Hierzu sind verschiedene Anträge bezüglich der Höhe gestellt. Die Kollegen Bommer und Jüttich sind gegenheiliger Meinung, während sich die Kollegen Guittmann und Blühme für den wöchentlichen Zahlungsmodus aussprechen. Kollege Kröbel stellt den Antrag, der vorgeschrittenen Zeit halber der nächsten Sitzung das Recht einer Generalversammlung zu geben, in der die heutige Tagesordnung erledigt werden kann. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 4. Januar, Vormittags 11 Uhr, die erste diesjährige Wanderversammlung ab, in welcher Regierungs-Baumeister Kessler über „Arbeiterschutz“ referierte. Herr Kessler führte aus: Noch vor zehn Jahren habe man geglaubt, daß der Arbeiterschutz für die deutschen Arbeiter nothwendig wäre, und wir sehen, daß noch heute die von der Regierung vorgelegten Gesetze zum Schutz des Arbeiters, die schon von dem, was derselbe berechtigt ist zu fordern, an Qualität das Geringste bieten, noch von den sogenannten Ordnungsparteien derart zerstückelt werden, daß man sie eigentlich Arbeiterrecht-Gesetze nennen könnte. Der Auf zum Schutz der Industrie ist in Permanenz erklärt. Der Arbeiter lasse einen Wochenlohn als Kautions, der ohne weiteres bei Kontraktbruch dem Arbeitgeber verfallt, die aus der Arbeit hinausgeschickten Arbeiter treibe man dadurch doppelt: keine Arbeit und Verlust der Kautions. Man spricht nicht davon, daß bei einem etwaigen Bankrott des Arbeitgebers diese gezwungen geleistete Kautions verloren ist oder mit einem geringen Bruchtheile aus der Konkursmasse abgefunden wird. Die sonstigen Gesetze garantiren dem Kapital die Ausbeutung der Massen. Der Vortrag wurde mit vielem Beifall aufgenommen und hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlungen sind sich bewußt, daß nur der Zusammenstoß aller Arbeiter der heutigen und ausbleibenden Produktionsweise einen Stamm entgegensetzen kann. Die Töpfer insbesondere beschließen, sich Mann für Mann dem Verein Berliner Töpfer anzuschließen. Ferner erklären wir, daß das dem Reichstage vorliegende Gesetz auf Arbeiterschutz keineswegs die von den Arbeitern berechtigter Weise erwartete Besserung bringt. Nur der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Entwurf eines Arbeiterschutz-Gesetzes kann Abhilfe bringen.

Eine sozialdemokratische Volks-Versammlung für Reinickendorf, die von Männern und Frauen recht zahlreich besucht war, tagte am Sonntag Nachmittag unter Vorsitz des Herrn Duchateau im Restaurant „Eeschlöchen“ zu Reinickendorf. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag des Herrn Dr. Bökel-Magdeburg über Segnungen des „Anglaubens“. In der sich anschließenden Diskussion sprachen sich die sämtlichen Redner in dem Sinne wie der Referent aus und es gelangte schließlich mit Einstimmigkeit eine Resolution zur Annahme, in welcher die Versammlung sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und sich zum Austritt aus der Landeskirche verpflichtete. Ein Theil der Anwesenden meldete sich dann auch zu dem Zwecke gleich am Vorhandstische. — In der nächsten Zeit soll — nach einem weiteren angenommenen Antrage — eine neue Versammlung einberufen werden, die sich mit der Frage einer freiwilligen Gemeinde für Reinickendorf beschäftigen wird. — Herr Knauff empfiehlt sodann die Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins für Reinickendorf und Umgebung und bringt einen von ihm aufgestellten Statutenentwurf zur Verlesung. Dem Antrage des Herrn Knauff gemäß wird die Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins unter dem Namen „Julianus“ beschloßen und der verlesene Statutenentwurf mit geringen Aenderungen angenommen. Es melden sich gegen 40 der Anwesenden zum Beitritt zu dem neuen Verein, als dessen provisorischer Vorstand die Herren Knauff (1. Vorsitzender), Hartwig (2. Vorsitzender), Bolowski (Kassirer) und Arndt (Schriftführer) gewählt werden. — Die erste Versammlung des neugegründeten Arbeiter-Bildungsvereins wird am Sonntag vor dem 16. Februar, Nachmittags, im Lokal Alwende-straße 2, stattfinden. — Bei der Gelegenheit wurde auch die Gründung eines Arbeiterinnenvereins für Reinickendorf in Anregung gebracht, Beschlüsse indessen nicht gefaßt. — Nachdem sodann noch die Wahl eines Vertrauensmannes für Reinickendorf vorgenommen war, die auf Genossen hätte fiel, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In unserem Bericht über die letzte Volksversammlung war die Resolution über die Lebensmittelzölle durch unangenehme Druckfehler entsetzt; wir wiederholen dieselbe deshalb wieder:

In Erwägung, daß die Zölle auf Lebensmittel die Wirkung einer Kopfsteuer haben, weil dieselben nicht das Einkommen treffen, sondern auf den Konsum der nothwendigen Ernährungsgegenstände gelegt sind;

in fernerer Erwägung, daß die Zölle auf Lebensmittel sich dadurch, daß sie die heillosen Bevölkerung am härtesten treffen, als ein Akt einseitiger die wirtschaftlich Schwachen zu Gunsten der materiellen Interessen des Großgrundbesitzes unerbittlich belastenden Massengesetzgebung kennzeichnen;

in weiterer Erwägung, daß die Zölle auf Lebensmittel das Volk an der Befriedigung höherer Lebensbedürfnisse hindern und somit kulturfeindlich wirken;

und in schließlich Erwägung, daß die Zölle auf Lebensmittel mit der von der Regierung und den herrschenden Klassen angeklungen geplanten Sozialreformen im schärfsten Widerspruch stehen, erklärt die heutige Versammlung die Befreiung der Zölle auf Lebensmittel für unbedingt geboten und fordert den Reichstag auf, den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion aufgängliche Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel anzunehmen.

Hyphenaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Verzeichnisses, soweit Raum dafür ebnen geben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verzichtet aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

An die Arbeiter und Genossen Berlins und Umgegend. Hierdurch ersuchen wir freundlich alle Diejenigen, welche vom Mitgliede der Lokalkommission Schach Arbeiter-Almanach erhalten, Unterzeichneten mitzutheilen, wieviel sie erhalten, welche Gelder sie abgeliefert haben u. und die nicht abgeholtten Almanaach an uns abzuliefern, da Herr Schach sich nicht veranlaßt gefühlt hat, mit uns abzurechnen. Gleichzeitig ersuchen wir zum letzten Male, die noch ausstehenden Almanaach bis zum 15. Januar abzuliefern, widrigenfalls wir die Namen öffentlich bekannt machen. J. A.: Otto Reinickendorf.